Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 16. Donnerstag, 19. Januar 1928, abends. **81. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Groener zum Reichswehrminister ernannt.

Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers den Reichswehrminister Dr. Geßler auf seinen Antrag vom Amte des Reichswehrministers entbunden und den Reichsminister a. D. Generalleutnant a. D. Groener zum Reichswehrminister ernannt.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichskanzler hatte heute mittag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei von der Absicht des Reichspräsidenten Kenntnis gegeben. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, haben beide Parteien gestern starke Bedenken gegen diese Ernennung geltend gemacht, so daß die Kandidatur Groeners gestern abend als erledigt angesehen wurde. Der Reichspräsident hat aber in den Besprechungen, die heute vormittag stattfanden, darauf bestanden, daß die Entscheidung bei ihm liegt.

Die Führerkrise im Zentrum.

Die „Krise im Zentrum" erhält ihre große politische Bedeutung weniger aus den Gegensätzen, die sich in der letzten Zeit zwischen den Führern der christlichen Gewerkschaften und der offiziellen Parteileitung des Zentrums aufgetan haben, als mehr aus dem großen Uebereifer, mit dem alle Parteien links des Zentrums sich dieser neuen „Sensation" annehmen. Fast alle Organe der Linksparteien sehen schon heute die Krise im Zentrum auf ihrem Gipfelpunkt angelangt, prophezeien schon heute, daß die „Drohungen" des Herrn Imbusch die Spaltung der Zentrumspartei schon so gut wie vollzogen hätten, was selbstverständlich ein Ende der augenblicklichen Regierungskoalition und auch schließlich der Hierarchie Marx zur Folge haben müßte. „In möglichst dicken Farben trägt man auf, erteilt gute Ratschläge und denkt ganz im Stillen vielleicht an ein kleines parteipolitisches Geschäft, wenn man sich selber einreden will, im Zentrumssturme knistre es." Das ist nicht unsere Bewertung eines Pressesturmes der Linken, das sind nur Worte der „Germania", Worte, die das offizielle Organ der Zentrumspartei den Ratschlägen, Aufbauschungen einer Opposition eindämmend und mildernd in den Weg legen will: „Im übrigen pflegt das Zentrum seine internen Angelegenheiten selbst zu regeln, so wie das ja wohl jede Partei tut, die Wert darauf legt, ihr eigener Herr zu sein. Wir sind überzeugt davon, daß die Führer und die Kreise, mit denen diese innerlich verbunden sind, alles tun werden, um die Differenzen auszugleichen." Man sieht auch aus diesen Worten der „Germania", daß die offizielle Parteileitung des Zentrums auf Grund der letzten Vorkommnisse keineswegs die Nerven verloren hat, und daß sie schließlich auch der festen Ueberzeugung ist, die Gegensätze, die sich in der letzten Zeit aufgetan haben, durch eine gütliche Aussprache wieder beheben zu können. Nun — der Parteivorstand, und der Parteiausschuß des Zentrums sind zum 28. und 29. Januar 1928 nach Berlin einberufen worden, um zu den Konflikten in der Führung der Partei Stellung zu nehmen. Es wird sich also recht bald erweisen, ob die von der Opposition so liebevoll behandelte „Palastrevolution" im Zentrumslager gütlich beglichen werden kann. Wir haben keine Veranlassung anzunehmen, daß dies nicht der Fall sein wird. Das Zentrum hat in den Zeiten seines Bestehens schon so viele und so starke Belastungsproben ausgehalten, daß man durchaus geneigt sein kann zu glauben, es habe sich auch in den letzten Wochen an dieser Tatsache nichts geändert.

Nehmen wir einmal die Gegensätze, die zu der augenblicklichen „Krise" des Zentrums führten, unter die kritische Lupe. Da ist zunächst festzustellen, daß der Vorstoß der christlichen Gewerkschaften in keiner Weise die Annahme stützt, daß er sich lediglich und auf rein sozialpolitischen Erwägungen aufbaut. Sozialpolitische Differenzen zwischen der offiziellen Parteipolitik und den Forderungen der christlichen Gewerkschaften können sich in den letzten Monaten schon deshalb nicht ergeben haben, da der offizielle Kurs der Reichsregierung hierzu wahrlich wenig Anlaß bot. Die Gegensätze, die durch den Briefwechsel des Reichskanzlers Marx und des Herrn Stegerwald in Erscheinung getreten sind, dürften sich wohl in der Hauptsache aus Meinungsunterschieden in der Behandlung der Beamtenbesoldungsreform ergeben haben. Aus welchen Gründen die in den christlichen Gewerkschaften zusammengeschlossene Arbeiterschaft des Zentrums der Vorlage des Zentrumsministers Köhler sich skeptisch entgegenstellt, ist nicht klar ersichtlich. Es dürften hier Erwägungen mitgespielt haben, die eine beträchtliche Besoldungszulage für die Beamten als hinderlich für die Forderungen der Arbeiter auf eine Erhöhung ihres Lohnniveaus bezeichnen, vielleicht auch die Tatsache, daß der christliche „Deutsche Gewerkschaftsbund" nach dem Ausscheiden seines Beamtenflügels unbelastet von Rücksichten seine Meinung frei heraussagen konnte. Jedenfalls sprachen sich die Arbeitermassen des Zentrums geschlossen gegen den Entwurf des Zentrumsministers Köhler aus. Vielleicht wäre der scharfe Gegensatz zwischen der Stellungnahme des linken Flügels des Zentrums und der Einstellung der offiziellen Parteileitung zur Frage der Besoldungsreform nicht zu dem großen Ausmaß gelangt, wenn der Brief des Reichskanzlers Dr. Marx an einen katholischen Lehrerverein in der Form etwas vorsichtiger gehalten gewesen wäre. Die von dem Reichskanzler gewählte Form der Zurückweisung der Forderungen Dr. Stegerwalds und der Kreise, die hinter ihm stehen, war immerhin etwas recht kraftvoll ausgestattet und konnte daher wohl in den betreffenden Kreisen eine Stimmung auslösen, die, wie man aus einer Kundgebung des erweiterten Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ersieht, einer gewissen Spannung nicht entbehrt. Der Kernpunkt des Konfliktes spielt um die Behauptung des Reichskanzlers, daß der von „Herrn Dr. Stegerwald und einigen Gewerkschaftssekretären eingenommene Standpunkt durch Bewilligung der Besoldungsreform widerlegt sei." Dr. Stegerwald hat diese Feststellung des Reichskanzlers zum Anlaß genommen, der Zentrumspartei mitzuteilen, nicht wie fälschlich gesagt wurde, daß er sein Amt als stellv. Vorsitzender der Fraktion niederlege, sondern nur, daß er die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden der Reichstagsfraktion solange nicht ausüben könne, bis die zwischen ihm und dem Reichskanzler infolge des Schreibens vorhandenen Differenzen beseitigt worden seien. Diesem Protest Stegerwalds schloß sich auch durch seine Rede der Abgeordnete Imbusch an. Gerade diese Rede Imbuschs hat anscheinend im Lager der Opposition die hellste Begeisterung ausgelöst. Wie gegenstandslos diese Begeisterung ist, hierfür wiederum ein Zitat aus der „Germania": „Man scheint es in jenen Kreisen nicht nötig gehabt zu haben, die Rede von Imbusch aufmerksam zu lesen, sonst müßte man ganz genau wissen, daß Imbusch gerade alle die Tendenzen, die etwa auf eine neue Partei hinauswollen, mit äußerster Schärfe und Bestimmtheit zurückgewiesen hat." Wenn das offizielle Organ der Zentrumspartei in der Lage ist, die ganze „Krise" so zuversichtlich zu bewerten, so haben wir keine Veranlassung bis zum Beweis des Gegenteils, eines anderen Sinnes zu sein.

Abschluß der Berliner Ländertonferenz.

)(**Berlin.** Die Ländertonferenz ist gestern abend zu Ende gegangen. Am Schluß der Diskussion über die der Oeffentlichkeit zu übermittelnde Kundgebung sprach Herr Bürgermeister Dr. Petersen dem Herrn Reichskanzler den Dank der Versammlung für die Einberufung und Leitung der Konferenz und dem Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Pünder, den Dank für die Vorbereitung der Konferenz aus.

Dann schloß in Vertretung des dienstlich verhinderten Reichskanzlers Reichsjustizminister Exzellenz Hergt die Tagung mit folgenden Worten:

Meine Herren! Namens des Herrn Reichskanzlers darf ich meinerseits dem Danke der Reichsregierung Ausdruck verleihen. Ich weiß nicht, ob es Ihnen bewußt geworden ist: heute ist der 18. Januar. Wir denken an einen anderen 18. Januar, wo auch über die Reichsgeschicke verhandelt worden ist. Damals konnten die Verhandlungen sofort zu einer Lösung geführt werden, und der Jubel von ganz Deutschland stand hinter dieser Lösung. Meine verehrten Herren, wir sind heute zu unserem großen Bedauern nicht in der Lage, unserem Volke eine Endlösung zu bringen. Wir haben hier nur eine Frage mit ernstem Willen anpacken können. Aber doch sehen wir Möglichkeiten für die Zukunft. Ich habe mit großer Freude — und das ist auch die Auffassung des Herrn Reichskanzlers — aus den dreitägigen Verhandlungen und aus den vielen Reden hier immer und immer wieder die Verständigungsbereitschaft herausgehört. Und das ist eigentlich das positivste Ergebnis unserer ganzen Tagung, daß es gelungen ist, eine so große, so verschiedenartig zusammengesetzte Versammlung doch letzten Endes in großen Linien zu einer Verständigungsbereitschaft zu bringen. Und ferner, meine Herren, ist es wohl aller Meinung, daß die Sache nicht etwa die Ausschüsse, die wir in Aussicht genommen haben, nun bloß des Dekorums wegen gebildet werden sollen, sondern daß in ihnen weitere ernste Arbeit geleistet werden soll.

Wir sehen also hoffnungsfreudig in die Zukunft, und mit diesem Gefühl der Hoffnung und des Vertrauens auf die Zukunft, die auch die schweren Fragen, die uns hier beschäftigt haben, einer Lösung zuführen wird, darf ich die Tagung hiermit schließen. (Allseitige Zustimmung.)

Die Ergebnisse der Ländertonferenz.

)(**Berlin.** Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß der Wiederaufstieg unseres Volkes nur auf der Grundlage einer einmütigen und verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern erfolgen kann, sind Reichsregierung und Länderregierungen in ihrer gestern zum Abschluß gelangten Konferenz nach eingehenden Beratungen zu folgenden Ergebnissen gelangt:

I.

Reichsregierung und Ländervertreter sind der Auffassung, daß die Weimarer Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern unbefriedigend ist und einer grundlegenden Reform bedarf. Wenn auch darüber, ob die Reform die unitarischen oder die föderativen Kräfte stärken soll oder welche Vereinigung beider Kräfte in neuer Form möglich ist, eine Uebereinstimmung nicht erzielt werden konnte, so bestand doch darüber Einigkeit, daß eine starke Reichsgewalt notwendig ist.

Im übrigen wurde in folgenden Punkten Einverständnis erzielt:

1. Jede Teillösung ist bedenklich. Insbesondere soll die Gesamtlösung nicht dadurch erschwert werden, daß leistungsschwache Länder vom Reich als „Reichsländer" aufgenommen werden. Finanziellen Notständen von Ländern, welche durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, soll durch andere geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden; als solche kommen Dotationen nicht in Frage.

2. Das Reich soll seinen Machtbereich nicht durch finanzielle Aushöhlung oder ähnliche Maßnahmen zum Schaden der Länder erweitern.

3. Wenn kleinere Länder in Nachbarländern aufgehen wünschen, so soll dieses Aufgehen nach Möglichkeit erleichtert werden. Die Auflösung der bestehenden zahlreichen kleinen Enklaven und Exklaven im Wege freier Vereinbarung erscheint wünschenswert.

4. Die Länder werden häufiger und beschleunigter als bisher untereinander Vereinbarungen zur Rechts- und Verwaltungsangleichung und Vereinfachung treffen, bei deren Abschluß die Reichsregierung mitwirkt.

5. Die Lösung des Gesamtproblems soll durch den Bericht eines Ausschusses vorbereitet werden, der zu gleichen Teilen von der Reichsregierung und den Länderregierungen besetzt wird. Die Regierungen der im Verfassungsausschuß des Reichsrates vertretenen Länder werden je einen Vertreter in den Ausschuß entsenden. Der Ausschuß hat das Recht der Zuwahl. Er kann Sachverständige hinzuziehen. Den Vorsitz des Ausschusses führt der Reichskanzler.

II.

Die **Reichsregierung** hat im Interesse der Lösung des Gesamtproblems **folgende Maßnahmen in Aussicht gestellt:**

1. Zur Beseitigung finanzieller Notstände von Ländern, die durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, ist die Reichsregierung bereit, über die geltende verfassungsmäßige Zuständigkeit hinaus geeignete Verwaltungsbereiche solcher leistungsschwach gewordenen Länder auf das Reich zu übernehmen.

2. Zur Herbeiführung von Vereinbarungen über das Aufgehen kleinerer Länder in Nachbarländer, sowie für die Auflösung von Enklaven und Exklaven stellt die Reichsregierung ihre guten Dienste zur Verfügung, sie ist insbesondere bereit, eine Stelle zu bestimmen, welche in enger Fühlungnahme mit den Ländern anregend, vermittelnd und auf Anruf der Beteiligten als Schiedsinstanz tätig wird.

3. Zur Vereinfachung der Gesamtverwaltung des Reichs wird die Reichsregierung demnächst im Reichsrat neue Vorschläge für das Reichsverwaltungsgericht machen.

III.

Reichsregierung und Länderregierungen sind sich darüber einig, daß Maßnahmen zur Sicherstellung sparsamster Finanzgebarung in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden müssen. Ein Ausschuß, der unter Vorsitz des Reichsministers der Finanzen aus mindestens vier Finanzministern der Länder besteht, soll näher prüfen, welche Wege in dieser Richtung gangbar erscheinen.

IV.

Bezüglich der Fragen der Verwaltungsreformen sind sich Reichsregierung und Landesregierungen über die Notwendigkeit beschleunigter Durchführung von entsprechenden Reformen in Reich und Ländern einig. Diese Reformen haben sich insbesondere auf folgende Fragen zu erstrecken:

a) zweckentsprechende Zusammenlegung von bisher nebeneinander bestehenden Behörden.

b) zweckmäßige und den heutigen Verkehrsverhältnissen angepaßte Abgrenzung der Bezirke der Lokal- und Mittelbehörden.

Um eine Gleichmäßigkeit in der Durchführung der notwendigen Verwaltungsreformen in den Ländern und eine Uebereinstimmung in den entsprechenden Maßnahmen des Reiches sicherzustellen, sind sich Reichsregierung und Länderregierungen darüber einig, daß es zweckmäßig ist, wenn

a) Landesregierungen der Reichssparkommissar) ihre Verwaltungsreformpläne mitteilen;

b) der Reichssparkommissar sich auf Antrag der Landesregierungen zu ihren Plänen gutachtlich äußert. In diesem Falle werden die Landesregierungen dem Reichssparkommissar Gelegenheit geben, sich bei den in Betracht kommenden Landesbehörden zu unterrichten. Auch sind sie bereit, die Gutachten des Reichssparkommissars den beschließenden Körperschaften vor der Beschlußfassung zuzuleiten.

Mit der näheren Durchprüfung der in Betracht kommenden Fragen wird der zu I, 5 erwähnte Ausschuß betraut werden.

Die Reichsgründungsfeier in Riesa.

Vaterländisch gesinnte Männer und Frauen hatten sich in großer Anzahl gestern abend in dem würdig ausgeschmückten „Stern"-Saale eingefunden, um an der von den Vereinigten Vaterländischen Verbänden Riesas veranstalteten Reichsgründungsfeier teilzunehmen. Es waren Stunden der Erbauung und ernster Besinnung, die das Herklotz-Orchester unter der Leitung des Musikdirektors Herklotz mit dem Musikvortrag „Feierliches Vorspiel" von Georg Schade äußerst stimmungsvoll einleitete. Anschließend vollzog sich der Einmarsch der Fahnen-Abordnungen mit den ehrwürdigen Fahnen und Bannern, die dem Saale alsbald einen weiteren prächtigen Schmuck verliehen.

Der Vorsitzende der Vereinigten Vaterländischen Verbände, Herr Major a. D. Paarmann, begrüßte die Erschienenen mit etwa folgender Ansprache: Wieder haben wir Sie zum 18. Januar geladen und wieder sind Sie zahlreich unserem Rufe gefolgt. Wir freuen uns darüber und danken Ihnen! Ist dieser Tag doch ein Markstein in der deutschen Geschichte! Bismarck hat einmal gesagt: Es hat schwer gehalten, das Deutsche Reich zusammenzuschmieden, es wird noch schwerer sein, es wieder auseinanderzureißen. Daß es schwer gehalten hat, das wissen wir alle aus der Geschichte, aber auch darin hat Bismarck recht behalten, daß es noch schwerer ist, es wieder auseinanderzureißen. Wir haben die Einheit des Reiches als einziges Gut aus dem Zusammenbruch gerettet. Wir hoffen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo der 18. Januar der nationale Feiertag aller Deutschen geworden ist. Möge der heutige Abend dazu beitragen, daß wir diesem Ziele näher kommen. In diesem Sinne begrüße ich Sie herzlich!

Redner schloß mit Dankesworten an Herrn Pfarrer Beck, der in liebenswürdiger Weise die Bitte erfüllt hat, zu einem würdigen Verlauf der Feier beizutragen, und an den Marineverein von Riesa, der ein Stück deutschen Heldenkampfes zur See vor Augen führte.

Sodann hielt Herr Pfarrer Beck die

Festansprache.

Der Herr Redner begann seine Ansprache mit den Worten aus Goethes „Faust":

„Vom frischen Geiste fühl ich mich durchdrungen,
Gestalten groß, groß die Erinnerungen."

Es gibt Erinnerungen, die sich nicht bannen, nicht austilgen lassen aus den Herzen der Menschen, Erinnerungen an große Zeiten und an große Männer. Belebende Kraft geht von ihnen aus. Ein Tag großer Erinnerungen ist auch der 18. Januar. Große Gestalten der deutschen Geschichte, die Männer des alten Kurses stehen vor unserer Seele und hinter ihnen ein opferfreudiges, tapferes Volk, fähig eines starken nationalen Empfindens, das mit elementarer Gewalt hervorbrach, als der Krieg von 1870/71 entfesselt wurde. — Die gewaltigen Siege auf französischem Boden weckten in der Heimat das lebhafte Verlangen nach einer neuen Verbindung aller deutschen Stämme. Nicht die Willkür der Fürsten, sondern der Wille des Volkes, die Taten des Heeres, die Staatskunst Bismarcks schufen das Versailles des Triumphes. Es kam zur Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 und damit zur Reichsgründung, zur Reichseinheit. Die Feinde des deutschen Volkes hofften, diese Einheit werde nicht von Dauer sein, die Söhne und Enkel der Reichsgründer würden sich als Epigonen eines starken Geschlechtes erweisen und Deutschland in die alte Zerrissenheit der Volksstämme zurückwerfen. Auch der Russe Dostojewski sprach die Meinung aus, die alte Gewöhnung an politische Zersplitterung bei den Deutschen könne nicht so schnell verschwunden sein wie ein ausgetrunkenes Glas Wasser. Er prophezeite der deutschen Reichseinheit ein frühes Ende. — Aber die Deutschen betätigten mehr politischen Sinn als die Feinde es erwarteten. Die Reichseinheit hat sich erhalten, auch unter den Schlägen des Weltkrieges ist sie nicht zusammengebrochen. Das Werk Bismarcks ist geblieben, wenn auch die Form sich geändert hat. So haben wir ein Recht, heute am 18. Januar das Fest der Reichsgründung zu feiern. — Aber wird die Festfreude nicht sehr gedämpft? Wohl sind wir ausgegangen von dem Worte Goethes: „Vom frischen Geiste fühl ich mich durchdrungen! — Gestalten groß, groß die Erinnerungen." Aber auch ein Wort Shakespeares kommt uns in den Sinn: „Kein größ'rer Schmerz — als sich erinnern der beglückten Zeit im Elend". Auf das Versailles des Triumphes folgte das Versailles der Schmach. Groß ist die Not des deutschen Volkes. Das Vaterland leidet unter der Zerrissenheit des innerpolitischen Lebens, unter den Gegensätzen der Weltanschauungen, unter der Ohnmacht nach außen hin. Das sind große Gefahren, über die man sich nicht hinwegtäuschen darf. — Die Lage Deutschlands ist sehr ernst, ein Heer von zu lösenden Aufgaben und von schwersten Problemen wartet auf uns. — Wir brauchen das alte Gottvertrauen, die Ueberzeugung, daß nicht ein blindes Schicksal die Lose der Völker durcheinander wirft, sondern daß alles Weltgeschehen sich vollzieht nach dem Plan einer höchsten Weisheit. Schon allein diese Ueberzeugung macht uns ruhig und stark. Wir erkennen die besonderen Aufgaben, an deren Erfüllung das gegenwärtige Geschlecht zu arbeiten hat. Wir fühlen uns als Werkzeuge Gottes. — Solcher Glaube beseelte auch einen Bismarck. „Ich bin Gottes Soldat, und wo er mich hinschickt, da muß ich gehen, und ich bin fest überzeugt, daß er mein Leben zurecht schnitzt, so wie er's braucht." — An dieses Wort Bismarcks müssen auch wir uns halten. Wir sind Gottes Soldaten, und Soldaten folgen in Gehorsam, in Pflichterfüllung und mit Vertrauen ihren Führer. — Und zum Gottvertrauen kommt die Vaterlandsliebe. Gott hat uns in unser Vaterland hineingestellt, daß wir ihm dienen. Dadurch, daß wir dem Vaterland dienen, dienen wir am besten der Menschheit. — Es war ein schönes Wort, das Hindenburg am 1. Januar dieses Jahres in seiner Antwort auf die Neujahrswünsche des diplomatischen Korps gesprochen hat: „Opferwillige Hingabe an das Vaterland schließt den Dienst an der Menschheit nicht aus".

Herr Pfarrer Beck schloß seine Rede, von der wir hier nur die Hauptgedanken wiedergeben konnten, mit den Worten: „Hoffend und vertrauend lasset uns hineingehen in die dunkle Zukunft. Schweres wird unser Geschlecht noch zu tragen haben. Uns aber soll die Losung einigen im Glück und im Unglück, auf Höhen und in Tiefen: „Die gut deutsch allewege!"

Nach der mit starkem Beifall aufgenommenen Ansprache wurde gemeinsam der 1. und der 4. Vers des Deutschlandliedes gesungen und sodann begeistert in ein dreifaches Hoch auf unser geliebtes Vaterland eingestimmt. — Das Orchester brachte anschließend das Lindemannsche Patriotische Potpourri „O Deutschland hoch in Ehren" zum Vortrag und beschloß damit den 1. Teil der Vortragsfolge.

Der 2. Teil der Feier, der durch zwei schwungvolle Armeemärsche eröffnet wurde, erreichte seinen Höhepunkt mit der Aufführung des Weihespiels „Die Musterung auf dem Meeresgrunde". Die ergreifende Handlung ist der Erinnerung des heldenmütigen Unterganges des Ausland-Kreuzergeschwaders (im Dezember 1914 bei den Falklandinseln) gewidmet. Das Spiel — ein Deklamatorium vom Marineschriftsteller Fritz Jakobs — wurde von Kameraden des Marine-Vereins Riesa in mustergültiger Weise wiedergegeben. Die Darsteller hatten sehr viel zu sprechen; sie entledigten sich ihrer nicht leichten Aufgabe mit bewundernswerter Sicherheit und verhalfen so der Aufführung zu bestem Gelingen. Die in das Weihespiel eingeflochtenen Chöre gelangten durch Sänger des Lauchhammer-Beamten-Gesangvereins wirkungsvoll zum Vortrag. Die Bühnenausstattung entsprach voll und ganz dem Sinne des Werkes. Teilnahmsvoll folgten die Hörer den Schilderungen der braven ehemaligen Angehörigen unsrer einstigen stolzen, ruhmgekrönten Marine. Es war ein ebenso feierlicher, wie erhebender Akt, als nach beendeter Aufführung der auf tiefem Meeresgrunde ruhenden teuren Kameraden ehrend gedacht wurde. Zart ertönte „Ich hatt' einen Kameraden". Die Teilnehmer an der Feier gedachten der Braven in stillem Gruße.

Als das gemeinsam gesungene Flaggenlied verklungen war, erfolgte der Ausmarsch der Fahnen, und der Marsch „In Treue fest" beschloß die Feier.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 19. Januar 1928.

—* Wettervorhersage für den 20. Januar. Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden. Nach vorübergehenden Niederschlägen, Flachland als Regen, höhere Lagen als Schnee, veränderliches, zeitweise aufheiterndes Wetter. Temperaturen tagsüber etwas höher; nur höhere Gebirgslagen anhaltend leichter Frost. Zunächst auf südliche und westliche Richtungen drehende an Stärke zunehmende Winde, später wieder etwas abnehmend.

—* Daten für den 20. Januar 1928. Sonnenaufgang 7,55 Uhr. Sonnenuntergang 16,28 Uhr. Mondaufgang 6,14 Uhr. Monduntergang 13,51 Uhr.

1813: der Dichter Christoph Martin Wieland in Weimar gest. (geb. 1733);
1875: der französische Maler Jean Francois Millet in Barbizon gest. (geb. 1814);
1880: der französische Staatsmann Jules Favre in Versailles gest. (geb. 1809);
1900: der englische Schriftsteller John Ruskin in Coniston gest. (geb. 1819);

—* Polizeibericht. Gestohlen wurde gestern, vermutlich in der Zeit von 9—11 Uhr, aus dem Hausgrundstück Schülerstraße 7 ein fast neuer Sack, enthaltend 1 Zentner Kartoffeln. Sachdienliche Angaben erbittet der Kriminalposten.

—* Der Gesangverein „Cäcilia", Riesa, ladet im heutigen Anzeigenteil zu seinem kommenden Sonntag im Höpfnerschen Saale stattfindenden Stiftungsfeste ein.

—* Große Frühjahrs-Kunstausstellung in Riesa. Am 2. März wird in Riesa eine unter dem Ehrenvorsitz des Herrn Ersten Bürgermeisters stehende große Kunstausstellung eröffnet werden. In der klaren Erkenntnis, daß in unserer Stadt Theater und Konzertwesen auf einer Höhe stehen, wie es in einer Mittelstadt selten der Fall ist, daß aber auf dem Gebiete der bildenden Künste Bildungsmöglichkeiten seit Jahren fast gar nicht vorhanden sind und daß diese Lücke im Bildungswesen unserer Stadt nach Möglichkeit ausgefüllt werden mußte, hat auch der Rat der Stadt durch Bewilligung von Mitteln sich dafür eingesetzt, daß eine große Ausstellung des Künstlerbundes „Isar"-München nach Riesa kommt. Die Ausstellungsleitung, die bisher in ca. 150 Groß- und Mittelstädten Deutschlands Werke der diesem Bunde angeschlossenen Künstler mit größtem Erfolge zur Schau stellte, wird mit ca. 200 großen Oelgemälden, Aquarellen und Plastiken die Ausstellungsräume bei „Höpfner" füllen. Die Ausstellung erstreckt sich auf 10 Tage, und zwar soll, um ein Zusammendrängen der Kunstwerke zu vermeiden und eine großzügige Wirkungsmöglichkeit zu erzielen, das Bildmaterial in 2 Gruppen, jede Abteilung 5 Tage, gezeigt werden. Die Ausstellung wird für Riesa ein Ereignis werden, darum machen wir schon jetzt darauf aufmerksam.

—* Die Aufnahme des Eildampferverkehrs auf der Elbe. Im Anschluß an unsere Notiz vom 14. Januar über eine teilweise Wiederaufnahme der Elbeschiffahrt kann mitgeteilt werden, daß die Eildampfer der Vereinigten Elbeschiffahrt A.-G. (Elbe, Rhein, Weser, Gustav) inzwischen an ihren Bestimmungsorten (Riesa bezw. Dresden) eingetroffen sind. Des weiteren ist der Dampfer Bellingsrath mit Fahrzeugen im beschleunigten Schleppverkehr in Dresden angekommen. — Die Eisverhältnisse an der Sächsisch-böhmischen Grenze sind im großen und ganzen unverändert.

—* Ueber die Eisbarre an der Landesgrenze lesen wir folgende Schilderung: Die Eisbarre an der Malzfabrik bei Herrnskretschen war am Sonntag das Ziel vieler Ausflügler aus Dresden und Böhmen, sowie auch sämtlicher Fischer Herrnskretschens. Fast kein Netzwurf unterhalb der Barre war vergeblich. Wahrscheinlich fürchten sich die Fische vor der Eisbarre oder können den großen Wasserdruck nicht überwinden und stauen sich im Unterwasser auf. Herrnskretschen hat einen Wasserstand, der als niedrig zu bezeichnen ist, während in Tetschen oberhalb der Barre Hochwasser ist. Die Umschlagplätze bei Laube stehen alle unter Wasser. In den Teichen und in die tiefste (15 m) und schmalste Stelle bei Herrnskretschen hat sich das Eis festgefahren. Der 10 Meter starken Eismasse gegenüber versagen auch die ununterbrochen erfolgenden Sprengungen. Glücklicherweise ist das Eis schon etwas morsch geworden, sodaß man im Falle des Ausbruches doch an ein ruhiges Abschwimmen denkt.

—* Sebastianstag. Am 20. Januar gedenkt die katholische Kirche des Märtyrers Fabian Sebastian, der nach der Ueberlieferung unter Kaiser Diokletian Hauptmann in der Prätorianergarde war. Er starb seines christlichen Glaubens wegen den Märtyrertod. Die Kunst stellt ihn mit Vorliebe an einen Baumstamm gebunden dar und mit vielen Pfeilen durchbohrt. Er gilt als Schutzpatron gegen die Pest. Auch wählen ihn die Schützengesellschaften gern zu ihrem Schutzpatron.

—* Kreisausschuß. Am Freitag, den 27. Januar, 11 Uhr findet im Sitzungssaale der Kreishauptmannschaft, Johannstraße 23, in Dresden eine öffentliche Sitzung des Kreisausschusses zu Dresden statt.

—* Von der Jahresschau 1927 „Das Papier". Die in der vorjährigen Papierausstellung ausgestellt gewesene Papiererzeugungsmaschine, die von Hunderttausenden von Ausstellungsbesuchern bewundert wurde, geht nach Polen und ist an eine Posensche Papierfabrik verkauft worden.

—* Zum jüngsten Beschluß des Wohnungsausschusses des Reichstages. Der Beschluß des Wohnungsausschusses des Reichstages über Aufhebung der Vorschriften des Reichsmietengesetzes für Wohnungen mit mehr als fünf Wohnräumen ist teilweise mißverstanden worden. Reichsmietengesetz und Mieterschutzgesetz bleiben nach wie vor für die bereits vermieteten Wohnungen dieser Art in Geltung. Der Vermieter ist also nicht berechtigt, eine Erhöhung der Miete zu fordern oder zu kündigen. Nur falls nach dem 1. April 1928 eine Wohnung mit mehr als 5 Wohnräumen freigeworden ist und neu vermietet wird, soll der neue Mieter an die von ihm vereinbarte Miete gebunden sein, und sich nicht mehr auf die gesetzliche Miete berufen dürfen. Die Zwangsbestimmungen gegen Wucher sollen auch hier gelten. Je mehr derartige Versuche einer Lockerung des Mieterschutzes zu nicht gerechtfertigten Mietsteigerungen ausgenutzt werden, um so weniger ist mit weiteren Lockerungen zu rechnen. Der Beschluß des Wohnungsausschusses bedarf im übrigen noch der Zustimmung des Reichstages.

—* Aufgehobene Straßensperrung. Die Kreishauptmannschaft Dresden gibt bekannt, daß die Sperrung der Staatlichen Bielatalstraße von Königstein nach Schweizermühle für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen an Sonn- und Feiertagen aufgehoben wird.

—* Schneefall in Sachsen. Ueber große Teile Sachsens ist gestern nacht Schnee gefallen, besonders im Erzgebirge. So melden Geising 20, Fichtelberg und Auersberg 25 Zentimeter Neuschnee bei leichtem Frost.

—* Die Auslosung von Ablösungsanleihen betr. Vom Sächsischen Gemeindetag wird uns folgendes geschrieben: „In den Kreisen der Inhaber städtischer Anleihen herrscht eine starke Enttäuschung darüber, daß im abgelaufenen Jahre noch keine Auslosung der Ablösungsanleihen erfolgt ist, obwohl die Altbesitzrechte nahezu von allen Gemeinden festgestellt worden sind und die Altbesitzer hierüber einen Bescheid von der zuständigen Stelle erhalten haben. Diese Enttäuschung ist verständlich. Die Ursache der Verzögerung ist aber nicht bei den Gemeinden zu suchen, sondern die Ausreichung der Ablösungsanleihe und die Vornahme der Auslosung ist lediglich dadurch verzögert worden, daß in Sachsen im Gegensatz zu fast allen anderen deutschen Ländern, besonders im Gegensatz zu Preußen, noch immer nicht die Frage entschieden ist, ob es für die Gemeinden bei dem im Anleiheablösungsgesetz als Regel vorgesehenen Aufwertungssatz (Ablösung mit 2½ v. H. des Goldmarkwertes der Anleihe, verbunden mit einem fünffachen Auslosungsrecht für Altbesitzer) verbleibt, oder ob eine erhöhte Aufwertung (Erhöhung des Einlösungsbetrages bis auf das Zehnfache des Ablösungsbetrages), oder eine verkürzte Tilgungsdauer (Herabsetzung von 30 Jahren bis auf 20 Jahre) Platz zu greifen hat. Die von der sächsischen Regierung bestellten Treuhänder haben seinerzeit innerhalb der gesetzmäßigen Frist für alle Gemeinden und für alle Gläubiger den Antrag auf erhöhte Aufwertung vorsorglich gestellt. Ueber diese Anträge haben die zuständigen Spruchstellen, die Kreisausschüsse, aber bisher nur in einer verschwindend geringen Zahl von Fällen, die nur kleinere Gemeinden betreffen, entschieden. Für die große Masse der Gemeinden, und vor allem für die größten unter ihnen, die Großstädte, schwebt das Prüfungsverfahren noch. Vor einer endgültigen Feststellung des Aufwertungssatzes ist es aber für die Gemeinden unmöglich, auch nur abschlagsweise Ablösungsanleihe auszugeben und eine Auslosung zu veranstalten. Das Ministerium des Innern hat zwar durch eine Verordnung vom 8. Oktober 1927 die Kreishauptmannschaften veranlaßt, für eine beschleunigte Erledigung der bei ihnen anhängigen Fälle Sorge zu tragen. Die Prüfung der Anträge nimmt aber nicht den gewünschten Fortgang, so daß sich der Sächsische Gemeindetag veranlaßt gesehen hat, erneut beim Ministerium vorstellig zu werden, um einen für die Gemeinden wie für deren Gläubiger gleich unerwünschten Schwebezustand endlich zu beenden.

—* Aenderung in der Lockerungsverordnung über die Wohnungszwangswirtschaft. Wie die Sächsische Staatszeitung erfährt, besteht die Absicht, die Beschwerden, die auf Grund der sächsischen Verordnung über die Aenderung der Wohnungszwangswirtschaft vorgetragen worden sind, demnächst zu prüfen. Sollten sich diese Beschwerden als berechtigt erweisen, dann soll erwogen werden, inwieweit die Lockerungsverordnung örtlich begrenzt aufgehoben oder eingeengt werden kann.

—* Lehrgänge für Volks- und Heimatkunde. In Dresden, Leipzig und Bautzen soll lt. Verordnungsblatt des Volksbildungsministeriums im Februar je ein drei- bis vierwöchentlicher Lehrgang für Volks- und Heimatkunde abgehalten werden. Im Anschluß daran werden Führungen und Ausflüge stattfinden. Zu jedem Lehrgang können 35 Teilnehmer zugelassen werden. Meldungen sind bis zum 23. dieses Monats an den Bezirksschulrat zu richten.

—* Sammeln von Kiebitzeiern. Die Jagdaufsichtsbehörden sind angewiesen worden, zur Verhinderung der Ausrottung der Kiebitze, die wegen ihres nicht sehr häufigen Vorkommens in Sachsen bis auf weiteres nicht gejagt werden dürfen, besonders darauf zu achten, daß das in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April zulässige Sammeln der Kiebitzeier nur von Jagdberechtigten, keinesfalls aber von Unbefugten geschieht.

—* Wieder Erzbergbau in Sachsen? Zu der in einem Zeitungsartikel gegebenen Anregung des Privatdozenten an der Technischen Hochschule zu Berlin, Dr. Karl Krüger, den alten Erzbergbau im Erzgebirge wieder ins Leben zu rufen, bemerkt die Sächsische Staatszeitung: Man wird diese Meldungen mit aller Vorsicht aufnehmen müssen. Aehnliche Versuche wie die hier angedeuteten sind bereits nach dem Kriege im Silberbergbau gemacht worden. Die daran geknüpften großen Erwartungen haben sich aber leider nicht erfüllt. Erst wenn praktische Ergebnisse in großem Ausmaße vorliegen, wird man von einer Möglichkeit der Wiederbelebung des Erzbergbaues im Erzgebirge sprechen können.

—* Haftpflicht der Gemeinde bei Fahrlässigkeit des Mieteinigungsamtes. Ein Mieteinigungsamt hatte einem Wohnungsuchenden eine Ersatzwohnung zugewiesen und zwar unbekümmert um dessen Einwendungen, daß das betreffende Haus baufällig und die Wohnung feucht, für seine schwer leidende Frau daher völlig ungeeignet sei. Der Mieter machte schließlich gegen die zuständige Gemeinde Schadenersatzansprüche geltend unter Berufung auf Artikel 131 der Reichsverfassung bezw. § 839 BGB. Die Gemeinde lehnte indes den Schadenersatzanspruch ab mit dem Bemerken, die Beisitzer des Mieteinigungsamtes seien keine Beamten im Sinne des Gesetzes, die Gemeinde sei daher für deren Fahrlässigkeit oder sonstige Verschulden nicht verantwortlich. Die Einwendung der Kläger, die Wohnung sei feucht, sei einstimmig von dem Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes und den Beisitzern zurückgewiesen worden. Dem Vorsitzenden könne aus dieser seiner Haltung kein Vorwurf gemacht werden; wäre er nicht für die Zurückweisung des Einspruchs gewesen, so wäre er von den Beisitzern überstimmt worden. Das Oberlandesgericht Karlsruhe war jedoch wesentlich anderer Meinung und erklärte die Gemeinde für haftpflichtig. Es sah als erwiesen an, daß die dem Kläger als Ersatzwohnung zugewiesenen Räume derart feucht und baufällig waren, daß sie schon im allgemeinen, erst recht aber für den Kläger und seine leidende Frau als geeigneter Wohnraum nicht in Betracht kommen konnten. Die vernommenen Sachverständigen, ein Architekt und ein Arzt, äußerten sich noch um vieles deutlicher. Sie führten übereinstimmend aus: daß ihnen noch niemals ein Fall vorgekommen wäre, in dem jemandem das Wohnen in derartigen, zu diesem Zwecke völlig ungeeigneten Räumen zugemutet worden wäre. Das Mieteinigungsamt, so führte das Oberlandesgericht weiter aus,

SLUB
Wir führen Wissen.

hätte die Einwendung des Klägers, bevor er sie verwarf, erst einmal sorgsam prüfen müssen. Unstreitig betrifft die beiden Beklagten ein Verschulden, die Hauptschuld aber ist dem Vorsitzenden beizumessen. Hätte er, wie es seine Pflicht war, die Anregung gegeben, über die Feuchtigkeit der Wohnung Beweis zu erheben, so wäre er damit zweifellos durchgedrungen. Sein inkorrektes Verhalten ist also hauptsächlich als die Ursache für das Zustandekommen der unrichtigen Entscheidung anzusehen.

—* **Wann ist der tarifliche Ueberstundenzuschlag zu bezahlen?** Das Reichsarbeitsgericht hatte sich gestern mit folgendem Fall zu beschäftigen: Der Arbeiter Heidrich war mit Reinigungsarbeiten an Maschinen betraut. Er hatte diese Arbeit zum Teil in einer Zeit zu verrichten, in der die übrige Belegschaft seiner Arbeitsstätte bereits Feierabend hatte. Diese längere Arbeit wurde dadurch abgegolten, daß H. morgens um so viel später anzufangen hatte, als er am Tag zuvor länger im Dienst gewesen war. Trotzdem unter solchen Umständen von einer eigentlichen Ueberzeitarbeit nicht gesprochen werden konnte, verlangte H. von seinem Arbeitgeber den tariflichen Ueberstundenzuschlag für alle die Arbeitsstunden, die nach dem allgemeinen Arbeitsschluß abgeleistet worden waren. Das Arbeitsgericht Leipzig, das Landesarbeitsgericht und nun auch das Reichsarbeitsgericht als letzte und Revisionsinstanz haben diesen Anspruch des Heidrich zurückgewiesen. Wenn er länger gearbeitet habe, als die übrige Belegschaft, so sei das dadurch wieder abgegolten worden, daß er seinen Dienst am folgenden Tage später begonnen habe. Tatsächlich habe er also Ueberzeitarbeit nicht geleistet. Es komme nur eine Verschiebung der Arbeitszeit für ihn in Betracht, und hier sei ein Ueberstundenzuschlag nicht zu zahlen. Daran ändere auch nichts der Umstand, daß H. Stundenlohn empfange und daß die vorgenannte Verschiebung der Arbeitszeit im Tarifvertrag zunächst nur für die Arbeiter vorgesehen sei, die Wochenlohn erhalten.

—* **Arbeitsgemeinschaft für das deutsche Chorgesangswesen.** Wie dem Telunion-Sachsendienst berichtet wird, haben sich der Deutsche Sängerbund, der Deutsche Arbeitersängerbund und der Reichsverband Gemischter Chöre Deutschlands zu einer Arbeitsgemeinschaft für das deutsche Chorgesangswesen zusammengeschlossen. Die Gemeinschaft bezweckt, bei Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Bünde die gemeinsamen finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten, die sich dem Chorgesangswesen in den Weg stellen, zu bekämpfen und die allgemeinen künstlerischen Interessen auf diesem Gebiet zu fördern. Den Vorsitz hat der Musikreferent im Preußischen Kultusministerium übernommen.

—* **Ein Schulreformer als betrügerischer Geldsammler.** Aus Leipzig wird gemeldet: Der Studienrat a. D. Edmund Baumann, geboren am 11. September 1877 in Halle an der Saale, sammelt zur Durchführung einer angeblichen Umorganisierung des derzeitigen Schulwesens nach seinen Plänen Beiträge, die er zu seinem Lebensunterhalt verwendet. Er verkauft dabei ein rotes Büchlein mit verschiedenen Titeln, das aber inhaltlich vollkommen wertlos ist. Vor dem Betrüger wird gewarnt. Er ist geisteskrank.

—* **Steigerung der Zahl der Herzkranken.** Nach dem Statistischen Jahrbuch fordern die Herzkrankheiten in Deutschland jährlich mehr als 100 000 Opfer. Der Herztod ist der weitaus häufigste in der deutschen Bevölkerung; er macht bei den Männern 17 und bei den Frauen 18 Prozent aller Todesfälle aus. In den letzten Jahren ist eine Steigerung dieser Todesursache festzustellen. Bei den Männern betrug die Zahl der Todesfälle an Herzkrankheiten im Jahre 1920 rund 48 000, im Jahre 1923 53 000 und im Jahre 1924 51 000. Bei den Frauen lauten die entsprechenden Zahlen 57 000, für 1924 sogar 58 000. Die Steigerung dieser Todesursache ist vor allem auf den Krieg und seine Nachwirkungen zurückzuführen, der die „Hungerherzen" und die „Kummerherzen" gebracht hat.

—WR. **Neue Lohnklasse in der Invalidenversicherung.** Vom 2. d. M. an müssen sowohl für Pflicht- als auch für freiwillige Invalidenversicherung für alle Versicherten mit einem Wochenverdienst von mehr als 36 RM. Beiträge der Lohnklasse VII verwendet werden. Marken der Lohnklasse VII werden für eine Woche im Geldwerte von 200 Rpf. und für zwei Wochen im Geldwerte von 400 Rpf. ausgegeben. In Form, Größe, Markenbild, Wasserzeichen, Schutzdruck und Papier stimmen die neuen Marken mit den zur Zeit gültigen Marken überein. Die Farbe der Ein- und Zweiwochenmarken ist oliv. Mit Wirkung vom 2. d. M. sind Marken der Lohnklasse VI nur noch bei einem wöchentlichen Arbeitsverdienste von mehr als 30 RM. bis 36 RM. zu verwenden.

—* **Umfang des Postscheckverkehrs im Deutschen Reiche.** Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Die Zahl der Postscheckkunden betrug Ende Dezember 1927 922 876. Dies bedeutet einen Zuwachs von 1 990 Konten gegen das Ende des Vormonats. An Gut- und Lastschriften zusammen sind im Monat Dezember 62 623 000 Buchungen über 12 889 107 000 RM. ausgeführt worden. Davon sind bargeldlos beglichen worden 10 217 848 000 RM. Das durchschnittliche Guthaben der Postscheckkunden belief sich auf 611 970 000 RM. Im Ueberweisungsverkehr mit dem Ausland sind 10 965 000 RM. umgesetzt worden.

—* **Die Bautätigkeit im Monat November** 1927. (Mitteilung des Sächsischen Statistischen Landesamtes.) Im Freistaat Sachsen wurden im Monat November 552 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt, und zwar in den Regierungsbezirken Bautzen 54, Chemnitz 144, Dresden 142, Leipzig 133 und Zwickau 79. Diese 552 Neubauten, von denen 548 auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 1518 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 88 Baugenehmigungen für Um-, An- und Aufbauten mit insgesamt 129 Wohnungen erteilt, von denen 4 Not- und Behelfsbauten mit 4 Wohnungen sein werden. — Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 1093 Neubauten mit 2727 Wohnungen. Unter den Bauten befanden sich 517 mit einem und 374 mit zwei Wohngeschossen und unter den Wohnungen 106 mit zwei, 942 mit drei, 899 mit vier und 320 mit fünf Wohnräumen. 1061 Neubauten waren Wohnhäuser, von denen 543 nur eine Wohnung, 223 zwei Wohnungen enthielten, also Ein- bezw. Zweifamilienhäuser waren. Weiterhin befanden sich unter den abgenommenen Neubauten 379 gemeinnütziger Art. Durch 176 Umbauten wurden 218 Wohnungen gewonnen, darunter 4 durch Not- und Behelfsbauten. — An Gebäudeabgängen waren im November vierzehn Häuser mit 15 Wohnungen zu verzeichnen. Die Berichtszeit erbrachte insgesamt einen Zuwachs von 2926 Wohnungen (Monat November 1926: 1453); davon entfielen auf die Städte: Chemnitz 170, Dresden 359, Leipzig 190, Plauen 2 und Zwickau 160.

* **Köderau.** Diesen Sonnabend veranstaltet der hiesige Turnverein (DT.) einen öffentlichen Maskenball im „Waldschlößchen". Ein etwa sich ergebender Reinertrag soll zum Ausbau der Jugendpflege verwendet werden.

* **Dresden.** Reichsgründungsfeier in Dresden. Am 18. Januar fanden außer der Veranstaltung in der Technischen Hochschule noch eine Reihe von Reichsgründungsfeiern verschiedener Verbände und Organisationen statt. Der Dresdner Waffenring veranstaltete im großen Saale des Ausstellungspalastes einen Kommers. Die Deutschnationale Volkspartei feierte den Tag der Reichsgründung im großen Vereinshaus-Saal, wo der Reichstagsabgeordnete Dr. Everling die Festrede hielt. Mitglieder des Jungdeutschen Ordens aus zahlreichen sächsischen Landesteilen vereinigten sich im Hotel „Stadt Amsterdam" in Laubegast ebenfalls zu einer Stunde vaterländischen Gedenkens.

* **Dresden. Nächtlicher Ueberfall.** Am Mittwoch abend gegen ½9 Uhr wurden auf der Röthnitzer Straße in Vorstadt Plauen zwei Dienstmädchen von einem jungen Mann aus Kötzschenbroda überfallen und durch Begießen mit Salzsäure schwer verletzt. Der Täter entkam, nachdem er noch einen jungen Mann, der ihn auf der Flucht aufzuhalten versuchte, ebenfalls mit der Säure verletzt hatte. Man hat es zweifellos mit demselben Attentäter zu tun, der bereits am 18. Oktober vorigen Jahres im Vorgarten eines Hauses in der Hohestraße eines der Mädchen, das seine damalige Geliebte war, überfiel und zu erwürgen versuchte. Er wurde damals verhaftet. Trotz seines Geständnisses aber, wonach er das Mädchen umbringen wollte, wieder in Freiheit gesetzt. In der Zwischenzeit hat er das Mädchen weiter verfolgt und ihm sogar Drohbriefe geschrieben, die man unglaublicherweise aber nicht ernst genommen hat. Mittwoch abend nun bestellte er das Mädchen unter dem Namen einer Freundin telephonisch nach der Röthnitzer Straße. Dort erschien er plötzlich vor dem mit einer Kollegin wartenden Mädchen und übergoß beide mit Salzsäure. Die Ueberfallenen haben schwere Verbrennungen am Kopf und an den Händen davongetragen und mußten, nachdem ein in der Nähe wohnender Arzt die erste Hilfe geleistet hatte, nach dem Krankenhaus gebracht werden. Hoffentlich wird nun endlich dem Treiben des gemeingefährlichen Burschen ein Ende gemacht; es wird wirklich die höchste Zeit.

* **Dresden.** Ein Sportpalast für Dresden? Die „Dr. N. N." teilen mit, in jüngster Zeit seien unter Führung einer Bankgruppe Verhandlungen eingeleitet worden, um ein im Privatbesitz befindliches großes Grundstück im Zentrum Dresdens zu erwerben, um auf diesem nach dem Muster des Berliner Sportpalastes eine „Sachsenhalle" zu erbauen. Es solle eine Sporthalle geschaffen werden, die 16 000 Personen Platz biete. Es handle sich bei dem Projekte um eine Summe von 2 Millionen, von der bereits ein beträchtlicher Teil gezeichnet sei.

* **Dresden.** Besuch des Königs von Afghanistan in Dresden und Leipzig. Der afghanische Außenminister Ghulam Siddig Khan, der den König von Afghanistan auf seiner Europareise begleitet, gewährte dem römischen Vertreter der Telegraphen-Union eine Unterredung, in der er sich eingehend über den Zweck der Europareise des Königs, sowie über die Beziehungen Afghanistans zu den europäischen Staaten äußerte. U. a. bemerkte er, daß auch Besuche von Dresden und Leipzig vorgesehen seien.

Dresden. Die Brunnenbohrung im Walde (nahe der Präsidentenbuche) beim Weißen Hirsch ist nach Eintritt wärmerer Witterung wieder aufgenommen worden. Verlangsamt wird sie durch das Auftreten eines Syenitflözes von ziemlicher Mächtigkeit. Bis jetzt hat man etwa 40 Meter Tiefe erreicht. Da die Bohrung bis zu 100 Meter Tiefe wird gehen müssen, so dürfte es noch geraume Zeit dauern, bis die von Rutenfachleuten mit großer Sicherheit festgestellte Mineralquelle erreicht ist.

* **Dresden.** Vor dem hiesigen Schöffengericht stand gestern der 48 Jahre alte Bauarbeiter Emil R. Jäckel aus Dresden wegen Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 176 Abs. 3 St.G.B. (Vornahme unsittlicher Handlungen an Kindern). Nach vielstündiger geheimer Beweiserhebung wurde der Angeklagte zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Ebenso wurde er der bürgerlichen Ehrenrechte für zwei Jahre für verlustig erklärt. Beim Rücktransport des in Haft befindlichen Angeklagten nach der Gefangenenanstalt verfiel der Verurteilte in eine Art Tobsuchtsanfall und griff eine in der Angelegenheit vernommene Zeugin tätlich an. Durch das Dazwischentreten eines Wachtmeisters wurden weitere Zwischenfälle verhindert und der Gefangene abtransportiert.

* **Dresden.** Kohlenoxydgasvergiftung. In ihrer Wohnung in Vorstadt Laubegast wurden in der Küche auf dem Sofa der 58 Jahre alte Buchhalter Hansdörfer und seine Ehefrau tot aufgefunden. Beide sind anscheinend einer Kohlenoxydgasvergiftung zum Opfer gefallen, da der Ofenschieber vorzeitig geschlossen worden war.

* **Dresden.** Reichsgründungsfeier in der Technischen Hochschule. In der festlich geschmückten Aula der Technischen Hochschule wurde gestern in altherkömmlicher Weise in Gegenwart der Vertreter der Dozenten und Studierenden, des Rektors und Senats der Hochschule in ihrer feierlichen Amtstracht die Reichsgründungsfeier als Dies Academicus begangen. Der festlichen Veranstaltung wohnten als Ehrengäste u. a. bei Volksbildungsminister Dr. Kaiser, Wehrkreiskommandeur Generalleutnant Wöllwarth, Landeskommandant Generalmajor Fischer sowie die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden. Der Rektor Prof. Dr. Bruck gedachte in seiner Begrüßungsansprache der im Weltkriege gefallenen Kommilitonen, welche mit ihrem Blute die Einheit des Reiches gerettet hätten. Die eigentliche Festrede hielt Professor Dr. Süpfle über das Thema: Leibesübungen und Hygiene. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Mit dem Torgauer Marsch schloß die Feier.

* **Stadt Wehlen.** Volksentscheid. Am Sonntag, dem 29. Januar, wird die hiesige Einwohnerschaft in einer Volksabstimmung darüber entscheiden, ob das hiesige Stadtverordneten-Kollegium weiter bestehen soll oder nicht.

* **Wilthen.** Diebische Jungen. Zwei hiesige junge Burschen im Alter von noch nicht 15 Jahren stahlen bei einer hiesigen Zigarrengeschäftsinhaberin wiederholt aus dem Laden Zigaretten, bis sie eines Tages bei dem Diebstahl erfaßt wurden. Die Gendarmerie ermittelte die Diebe und fand die gestohlenen Zigaretten bei ihnen vor.

* **Leipzig.** Unschuldig verurteilt. Vom Schöffengericht in Bad Lausick ist vor einigen Wochen eine Dienstmagd, die wegen eines geringfügigen Eigentumsdeliktes mit drei Tagen Gefängnis vorbestraft war, wegen Einbruchsdiebstahls zu einem Jahr und einem Monat Zuchthaus verurteilt worden. Als mit der Vollstreckung dieses Urteils eben begonnen werden sollte, stellte die Leipziger Kriminalpolizei, die mit der Sache befaßt worden war, folgendes fest: Die verurteilte Magd hat den Einbruch nicht begangen. Sie hat zwar zunächst einem Landjäger ein Geständnis abgelegt, dessen Zustandekommen noch zu klären ist, hat dieses Geständnis aber sofort widerrufen. Sie hat später erbittert bestritten, die Täterin zu sein, ihre Beteuerungen sind aber nicht gehört worden, vielmehr hat man die gegen sie zusammengetragenen Indizien für genügend gehalten, um das Urteil auszusprechen. In Wirklichkeit ist der Einbruch von einem Knecht begangen worden, der in der Verhandlung gegen die Magd die Rolle eines Belastungszeugen spielte. Er hatte noch einen Mittäter. Beide sind festgenommen worden und haben ein Geständnis abgelegt. Die verurteilte Magd befand sich auf dem Wege zum Zuchthaus, als sich die Haftlosigkeit des Urteils herausstellte. Sie ist nach Lausick zurückgebracht worden.

* **Leipzig.** Aus dem Stadtverordnetenkollegium. In der Stadtverordneten-Versammlung wurde die Ratsvorlage zur Gründung einer Städtischen Wohnungsfürsorge G.m.b.H. und die Bewilligung von 100 000 RM. als Gesellschaftskapital aus Stammvermögen mit 42 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde der Ratsvorlage, die Stadtgemeinde unter Wegfall der übernommenen Bürgschaften mit 100 000 Rm. an der Gemeinnützigen Deutschen Hausrats-G. m. b. H. zu beteiligen, zugestimmt, jedoch mit der Maßgabe, daß von der Stadtgemeinde drei Stadtverordnete und ein Ratsmitglied in den Aufsichtsrat der Gesellschaft abgeordnet werden, und unter der Bedingung, daß auch der Staat in angemessener Höhe Anteile der Deutschen Hausrats-G. m. b. H. erwirbt.

Waldheim. Im Bachgrunde am Fuße des Diedemmühlen-Viaduktes (östliche Seite) wurde ein jugendlicher Toter aufgefunden. In ihm wurde ein 18jähriger Gutsbesitzersohn aus Steina erkannt. Wann er sich abgestürzt hat, war nicht festzustellen; vielleicht ist dies schon während der Nacht geschehen, denn zur Zeit der Auffindung war bereits Totenstarre eingetreten. Den Grund zur Tat scheint man in Liebesangelegenheiten suchen zu müssen, da der junge Mann sonst in bestem Rufe stand.

—* **Chemnitz.** Zum Stillegungsantrag der Presto-Werke A.-G. Chemnitz. Wie die Verwaltung der Presto-Werke der Allg. Bta. Chemnitz mitteilt, hat der Stillegungsantrag des Werkes vielfach zu falschen Auslegungen geführt. Das Werk arbeitet im bisherigen Umfange weiter; nur in einigen Abteilungen, die in der Fabrikation den übrigen Zweigen vorausgeeilt sind, sollte wöchentlich einige Stunden kurz gearbeitet werden. Da der Arbeiterrat sich damit nicht einverstanden erklärte, sah sich die Verwaltung gezwungen, den Stillegungsantrag zu stellen. Voraussichtlich wird die Inanspruchnahme von Kurzarbeit aber nicht notwendig sein.

* **Chemnitz.** Ein ungetreuer Rechtsanwalt. Der Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. Kurt Wolf, der sich im Oktober vorigen Jahres der Staatsanwaltschaft selbst gestellt und Anzeige gegen sich erstattet hatte, wurde vom Gemeinsamen Schöffengericht Chemnitz wegen Untreue in Tateinheit mit Unterschlagung in 2 Fällen zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Wolf hatte Konkursgelder in Höhe von 13 000 Mark, die in seiner Verwahrung waren, unterschlagen und zu eigenen Zwecken verwendet.

* **Falkenstein i. V.** Das unselige Spielen mit der Waffe. Der 35jährige Schlosser H. hat am Dienstag abend aus Fahrlässigkeit seinen Freund, den 57 Jahre alten verheirateten Schrankenwärter Hans Kretzschmar im Bahnwärterhause an der Grünbacher Straße erschossen. Kretzschmar war mit dem Reinigen einer Pistole beschäftigt, die H. in die Hand nahm, ohne zu wissen, daß sie geladen war.

* **Hainau.** Brandstiftung und Selbstmordversuch. In früher Morgenstunde des letzten Sonntag wurde die Förster'sche Gastwirtschaft in Georgenthal durch Feuer vernichtet. Als Brandstifter ist der Sohn des Stellenbesitzers Gerstmann ermittelt worden. Er hat die Tat aus Wut darüber verübt, daß ihm zu schon so vorgerückter Stunde und weil er ohnedies hoch in der Kreide stand, die Verabfolgung des bestellten Getränkes verweigert wurde. Nachdem er die Wirtschaft angezündet hatte, wurde er flüchtig, kehrte aber noch an demselben Tage abends ins Elternhaus zurück, wo er im Bewußtsein, eine schwere Schuld auf sich geladen zu haben, einen Selbstmord dadurch verüben wollte, daß er sich die Pulsadern aufschnitt. Das Vorhaben mißlang durch rechtzeitige Auffindung des Uebeltäters und sofortige Zuziehung des Arztes. Von Reue gepackt, gestand er, den Brand angelegt zu haben. Er wurde in Haft genommen.

* **Wilkau.** Rücktritt vom Bürgermeisteramte. Bürgermeister Kleinhempel hat seine Versetzung in den Ruhestand beantragt. Er steht im 65. Lebensjahr und hat fast 40 Jahre lang an der Spitze der Gemeinde gestanden. Bürgermeister Kleinhempel war früher auch Landtagsabgeordneter.

*

Elsterwerda. Vom Hochwasser sind rings um Elsterwerda schon wieder Feld und Wiese weit überschwemmt. Da angenommen wird, daß dasselbe jedoch nur auf die eingetretene Schneeschmelze zurückzuführen ist, mißt man demselben vorläufig keine große Bedeutung bei. Der Landmann jedoch hat auch jetzt schon wieder großen Schaden, denn Verschlammung seiner Felder und Versäuerung seiner Wiesen sind schließlich das Endresultat.

* **Liebenwerda.** Tödlicher Unfall. Im Tagebau der Braunkohlen- und Brikett-Aktiengesellschaft in Rückenberg ereignete sich gestern abend ein tödlicher Unglücksfall. Beim Auskippen der Wagen eines Zuges gab der lockere Boden nach; der Schienenstrang kam ins Rutschen und die Wagen überschlugen sich. Ein Arbeiter wurde verschüttet und konnte nur als Leiche geborgen werden. Der Verunglückte hatte kurz vor Weihnachten geheiratet.

* **Torgau.** Großfeuer. Hier brach im Hause der Schuhwarenfirma Kietsch ein Großfeuer aus, das den Dachstuhl völlig vernichtete. Die Wohnräume wurden bei der Löschung des Brandes stark durch Wasser beschädigt. Der Schaden ist jedoch durch Versicherung gedeckt.

* **Bad Reinerz.** Namensänderung. Durch Erlaß des preußischen Staatsministerium vom 5. Januar 1928 ist der Name der Stadtgemeinde Reinerz, Schlesien in „Bad Reinerz" umgeändert worden. Reinerz ist schon seit mehreren Jahrhunderten Badeort und fast ausschließlich als solcher weit bekannt. Seine letztjährige Besucherzahl erreichte sogar die sechshöchste Stelle unter allen deutschen Bädern. Schon 1408 werden seine Heilquellen urkundlich erwähnt, aber erst Friedrich der Große ließ nach Eroberung der Grafschaft Glatz im siebenjährigen Kriege die Quellen fassen und neue Kur- und Badeanstalten errichten, weshalb die Bevölkerung von Reinerz auch ihn als den eigentlichen Gründer des Bades verehrt. Stadt und Bad sind räumlich getrennt, indem das eigentliche Bad, eine große Villenkolonie mit seinen neuzeitlichen Kur- und Badeanlagen in einem schönen Tale zwischen waldbestandenen Bergen etwa 1 Kilometer von der Stadt entfernt liegt. Hierdurch entstand nun vielfach die Auffassung, daß Bad Reinerz, welches einen Privatbesitz der Stadt darstellt und mit dieser gemeinsam eine politische Gemeinde bildet, ein selbständiger Ort sei. Durch den gemeinsamen Namen „Bad Reinerz" ist nunmehr diese irrige Auffassung mit den daraus entstehenden postalischen und sonstigen Unzuträglichkeiten beseitigt und da der Badebesuch und überhaupt der Fremdenverkehr für die ganze Stadtgemeinde die wichtigste Nährquelle bildet, trägt die Umbenennung dieses höchstgelegenen Badeortes Preußens den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung. Möge der schöne in deutschen Landen weit und breit als Herzbad bekannte Kurort unter dem neuen amtlichen Namen „Bad Reinerz" weiterhin eine gute Zukunft haben.

* **Schluckenau.** Mit dem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten. Der 25jährige Untermeister Hugo Hübl einer Schluckenauer Firma wurde in seinem Zimmer in einer Blutlache tot aufgefunden. Er hatte sich aus Schwermut mit dem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten.

* **Warnsdorf.** Ein nordböhmischer Einbrecher verhaftet. Etwa zehn Einbrüche innerhalb weniger Tage seit Weihnachten erscheinen durch die Verhaftung des langgesuchten oft vorbestraften 23jährigen Berufseinbrechers Franz Palms aus Warnsdorf aufgeklärt. Palms hat die Einbrüche in Warnsdorf, Obergrund-Teichstätter-Konsum, zwei Gasthauseinbrüche in Oberbennersdorf, einen Einbruch im sächsischen Grenzorte Seifhennersdorf i. Sa. und zuletzt einen in Neugersdorf i. Sa. verübt und wurde, als er mit dem gefüllten Rucksacke in sein Diebeslager bei seiner Geliebten, der vorbestraften Marie Krause in Böhm.-Leipa ankam, von der Gendarmerie in Empfang genommen. Er leugnete, man fand aber eine Menge Diebesgut auch aus Warnsdorf bei ihm. Sein Lager war gefüllt mit Lebensmitteln, Wäsche, Kleidung, Toilettesachen, Rauchwaren usw. im Werte von gut 10 000 Kronen. Palms soll auch einige andere Einbrüche in den sächsischen Grenzorten auf Kerbholze haben und auch solche in anderen Orten des Niederlandes, da er von Leipa als Ausgangspunkt ganze Beutezüge unternahm.

Paul Schmidt in Nünchritz

Bewährte Qualitäten
Billige Preise

Saison- und Inventur-Ausverkauf

beginnt am 20. Januar 1928 und endet am 2. Februar 1928

Ausnahmeangebote aus allen Teilen des Warenlagers
Reste und Sonderangebote zu Vorzugspreisen

Bohnessel Mtr. v. 38 Pf. an — Hemdenflanell Mtr. v. 38 Pf. an
Hemdentuch Mtr. v. 48 Pf. an — Rohbarchent Mtr. v. 68 Pf. an usw.

Grund- u. Hausbesitzerverein Riesa e. V.

Freitag, 20. Januar, 8 Uhr abends

Mitgliederversammlung

im Saale des Wettiner Hof. Interessanter Vortrag unseres Verbandssekretärs Herrn Seibt, Dresden. — Unsere Mitglieder werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen. Auch die benachbarten Hausbesitzervereine sind hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

Vereinsnachrichten

Hausbesitzerverein Riesa-Weida. Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 2 Uhr Jahreshauptversammlung im Gasthof Seydewitz.

Fidelitas. Heute abend ½9 Uhr Hauptversammlung. (Siehe besondere Einladung.)

Deutsche Kavallerie, Riesa.

Sonnabend, 21. Januar, abends 8 Uhr

Hauptversammlung

im Vereinsl. „Wettiner Hof". — Tagesordnung:
1. Jahresbericht
2. Kassenbericht
3. Neuwahlen
4. Freie Anträge.

Vollzähliges Erscheinen ist dringend nötig.

Der Vorstand.

Blutfrische grüne Heringe Pfd. 25 Pfg.
Schellfisch, Pfd. 35 Pfg.
Paul Schautschik
Wettinerstr. 5, neb. Wett. Hof.

Freitag früh
ff. Seefisch
frisch auf Eis
Ernst Schäfer Nachf.

Frische Seefische
eingetroffen.
Robert Biel, Zeithain.

Achtung!
Zerlege diese Woche einen feisten
Junghirsch
Rücken, Fricandeaux
Koch- und Bratfleisch.
Clemens Bürger.

Frischgeschossene
starke Hasen
im Fell,
gestreift, gespickt, geteilt
Fasanenhähne
frischgeschlachtete fette Gänse, auch geteilt
Klein, Fett, Leber.
Clemens Bürger.

Guterh. Kinderwagen
zu verkaufen Nünchritz,
Friedrich-Ebert-Str. 16.

Gasthof Nünchritz.

Sonntag, 22. Januar, abends 7 Uhr
zum Karpfenschmaus
großes Militärkonzert und Ball.
Ergebenst ladet ein — Max Rentzsch.

Vom 20. Januar bis mit 2. Februar d. J.
findet mein großer

Saison-Ausverkauf

statt und gewähre ich in dieser Zeit beim Einkauf von 5.00 an auf sämtliche Artikel meines großen Lagers

10 bis 20 Prozent Kasse-Rabatt

z. B. Damenmäntel mit 20 %, usw.

Martin Schniebs, Glaubitz

Manufaktur-, Modewaren, Konfektion
Wäsche, Hüte und Mützen.
Mitglied eines Textil-Einkaufsvereins.

Turnverein Röderau.

Sonnabend, den 21. Januar 1928
im Waldschlößchen
großer öffentlicher

Masken-Ball

mit Prämiierung.
Einlaß 6 Uhr, Anf. 7 Uhr.
Zuschauerkarte 1.50
Maskenkarte 2.50
(einschließlich Steuer)
zu haben bei den Herren Kresse u. Sternkopf und im Waldschlößchen.
Um recht zahlreichen Besuch bittet der Turnrat.
Maskengarderobe von Frau Mratzek ab Freitag im Waldschlößchen.

Achtung!

Gasthof Wülknitz.

Sonnabend, 21. Januar, abends 8 Uhr
Junghähnel-Sänger.
Anschließend Ball. der Wirt.

---

8 ung!
Hänels Schank- und Speisehaus
— Nünchritz. —
Morgen Freitag großes Schweine-Nachtschlachtfest. — Musikalische Unterhaltung. Flotte Bedienung.
Freundlichst ladet ein der Wirt.

Nochmals weiße Barchent- und Bite-Reste eingetroffen.
H. Bruntsch, Bismarckstraße 63.

Der Gesangverein „Cäcilia" Riesa

begeht am Sonntag, 22. 1. 1928, im Saale des Hotel Höpfner sein diesj.

Stiftungsfest.

Die Mitglieder mit ihren Angehörigen, sowie die hierzu geladenen Gäste werden nochmals gebeten, zahlreich zu erscheinen. Beginn pünktlich nachmittags 7 Uhr.

Der Gesamtvorstand.

Zum Anker Gröba

Sonnabend, den 21. Januar, hält der Schweizerverein „Frühauf" Riesa seinen diesjährigen ersten

öffentlichen Schweizerball.

Anfang 7 Uhr. Freunde und Gönner sind hierzu herzlich willkommen.

Der Vorstand, i. A.: Priebs.

Gieslats Schank- u. Speisewirtschaft
Gröba-Riesa, Kirchstr.
Freitag, Sonnabend und Sonntag
Bockbierausschank.
Für Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.
Es ladet ergebenst ein
M. Gieslat.

Gasthof Roitzsch.
Sonnabend, den 21. u. Sonntag, d. 22. Januar
Karpfenschmaus.
An beiden Tagen **Ball.**

Morgen Freitag früh
Schlachtfest.
M. Knöfel, Bhf. Röderau

Bürgerhof.
Morgen Freitag
Schlachtfest.

Pedig- u. Weidensessel
echt. Nußb.-Büfett, Spiegel, 1 Chaiselongueecke, 2 Polstersessel billig zu verk.
Hauptstr. 59, 1., Durchgang.

Inventur-Ausverkauf

Folgende Restposten
sind nochmals ermäßigt worden
zwecks gründlicher Räumung

6fach Leinenkragen mit Ecken und Umlegekragen Weite 35—42 **Stück nur 10 ₰**
Abwaschbare Kragen Restnummern 33, 34, 35, 36, 42, 43 **2 Stück nur 10 ₰**
Weiche weiße Herrenkragen Restnummern 33, 34, 35, 36, 37, 42 **Stück nur 25 ₰**
Krawatten-Schleifenbinder **Stück 50 und 25 ₰**
Weiße weiche und steife Vorhemdchen **Stück nur 75 ₰**
Oberhemden weiß 5.90 farbig, echte Streifen **Stück nur 3.75**
Sporthemden weiß — alle Größen . . 1.25 95 **75 ₰**
Sporthemden bunter Zefir und gestreifter Flanell Größe 60, 70, 80, 85, 90 cm 1.95 **1.50**
Kinder-Lätzchen weiß, mit schöner Stickerei **58 ₰**
Unterlagen bunt . Stück **35 ₰**
Trage-Röckchen wß. Molton m. Languette **1.90**
Stickwolle in Lagen Restfarben . Docke nur **5 ₰**

Für Maskenball

Maskenseiden hübsche Farben Meter nur . . . **50 ₰**
Masken-Halsrüschen weiß und farbig . 2.10 **1.90**

Gebr. Riedel

Das gute Einkaufshaus für Stadt und Land

Trude Rothemund
Kurt Mießner
geben zugleich im Namen beider Eltern ihre Verlobung bekannt
Lommatzsch / 18. Januar 1928 / Riesa

Lamms Fleischerei Röderau
empfiehlt
durchwachs. Rauchfleisch Pfd. 1.20 ℳ
Schinkenspeck, Pfd. 1.45 ℳ
hausschlacht. Blut- u. Leberwurst, Pfd. 1.— ℳ
Wurstfett Pfd. 50 ₰
frische Knoblauchwurst Pfd. 1.— ℳ

Zur Nachricht für unsere geehrte Kundschaft
Viorosa-Creme
ist wieder eingetroffen, ebenso das bewährte
Pitral-Haarwasser
mit hohem Spritgehalt, Flasche 1.50 M. u. 2.50 M.
F. W. Thomas & Sohn
Seifen, neb. Riesaer Bank.

Korbwagen
wie neu, zu verkaufen. Off. u. K 948 a. d. Tagebl. Riesa.

Wir kaufen
laufend jeden Posten gut erhaltene
gebrauchte Kisten
(Margarine- od. Fettkisten etc.)
Seifenfabrik
Grubann & Ancke.

Nach kurzem schweren Leiden entriß mir der Tod meinen innigstgeliebten Gatten, den
Kellerei- und Weinstubenbesitzer

Wilhelm August Louis Schmidt

im 43. Lebensjahr.

In tiefer Trauer
Else Schmidt nebst Angehörigen.

Nünchritz, den 19. Januar 1928.

Beerdigung erfolgt Sonntag mittags ¾1 Uhr vom Trauerhause aus.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Gatten und Vaters, des Kranführers

Gottwald Paul Höhne

fühle ich mich gedrungen, allen denen meinen innigsten Dank auszusprechen, welche den Sarg so reich mit Blumen schmückten, ihm das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte gaben und für die mir erwiesene aufrichtige Teilnahme durch Wort und Schrift. Besonderen Dank dem Lauchhammerwerk sowie seinen Herren Vorgesetzten und Mitarbeitern für letzte Ehrung.

Die tieftrauernde Gattin nebst Kind und allen Angehörigen.

Röderau, 16. Januar 1928.

SLUB
Wir führen Wissen.

Aus dem Landtage.

(M. Dresden. Die Deutsche Volkspartei hat im Landtag durch den Abgeordneten Voigt folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen 1. dem Landtag alsbald eine Denkschrift über Zahl, Umfang und Standort der in Sachsen bestehenden und geplanten Jugendferien-, Erholungs- und Wanderheime, Jugendherbergen und dergl. vorzulegen und hierbei die Träger dieser Unternehmungen, sowie Art und Umfang der staatlichen Beteiligung anzuführen, 2. die auf erhöhten Schutz der sittlichen und körperlichen Kräfte der Jugend gerichteten Bestrebungen, insonderheit die Einrichtung von Ferien zu unterstützen, das Jugendherbergswerk nach Möglichkeit weiter auszubauen, sowie die berechtigten Forderungen des Reichsausschusses der Jugendverbände, in dem der größte Teil der deutschen Jugend zusammengeschlossen ist, auf ihre Durchführbarkeit in Sachsen zu prüfen und ihre Verwirklichung anzustreben.

Der Etat des Auswärtigen.

vdz. Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann am Mittwoch die Beratung des Etats des Auswärtigen Amts.

Der Berichterstatter, Abg. Dr. Hoetzsch (Dnat.) führte aus, daß der Gesamtzuschuß des Etats auf 60,7 Millionen gestiegen sei. Sparsamkeit sei daher nötig. An die Stelle der Wahlkonsulate müßten Berufskonsulate treten. Die Bedeutung der südamerikanischen Abg.-Staaten rechtfertigten die Erhöhung der jetzigen Gesandtschaften zu Botschaften. Der Redner bat auch um Regelung der Titelfrage.

Der Mitberichterstatter, Abg. Dr. Dietrich-Baden (Dem.) forderte eine genaue Prüfung, ob der Etat nicht zu reichlich aufgestellt sei. Die Auswahl der amerikanischen Konsulate sei ihm nicht klar geworden. Die Personalkosten würden bei Erhebung der Gesandtschaften zu Botschaften wachsen. Der Redner fragte, ob das Auswärtige Amt nicht wegen des europäischen Schandflecks, der Fremdenlegion, mit Frankreich in Verbindung getreten sei. Er habe geglaubt, daß die Titel abgeschafft seien und es nur Amtsbezeichnungen gebe. Ueber die Titel der Beamten beginne sich das Volk lustig zu machen.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) befürwortet eine Reform des Konsulargesetzes und des Gebührengesetzes. Der Satz von 100 Mark Gebühr für Trauungen auf dem Konsulat sei zu hoch. Das Anschwellen des Etats sei bedenklich. Die Wahlkonsuln seien ein notwendiges Uebel für ein armes Land. Die Kulturabteilung habe hohe Aufgaben zu erfüllen. Deutsche Kulturträger im Ausland seien vorzugsweise die Gelehrten, die im fernen Osten die deutsche technische Wissenschaft vertreten, aber für diese Gelehrte müßte besser gesorgt werden. Die Deutschtumsverbände im Ausland seien ohne Bevorzugung einzelner zu fördern. Eine Reform der Titelfrage sei notwendig, das schulpolitische Programm des Auswärtigen Amts sei empfehlenswert.

Das Kriegsschäden-Schlußgesetz.

vdz. Berlin. Im Reichstagsausschuß für Entschädigungsfragen begründete

Finanzminister Dr. Köhler

in längeren Ausführungen das Kriegsschäden-Schlußgesetz. Nach einer geschichtlichen Uebersicht, worin der Minister auch an den Deutschland ungünstigen Spruch des Auslegungsschiedsgerichts vom 29. Januar 1927 erinnerte, betonte er, daß das ganze Entschädigungsproblem in einer für den Haushalt des Reiches endgültigen Form abgeschlossen werden müsse. Das Gesetz könne nur ein Schlußgesetz sein.

Die Gesamtbelastung des Reiches durch Barzahlungen, Verzinsung und Tilgung beläuft sich, so fuhr der Minister fort, auf 1 561,1 Millionen Mk. Von dem Entschädigungskapital entfallen 165,5 Millionen auf Barzahlungen. Die hierfür erforderlichen Mittel sollen aus allgemeinen Haushaltsmitteln entnommen werden, 160 Millionen sollen bereits im Nachtragsetat für 1927 erscheinen. Die Barzahlung wird also aus den Ersparnissen früherer Haushaltsjahre entnommen. Die Belastung aus dem Kriegsschäden-Schlußgesetz stellt sich als das äußerste dar, was das Reich tragen kann. An eine Erhöhung der Steuern für Zwecke dieses Gesetzes ist ohne nachhaltige Schädigung der Wirtschaft nicht zu denken. Die Möglichkeit zur Bestreitung der Lasten aus bereiten Mitteln, war nur im beschränkten Umfange gegeben, und es hat die größten Schwierigkeiten gemacht, die durch die Vorlage beanspruchten Beträge überhaupt bereit zu stellen. Auch eine Erhöhung der für die Barzahlung vorgesehenen Grenze des Schadensgrundbetrages von 20 000 Mark läßt sich nicht ermöglichen. Lediglich die Tatsache, daß der Haushalt für 1927 mit einem Ueberschuß abschließt, hat es überhaupt möglich gemacht, Barbeträge in dieser Höhe festzusetzen. Aus den angeführten Gründen verbietet sich auch die Durchführung des demokratischen Antrages, betreffend sofortige Bereitstellung von 100 Millionen Mk. für die Durchführung eines Vorschußverfahrens.

Schließlich ging der Minister in vertraulichen Ausführungen auf die reparationspolitische Seite der Angelegenheit ein.

Der Ausschuß besprach hierauf vertraulich die reparationspolitischen Fragen. An der Besprechung beteiligte sich auch ein Vertreter des Auswärtigen Amts.

Deutsch-republikanische Kundgebung für den Einheitsstaat.

X Berlin. Eine Kundgebung für den deutschen Einheitsstaat veranstaltete gestern der deutsch-republikanische Reichsbund im ehemaligen Herrenhaus.

Der Leiter der Versammlung, Ministerialdirektor Dr. Spiecker, betonte in seiner Eröffnungsansprache, der Reichsbund verleugne mit seinem Streben nach einem nationalen deutschen Einheitsstaat keineswegs das von Bismarck geschaffene Werk. Am heutigen Tage dankten die Republikaner vielmehr dem großen Staatsmann, daß er der deutschen Sehnsucht nach dem einheitlichen deutschen Reiche die Erfüllung gegeben habe, die seiner Staatskunst erreichbar war. An dem nationalen Einigungswerk soll weiter gearbeitet werden im Geiste Bismarcks, damit das Wort vom deutschen Bürger den stolzen Klang erhält, auf den es Anspruch hat. Als erster Redner des Abends setzte sich Staatssekretär Drews mit den Einwänden auseinander, die gegen einen Einheitsstaat erhoben würden.

Der zweite Redner, Ministerialrat Dr. Simons, der Leiter der Hochschule für Politik, ging auf das unbefriedigende Ergebnis der soeben geschlossenen Länderkonferenz ein und meinte, die Lösung müsse vom Reiche und vom Volk ausgehen im republikanischen Sinne.

Ministerialdirektor Dr. Spiecker schloß die Kundgebung mit einem dreifachen Hoch auf die einheitliche deutsche Republik.

Polnische Wahlvorbereitung.

Wie in vielen Staaten Europas, wird es in diesem Jahre auch in Polen zur Neuwahl des Parlaments kommen. Wie zu ersehen ist, verursachen die Wahlvorbereitungen den Herren in Warschau insofern große Kopfschmerzen, als diese Vorbereitungen auch die ost-oberschlesischen Gebietsteile Polens zu umfassen haben. Selbstverständlich versuchen die polnischen Behörden bei den bevorstehenden Wahlen zum Sejm in Ost-Oberschlesien ein Ergebnis zu erzielen, das eine angebliche polnische Mehrheit vortäuschen soll. Schon bei den letzten Kommunalwahlen hat sich sehr zum Leidwesen Warschaus eine beachtliche deutsche Mehrheit ergeben, die sich um so unangenehmer für die polnische Regierung auswirkte, da auch ein großer Teil der polnischen Bevölkerung für die deutschen Parteien stimmte. In Warschau erwehrt man sich nicht der Erkenntnis, daß man im Ausland, und besonders auch in Ost-Oberschlesien die kommende Wahl als eine zweite Abstimmung bewerten wird, deren Ergebnis einen neuen Beweis für die widerrechtliche Loslösung des polnisch gewordenen Teils Oberschlesiens aus dem deutschen Mutterlande erbringen könnte. Ein solches Ergebnis will Warschau daher unter allen Umständen verhindern. Da mit rechtlichen Mitteln eine solche Wahlbeeinflussung der deutschen Bevölkerung nicht ausgeübt werden kann, so behilft sich Warschau mit einem Mittel, das in seiner Art bis jetzt wohl einzig dasteht. Aus Mitteilungen des Oberschlesischen Kuriers ist zu entnehmen, daß auf Anweisung der polnischen Behörden 10 000 deutschen Wählern in Ost-Oberschlesien die Staatsangehörigkeit abgesprochen worden ist. Man nimmt an, daß diese Zahl noch viel zu niedrig gegriffen ist, da damit zu rechnen sei, daß nahezu 20 000 deutsche Wähler von diesem Willkürakt Warschaus betroffen worden sind. Schon allein die Tatsache, daß die polnischen Behörden es ablehnen, die Berechtigung dieses Beschlusses nachzuweisen, spricht sehr erhellend für das Verfassungswidrige des polnischen Vorgehens. Ist doch nach Artikel 35 des Wahlgesetzes ein solcher Nachweis unbedingt erforderlich. Um das Rücksichtslose des polnischen Vorgehens hinreichend zu demonstrieren, sei darauf hingewiesen, daß allen diesen deutschen Wählern, denen die Staatsangehörigkeit abgesprochen wurde, erst in diesen Tagen eine Benachrichtigung hierüber zugegangen ist. Ein Einspruch gegen diesen Beschluß stand den Betroffenen nur bis zum 18. Januar zu. Da ein solcher Einspruch durch eine Anzahl von Dokumenten begründet werden muß, und es den meisten der von dem Beschluß Betroffenen unmöglich war, innerhalb weniger Tage sich diese Dokumente zu beschaffen, so war der Zweck der polnischen Anordnung sehr rasch erfüllt. Es ist zu beachten, daß dieser neue polnische Willkürakt unmittelbar nach der „so freundschaftlich" gehaltenen Rede des Außenministers Zaleski durchgeführt wurde. Was man daher von der in so schönen Worten betonten Freundschaft Polens zu halten hat, das kann jeder sich sagen, der diesen neuesten polnischen Wahlschwindel in Oberschlesien zur Kenntnis nimmt.

Litauen und seine Nachbarn.

Wie man hört, wird in den nächsten Tagen der litauische Ministerpräsident Woldemaras sich nach Berlin begeben, um dort zu versuchen, durch eine Rücksprache mit dem Reichsaußenminister eine Revision des deutsch-litauischen Handelsabkommens zu erreichen. Man hat zu beachten, daß in den deutsch-litauischen Handelsbeziehungen in der Hauptsache die Regierung in Kowno die nehmende ist, Deutschland mehr der Teil, der spendet. Was besagt, daß die Formulierung eines deutsch-litauischen Handelsvertrages für uns auch ein Mittel darstellt, anderen deutschen Wünschen gegenüber Litauen einen gewissen Nachdruck zu verleihen. Es soll nicht abgestritten werden, daß in den letzten Monaten im Memelgebiet von den litauischen Behörden gewisse Ansätze gemacht wurden, die rechtlichen Forderungen des Deutschtums anzuerkennen. Leider ist festzustellen, daß über diese Ansätze die litauische Regierung nicht hinausgekommen ist. Es bestehen noch immer eine große Anzahl ernster Gegensätze zwischen dem Landtag des Memelgebietes und dem von Kowno im Memelgebiet eingesetzten litauischen Gouverneur. Das Vorgehen des Hafendirektors in Memel, der vor kurzer Zeit auch die letzten Deutschen aus dem Vertragsverhältnis entließ, zeigt doch, daß Kowno noch nicht vieles von seiner früheren Entdeutschungspolitik im Memelgebiet abgetan hat. Die Reise des Herrn Woldemaras nach Berlin, die einen ganz bestimmten Wunsch Litauens erfüllen soll, ist somit für die Reichsregierung die beste Gelegenheit, wieder einmal die Dinge zur Sprache zu bringen, die auch heute noch ein freundnachbarliches Verhältnis zwischen Litauen und Deutschland sehr hemmen. Daß die von Litauen erwünschte Revision des deutsch-litauischen Handelsabkommens eine Handhabe sein kann, die den deutschen Wünschen in bezug auf die Verhältnisse im Memelgebiet Nachdruck verleihen kann, versteht sich von selbst. Es ist auch durchaus anzunehmen, daß die Reichsregierung solchen Erwägungen Raum geben wird. Eine Klärung des deutsch-litauischen Verhältnisses ist insofern auch für Kowno von großem Interesse, als die Beziehungen Litauens zu Polen auch bis jetzt, trotz der Einigung in Genf, noch keine Entwicklung zu einem günstigen Ergebnis erblicken lassen. In den nächsten Tagen wird der polnische Vertreter Graf Tarnowski von Kowno wieder in Warschau eintreffen. Wie die Antwort lautet, die ihm die litauische Regierung an Polen gegeben hat, weiß man noch nicht. Aus vielen Anzeichen geht jedoch hervor, daß die litauische Regierung Warschau vorschlagen will, den Beginn der Verhandlungen auf April zu vertagen. Eine solche Antwort wird um so weniger eine Erleichterung in das gespannte Verhältnis zwischen Polen und Litauen bringen, als gerade in den letzten Tagen litauische Militärgerichte gegen angebliche polnische Spione sehr harte Urteile, darunter auch ein Todesurteil, fällten. Gerade diese weitere Anspannung des polnisch-litauischen Verhältnisses müßte in Kowno die Erkenntnis bringen, daß es höchste Zeit wäre, zumindesten mit dem deutschen Nachbar in geordnete Beziehungen zu kommen.

Eine Uebersicht über den Personalstand.

Berlin. (Funkspruch.) Dem Reichstag ist vom Finanzminister eine Uebersicht über den Personalstand nach dem Stand vom 1. Oktober 1927 zugegangen. Danach waren zu diesem Zeitpunkt bei den Hoheitsverwaltungen 97 282 Beamte, 25 001 Angestellte und 51 473 Arbeiter, bei der Post und Reichsdruckerei 249 125 Beamte, 3593 Angestellte und 44 483 Arbeiter beschäftigt. Seit dem 1. April 1927 hat sich die Zahl der Beamten bei den Hoheitsverwaltungen um 2155 Köpfe vermehrt, die in der Hauptsache auf die Reichsfinanzverwaltung entfallen. Ferner ist eine Vermehrung der Arbeiter um 6170 Köpfe eingetreten, die hauptsächlich beim Reichsverkehrsministerium erfolgte. Die Zahl der Angestellten hat sich um 1623 vermindert. Bei der Post ist eine Verminderung der Beamten um 1560 zu verzeichnen, dagegen eine Vermehrung der Angestellten um 1418 und der Arbeiter um 1918 Köpfe.

Vor einem Rücktritt Keudells?

X Berlin. Unter allem Vorbehalt sei eine Mitteilung der „Vossischen Zeitung" wiedergegeben, wonach Reichsminister des Innern von Keudell aus Gesundheitsrücksichten vom Reichspräsidenten seine Entbindung vom Amte erbitten solle. Es bleibt abzuwarten, ob diese Mitteilung des Oppositionsblattes zutrifft.

Weitere Ausschußberatung des Reichsschulgesetzes.

vdz. Berlin. Der Bildungsausschuß des Reichstages setzte die Beratung der §§ 14 bis 16 des Reichsschulgesetzentwurfes fort.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) wandte sich gegen einen Antrag der mecklenburgischen Regierung. Die konfessionellen Minderheiten polnischer Abstammung könne man nicht ausschließen.

Abg. Frau Scheidel (Dnat.) wandte sich dagegen, daß aus der Fassung des Kapitels „Einsichtnahme" ein Mißtrauen spräche.

Abg. Rosenbaum erklärte, daß die Kommunisten die Paragraphen über die „Einsichtnahme" einschließlich des Kompromißantrages ablehnten.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Ztr.) führte aus, es könne gar keine Rede davon sein, daß einer kirchlichen Einsichtnahme irgend welche Dienstaufsichtsbefugnis zustehe.

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) war der Ansicht, daß die „Einsichtnahme" ganz selbstverständlich ein Mißtrauen zum Ausdruck bringe.

Abg. Alvers (Wirtschaftl. Vgg.) wandte sich gegen die Identifizierung von „Einsichtnahme" mit „Aufsicht".

Nach Schluß der Aussprache über die genannten Paragraphen wurde in die allgemeine Erörterung des Abschnitts „Rechtsmittel" eingetreten, die aber noch nicht zum Abschluß kam.

Einigung über § 16 a des Schulgesetzes.

Wie das Nachrichtenbüro des V. D. Z. hört, hat die Deutsche Volkspartei ihre Unterschrift unter den § 16 a des Schulgesetzes zurückgezogen. Da dieser Paragraph keinen organischen Bestandteil des Gesetzes bildet, sind die übrigen Regierungsparteien damit einverstanden, daß der § 16 a fortfällt. Damit gilt diese Angelegenheit als erledigt. Die Einigung darüber ist im Interfraktionellen Ausschuß ohne Schwierigkeiten erzielt worden, der vor Beginn des Bildungsausschusses zusammengetreten war.

Der Katholische Lehrerverband zum Schreiben des Reichskanzlers.

* Bochum. (Tel.) Der geschäftsführende Ausschuß des Katholischen Lehrerverbandes hielt gestern nachmittag in Bochum eine außerordentliche Sitzung ab, in der er sich mit dem von der Nauffauischen Schulzeitung veröffentlichten Kanzlerbrief an den Lehrerverband beschäftigte. Zum Schluß der Sitzung wurde folgende Erklärung beschlossen:

Der geschäftsführende Ausschuß des Katholischen Lehrerverbandes des Deutschen Reiches hat in einer außerordentlichen Sitzung festgestellt, daß der Briefwechsel mit der Deutschen Zentrumspartei und insbesondere der Privatbrief des Herrn Reichskanzler Dr. Marx vom 19. Dezember 1927 durch einen bedauerlichen Mißgriff eines Vorstandsmitgliedes in die Oeffentlichkeit gekommen sind. Das veröffentlichte Schreiben des Herrn Reichskanzlers ist weder an den Katholischen Lehrerverband noch an einen seiner Verbände oder eine Lehrerzeitung gerichtet gewesen, sondern an den Geschäftsführer des Katholischen Lehrerverbandes Weber, Bochum, und zwar sowohl durch seine Unterschrift als auch durch den Schlußsatz als Privatbrief gekennzeichnet. Der geschäftsführende Ausschuß hat die Veröffentlichung des Briefes aufs schärfste mißbilligt. Das betr. Vorstandsmitglied hat sein Amt im Vorstand des Katholischen Lehrerverbandes inzwischen niedergelegt.

Der Zwiespalt im Zentrum.

vdz. Berlin. Ueber die gestrige Vorstandssitzung der Zentrumsfraktion des Reichstags wurde am Abend von der Fraktion folgender Bericht ausgegeben:

„Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags trat gestern zu einer Sitzung zusammen, die sich u. a. in mehrstündigen Verhandlungen mit inneren Angelegenheiten der Partei beschäftigte. Die Beratungen konnten nicht zuende geführt werden, weil der Reichskanzler durch die sich über Erwarten lange hinziehende Länderkonferenz abgehalten wurde und mehrere andere Mitglieder des Vorstandes am Erscheinen verhindert waren."

Nach den erwähnten Verhandlungen trat der Vorstand der Zentrumsfraktion, wie das Nachrichtenbüro des VDZ weiter hört, noch in eine Besprechung über die allgemeine politische Lage ein; hieran nahmen auch der Reichskanzler Dr. Marx und der Reichsfinanzminister Dr. Köhler, die inzwischen erschienen waren, teil.

Ueber die Verhandlungen im Fraktionsvorstand des Zentrums erfährt das Nachrichtenbüro des VDZ. noch ergänzend, daß diese Verhandlungen deshalb nicht zuende geführt werden konnten, weil zunächst noch der Abg. Imbusch gehört werden soll, dessen Rede am vorigen Sonntag großes Aufsehen erregt hatte. Da der Abg. Imbusch erst in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen wird, sind die Verhandlungen zunächst auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Wie das Nachrichtenbüro weiter hört, wird die ganze Angelegenheit im Fraktionsvorstand nicht endgültig erledigt werden können, es wird vielmehr der Parteivorstand und der Parteiausschuß des Zentrums am 28. Januar dazu Stellung zu nehmen haben.

Zu dem Zwischenfall bei den Reparationssachlieferungen.

vdz. Berlin. Im Zusammenhang mit den in Frankreich aufgedeckten Unregelmäßigkeiten bei Reparationssachlieferungen war die deutsche Para-Gesellschaft genannt worden, die an den Lieferungen nach Frankreich beteiligt war.

Das Reichsfinanzministerium teilt nun in diesem Zusammenhang folgendes [illegible] „Die Para-Gesellschaft in Berlin hat durch die Presse [illegible] lassen, eine amtliche Buchprüfung durch das Finanzamt Tiergarten habe ergeben, daß die Reparationslieferungen der Para-Gesellschaft ordnungsmäßig geschehen seien. Zu dieser Mitteilung wird bemerkt, daß die bei der Para-Gesellschaft vorgenommenen Buchprüfungen lediglich im Rahmen der geltenden steuerrechtlichen Vorschriften erfolgte und sich nicht darauf erstreckt hat, ob die Handlungsweise der Para-Gesellschaft durch die Verfahrensvorschrift für Reparationssachleistungen gedeckt ist."

Politische Tagesübersicht.

Aus der Diplomatie. Der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Schurman, ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen. — Der schweizerische Gesandte Dr. Rüfenacht hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Gesandter z. D. Dr. Vogel die Geschäfte der Gesandtschaft.

Studentische Ausschreitungen in Lemberg. Wie aus Lemberg gemeldet wird, veranstalteten gestern polnische nationalistische Studenten Straßenkundgebungen mit dem Vorhaben, ukrainischen Studenten ihre bunten Verbindungsmützen, die angeblich durch Farbe und Form das polnische Nationalgefühl verletzen, mit Gewalt abzunehmen. Da sich aber kein ukrainischer Student auf der Straße zeigte, zogen die polnischen Studenten vor ein jüdisches Kaffeehaus und warfen dort die Scheiben ein. Die gleichen Auftritte wiederholten sich vor dem Lokal einer jüdischen Gesellschaft. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her und verhaftete mehrere Ruhestörer. Sechs Personen wurden durch Steinwürfe schwer verletzt.

Mandatsniederlegungen polnischer ostoberschlesischer Sozialdemokraten. Die seit längerer Zeit währenden Auseinandersetzungen in der polnischen Sozialdemokratie Ostoberschlesiens führten gestern zum Rücktritt ihrer bisherigen Führer, und zwar legten vier Abgeordnete und zwei Gewerkschaftssekretäre ihre Mandate nieder. Die Genannten haben ihre Kandidatur zum Warschauer Sejm und Senat zurückgezogen. Die Opposition hat gestern in einer besonderen Konferenz eine neue Parteileitung gewählt. Von ihr wurden den Parteivorständen der deutsch-sozialistischen Partei erklärt, daß die neue Parteileitung die von der P. P. S. eingegangenen Verpflichtungen in jeder Weise einhalten werde und daß an dem Wahlbündnis nichts geändert werde. Die ausscheidenden Mitglieder gaben dagegen die Erklärung ab, daß sie während der Wahl gegen die Opposition Zurückhaltung üben werden, um den Wahlkampf nicht zu gefährden.

Die Redner bei der Etatsdebatte. Bei der ersten Lesung des Reichshaushaltsplans im Reichstage wird bei der Aussprache der Parteien nach der Rede des Reichsfinanzministers an erster Stelle der Abg. Severing (Soz.) das Wort nehmen. Das Zentrum hat als Fraktionsredner den Abg. v. Guérard bestimmt. Für die Deutschnationalen werden die Abgg. Wallraf und v. Freytagh-Loringhoven sprechen, für die Deutsche Volkspartei der Abg. Dr. Gremer. Für die Demokraten wird der Abg. Koch-Weser das Wort ergreifen, für die Bayerische Volkspartei der Abg. Leicht und für die Wirtschaftliche Vereinigung der Abg. Drewitz.

Zu den Kommunistenverhaftungen in Litauen. Wie die litauische Kriminalpolizei mitteilt, mußten von den 19 verhafteten Kommunisten drei wieder freigelassen werden, da man ihnen nichts nachweisen konnte. Dagegen wurde als Führer der Kommunistenorganisation ein gewisser Großmann entlarvt, der sich unter falschem Namen in Litauen aufhielt und zugleich Sekretär des Zentralbüros der Kommunisten in Litauen war. Bei ihm wurde eine Anzahl kommunistischer Propagandaschriften gefunden. Bei den in Memel verhafteten drei Personen handelt es sich um schon lange steckbrieflich gesuchte Kommunisten.

Die Verschickung der russischen Oppositionellen. Eine Meldung der Telegraphen-Union der Sowjetunion bestätigt nunmehr, daß 30 Mitglieder der Opposition aus Moskau verschickt worden sind, darunter Trotzki und Radek. Eine Reihe anderer Personen, darunter Rakowski, wurden aufgefordert, Moskau zu verlassen. Sinowjew, Kamenew und andere wurden angesichts ihrer Unterwerfung gegenüber den Beschlüssen des 15. Parteitages von den Parteiorganen zur Arbeit nach der Provinz entsandt.

Kein Wiener Besuch des Reichspräsidenten. Zu der Meldung der Wiener Volkszeitung, daß gleichzeitig mit Dr. Stresemann auch Reichspräsident von Hindenburg zur Schuberifeier der Stadt Wien nach Wien reisen wird, erfahren wir, daß diese Meldung in keiner Weise den Tatsachen entspricht.

Die Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei. Im Kaisersaal des Roo in Berlin fand gestern abend unter außerordentlich starker Beteiligung die traditionelle Gründungsfeier der Deutschen Volkspartei statt, an der auch zahlreiche führende Persönlichkeiten der Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst teilnahmen. Die Festrede hielt für den durch Krankheit verhinderten Reichsaußenminister Dr. Stresemann der Senior der Partei, Geheimrat Kahl. Dr. Stresemann hatte der Versammlung ein in herzlichen Worten gehaltenes Begrüßungstelegramm gesandt. Ein Hoch auf das Reich und der Gesang des Deutschlandliedes schloß die offizielle Feier.

Gerüchte im Reichstage.

vdz. Berlin. **Die Schwierigkeiten in der politischen Lage** geben im Reichstage zu allerlei Gerüchten Anlaß. So soll die Deutschnationale Volkspartei beabsichtigen, anstelle des Ministers von Keudell den deutschnationalen **Abgeordneten von Lindeiner als Innenminister vorzuschlagen.** Von deutschnationalen Kreisen wird uns jedoch versichert, daß dieses Gerücht nicht den Tatsachen entspreche.

Viel besprochen wird in parlamentarischen Kreisen die Tatsache, daß der **bayerische Ministerpräsident Held** an dem Frühstück beim Reichspräsidenten von Hindenburg, das dieser anläßlich der Länderkonferenz gab, nicht teilnahm, während Held an dem vom preußischen Ministerpräsident Braun gegebenen Frühstück teilgenommen hat. **Es wird in politischen Kreisen von persönlichen Differenzen** gesprochen, über die jedoch authentisches nicht zu erfahren ist, sodaß wir all diese Gerüchte nur mit Vorbehalt weitergeben können.

Die englische Regierung zu den Arbeiten des Sicherheitskomitees.

)(London. Gestern wurde ein Memorandum von beinahe 10 000 Worten veröffentlicht, das **die Bemerkungen der englischen Regierung zu dem vorgeschlagenen Programm für die Arbeiten des Genfer Sicherheitsausschusses enthält,** der bekanntlich eine Unterkommission des vorbereitenden Abrüstungsausschusses darstellt. Das Memorandum, das einen stark technischen Charakter trägt, besteht aus einer Reihe von Fragen und Antworten, die Bezug haben auf das Studium von Maßregeln, die dem Völkerbund die Möglichkeit geben, Einzelverträge oder Allgemeinverträge über Schiedswesen und Sicherheit zu fördern, zu verallgemeinern oder zu koordinieren. Weiterhin wird in der Denkschrift die systematische Vorbereitung der Mittel und Wege behandelt, die angewendet werden sollen, um den Mitgliedern des Völkerbunds die Möglichkeit zu geben, ihre auf Grund der Völkerbundssatzung eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Denkschrift führt dazu aus, die englische Regierung sei zu wiederholten Malen gezwungen gewesen, gegen eine Interpretierung der Artikel der Völkerbundssatzung durch Aufstellung genau festgelegter Vorschriften Stellung zu nehmen. Sie habe das lediglich getan aus der Ueberzeugung, daß die größte Stärke der Völkerbundssatzung in dem Spielraum bestehe, den sie zur Behandlung von Eventualitäten gewähre, die in der Zukunft eintreten könnten und die vielleicht keine Parallele in der Gegenwart haben.

Die Notlage des Wohnungsbaues.

vdz. Berlin. **Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit Fragen des Wohnungsbaues an der Hand der Denkschrift der Regierung.**

Min.-Rat Dr. Wölz führte aus: **den jährlichen Zuwachs an Wohnungsbedarf berechnet die Regierung jetzt auf rund 200 000 Wohnungen.** Dazu kommt dann noch der **dauernde starke Fehlbedarf,** der nach Auffassung des Arbeitsministeriums tatsächlich **etwa 600 000** beträgt. Man muß also mit allem Nachdruck und allen verfügbaren Kräften Wohnungen über den jährlichen Zuwachsbedarf hinaus bauen, sofern Baustoffe zu erschwinglichen Preisen vorhanden sind, ebenso die nötigen Arbeitskräfte und drittens die nötigen Mittel zu beschaffen sind. Die beiden ersten Voraussetzungen werden zunächst wohl gegeben sein. **Viel schwieriger ist die Beschaffung der finanziellen Mittel.** 1925/26 habe man im Ausland Geld beschaffen wollen, dann aber habe eine Gegnerschaft gegen Auslandskredite eingesetzt. **Das Reich hat sich zur Gewährung von Zwischenkrediten in Höhe von 200 Millionen entschlossen.** Während 1926 der private Kapitalmarkt des Inlands ergiebiger war als erwartet wurde, trat bald eine Reaktion auf dem Gebiete der niedrigen Hypothekenzinsen ein. Der Baumarkt ist also kein Potsdamer Exerzierplatz, auf dem man in gleichmäßigem Parademarsch vorwärts kommt. Im allgemeinen hat das Reich mit den Ländern eine Verständigung erzielt, aber für **Preußen und Sachsen** kämen auch die Gemeinden in Frage, die ihr Aufkommen aus der Hauszinssteuer selbst verteilen. Bayern konzentriert 1928 seine Mittel dort, wo der Industriebedarf besonders stark ist. An die preußischen Wohnungsfürsorge-Gesellschaften sind bis heute 50 Millionen aus zugesagten Hauszinssteuermitteln noch nicht gezahlt, aus ersten Hypotheken fehlen 88 Millionen. Schließt man von dieser Tatsache auf den gesamten Wohnungsbau im Reiche, so fehlen noch einige 100 Millionen aus dem Hauszinssteuerbedarf und auch Hunderte von Millionen aus ersten Hypotheken. **Das Baugewerbe hat offenbar seinen letzten Pfennig investiert.** Unter den günstigen Verhältnissen zu Anfang 1927 haben sich die Gemeinden in ihren Bauvorhaben übernommen. Ende des Jahres konnte dann die Konsolidierung der Kredite nicht erfolgen, wovon die Restfinanzierung für 1927 und die Entwicklung für 1928 abhängen. Die Hauszinssteuerverteilung für 1928 ist noch nicht endgültig festgelegt. **Das Aufkommen aus der Hauszinssteuer für 1928 beträgt 600 Millionen,** aber abgesehen von Bayern und Württemberg und einigen kleineren Ländern, die die Mittel zentral verteilen, ist nicht zu übersehen, was in den einzelnen Gemeinden verfügbar sein wird. Für 1928 wird man im schlimmsten Falle aus den Sparkassen mit 200, vielleicht auch mit 300 Millionen rechnen können, 150 Mill. kann man von den Versicherungsträgern, 80 Millionen von den öffentlichen, 100 Millionen von den privaten Hypothekenbanken erwarten. Außerdem müssen aber zunächst die Kredite von 1927 konsolidiert werden. **Deshalb muß man für das Frühjahr 1928 mit größter Vorsicht nur ein ganz solides Bauprogramm aufstellen.** Im Herbst kann man dann vielleicht wieder etwas weiter gehen. —

Abg. **Hüttmann** (Soz.) trat für die Aufnahme von Auslandskapital ein.

Abg. Dr. **Steiniger** (Dnat.) meinte, man habe zuviel auf Vorschuß gebaut, zum mindesten in Berlin. Wenn das Reich Mittel zur Verfügung stelle, so müßten Bestimmungen über eine schärfere Bindung der Länder und Gemeinden getroffen werden. Die Hauszinssteuer dürfe möglichst wenig für allgemeine Ausgaben des Staates und der Städte verwendet werden. — Wenn die Kartelle tatsächlich die Ziegelsteinpreise beliebig in die Höhe setzten, so müsse man überlegen, was dagegen zu tun sei.

Abg. **Paeth** (Dnat.) meinte, die Steigerung der Baustoffpreise sei, gemessen am Großhandelsindex, nicht anormal.

Abg. **Höllein** (Komm.) wünschte, daß die Mittel für den Wohnungsbau einheitlich von einer Zentralstelle, etwa von einem Reichswohnungskommissar, verteilt würden.

Weiterberatung heute Donnerstag.

*

Die Gewerkschaften und die Bekämpfung der Wohnungsnot.

)(Berlin. **Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände — der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund — haben dem Reichsarbeitsminister eine Eingabe zugehen lassen, in der sie Stellung nehmen zu seiner Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung.**

Sie erkennen an, daß die Denkschrift mit ihren zahlreichen Anlagen über die noch sehr unterschiedlich beurteilte Lage im Wohnungswesen eingehend informiert. Jedoch vertreten sie die Auffassung, daß die Denkschrift die Verhältnisse auf diesem Gebiete im allgemeinen wesentlich günstiger darstellt, als sie in Wirklichkeit liegen.

Gegenüber den in den einzelnen Abschnitten der Denkschrift gezogenen Schlüssen über den Umfang der Wohnungsnot und den in Vorschlag gebrachten Maßnahmen zu ihrer Beseitigung nehmen sie folgenden Standpunkt ein:

1. Die Zahl der fehlenden Wohnungen ist nicht auf 600 000, sondern auf weit mehr als das Doppelte zu veranschlagen, da allein nach den Ergebnissen der Reichswohnungszählung rund eine Million Haushaltungen ohne eigene Wohnung sind.

2. Die Durchschnittsgröße der künftig zu erbauenden Wohnungen darf nicht herabgesetzt werden. Die Absicht, Einzimmerwohnungen zu bauen, die kleiner und dürftiger als die der Vorkriegszeit sein sollen, ist aus Gründen der Volksgesundheit abzulehnen.

3. Die Aufstellung eines Reichswohnungsbauprogramms für einen mehrjährigen Zeitabschnitt ist erforderlich. Es ist verfehlt, den Umfang der Wohnungsbautätigkeit ausschließlich nach der jeweiligen Wirtschaftslage zu bemessen. Die in der Denkschrift entwickelten Pläne zur Verteilung der Bauvorhaben über das ganze Jahr und zur Rationalisierung des Bauwesens sind ohne ein solches Programm nicht zu verwirklichen.

4. Eine Erhöhung der gesetzlichen Miete ist unzweckmäßig. Trotz der bisherigen Mietssteigerungen war keine Belebung der Bautätigkeit zu verzeichnen. Die Spannung zwischen gesetzlicher Miete und Neubaumiete ist vielmehr durch Senkung der letzteren zu beseitigen.

Die Lage in den besetzten Gebieten.

vdz. Berlin. **Der Haushaltsausschuß des Reichstages erledigte am Mittwoch den Etat des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete.**

Abg. **Effer** (Zentr.) führte aus, daß bezüglich der Ruhrentschädigung die Tatsache der ungünstigeren Behandlung der kleinen und mittleren Unternehmen trotz der für diese aufgewendeten 100 Millionen Mark bestehen bliebe. Der Redner fragte, ob eine Wiederaufnahme des Entschädigungsverfahrens zu erwarten sei und besprach dann die **wachsende Not von Industrie und Gewerbe in der Eifel, im Regierungsbezirk Trier, im Aachener Bezirk usw. Das Zentrum beantrage deshalb, die in diesem Jahre gestrichenen 800 000 Reichsmark zur Förderung von Wirtschaft und Arbeit im besetzten Gebiet wieder in den Etat einzustellen.** Besonders groß sei die Notlage der Stadt Koblenz.

Abg. **Kirschmann** (Soz.) behandelte ebenfalls die Notlage im Aachener und Trierer Bezirk. Insbesondere sei die Arbeiterschaft der Kohlengruben schwer betroffen. Die Luxemburggänger müßten ebenso wie die Saargänger unterstützt werden. Auch Abg. Dr. Zapf (DVp.) beklagte die Notlage im westlichen Gewerbe. Die Uebergriffe der Besatzung und der Mutwille der Offiziere werfe ein eigentümliches Schlaglicht auf die moralische Abrüstung dieser Kreise. Die Lage der Gemeinden sei katastrophal. Dringend notwendig sei eine Erhöhung der Besatzungszulage für die Beamten. Landwirtschaft und Industrie hätten alle Ursache zu Besorgnissen vor einem neuen Saarabkommen.

Staatssekretär Schmid führte aus, daß durch die Besatzungsverminderung 400 Wohnungen bei insgesamt 8858 beschlagnahmt bleibenden Wohnungen freigegeben seien. Der Fonds von 800 000 Mk. zur Förderung von Wirtschaft und Arbeit solle nach den nochmaligen Verhandlungen innerhalb der Reichsregierung wieder in den neuen Etat aufgenommen werden. In Koblenz könne die staatliche Polizei wegen der Besatzung nicht eingeführt werden. Für die Aufrechterhaltung der Theater und Orchester im besetzten Gebiet seien aus dem Kulturfonds 625 000 Reichsmark bewilligt worden. Um die Aufrechterhaltung zu ermöglichen, sollten die Verhandlungen darüber mit den Ländern und Gemeinden beschleunigt werden. Eine Ausdehnung der Saargänger-Unterstützung auf die Luxemburggänger in Form der Fahrgelderstattung werde nicht möglich sein.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) schilderte die **Notlage des kleinen badischen besetzten Gebietes,** insbesondere des Bezirkes Kehl.

Abg. v. **Druander** (Dnat.) führte aus, im **Eifelkreise gebe es zum Beispiel Schulhäuser, die jeder Beschreibung spotteten.** Betrübend sei es, daß die deutsche Flagge auf dem Rhein immer mehr verschwinde. Redner trat für bessere Besoldung der Beamten im besetzten Gebiet ein und erklärte **das Verbot der Jugendorganisationen im besetzten Gebiet** für sehr bedauerlich.

Abg. **Frau Plum**-Düsseldorf (Komm.) nannte die Mittel für die besetzten Gebiete für unzulänglich.

Staatssekretär Schmid erkannte die Notlage des Kehler Brückenkopfes an; die badische Regierung habe für ihren Anteil von 400 000 Mark aus dem dreißig Millionen-Fonds der Reichsregierung noch keine Vorschläge unterbreitet. Aus diesem Anteil könne Kehl wirksam geholfen werden. **Gegen das Verbot der deutschnationalen Jugendorganisationen** seien energische Vorstellungen erhoben worden. Ein Erfolg sei bisher nicht eingetreten, im Gegenteil sei Anfang Oktober wieder der Verkauf und Gebrauch von Abzeichen, Fahnen und so weiter, der verbotenen Organisationen im besetzten Gebiet untersagt worden.

Auf **Beschwerden des Abg. Borrmann** (Wirtsch. Vgg.) erwiderte **Staatssekretär Schmid,** daß jetzt gerade die westfälischen Vorschläge für die Berücksichtigung des Einzelhandels behandelt würden und dabei auch über die Berücksichtigung der westfälischen Edeka Entscheidung getroffen werden würde.

In seinem Schlußwort teilte der **Berichterstatter von Guérard** (Zentr.) mit, daß **die deutsche Schiffahrt auf dem Rhein wieder an die Spitze rücke.** Wir hatten jetzt die ersten Motorschlepper von der Firma Hamel in Dienst gestellt und die ersten Motor-Personendampfer von der Köln-Deutzer und der Mainzer Schiffahrtsgesellschaft.

Abg. Dr. **Quaatz** (Dnat.) **kritisierte scharf die Verhältnisse des Saarreviers,** das von einer zügellosen Bürokratie des Völkerbundes ausgesogen werde. Er lehne es ab, diese Verhältnisse beim Etat des Auswärtigen zu besprechen, weil das Saarrevier deutsches Land sei.

Staatssekretär Schmid bemerkte demgegenüber, daß die Zuständigkeit des Auswärtigen Amts über das Saarrevier aus praktischen Gründen aufrecht erhalten sei, weil Verhandlungen mit dem Völkerbund notwendig seien.

Angenommen wurde eine Entschließung Dr. Zapf (DVp.) betreffend wohlwollende Prüfung der Frage einer gleichmäßigen Erhöhung der Besatzungszulage für die Beamten, ferner eine Entschließung Steinkopf (Soz.), worin die Reichsregierung ersucht wird, die Bestimmungen über Abbau der örtlichen Sonderzuschläge, besonders im besetzten Gebiet, nachzuprüfen, um diese Maßnahmen für die Betroffenen erträglicher zu gestalten. Weiter wurde angenommen eine Entschließung von Guérard (Zentr.) worin die Reichsregierung ersucht wird, unverzüglich mit den Länderregierungen und Gemeinden Verhandlungen über Weiterbestehen der Theater und Orchester im besetzten Gebiet für das Rechnungsjahr 1928 aufzunehmen und den zu diesem Zweck erforderlichen Betrag überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Ein Fonds von 800 000 Mark zur Förderung der Wirtschaft wurde **wieder in den Etat eingestellt.**

In der dazu angenommenen **Entschließung** des Zentrums wird ausgesprochen, daß dieser Fonds nicht verzettelt, sondern nur für systematische großzügige Arbeiten zur Förderung der Wirtschaft verwendet werden soll.

Ferner soll auf die Länderregierungen und Gemeinden hingewirkt werden, daß der Industrie und dem Gewerbe der westlichen Gebiete, die vor dem Ruhrkampf öffentliche Arbeiten und Lieferungen erhielten, diese nun wieder in größerem Umfange übertragen werden sollten.

Angenommen wurde noch eine Entschließung Dr. Quaatz (Dnat.) wonach der Schriftwechsel mit den Organen der alliierten Mächte zu dem im Tätigkeitsbericht des Ministeriums der besetzten Gebiete behandelten Tatsachen und Vorgängen dem Reichstag vorgelegt werden soll.

Reichstagsinterpellation über die Notlage der Landwirtschaft.

vdz. Berlin. Die Regierungsparteien haben im Reichstage folgende Interpellation eingebracht:

„Die deutsche Landwirtschaft ist in höchster Not und am Ende ihrer Kraft. Der Reichsregierung ist dies, wie aus zahlreichen Aeußerungen ihrer verantwortlichen Vertreter hervorgeht, bekannt. Sie hat auch wiederholt auf das feierlichste erklärt, daß die Erhaltung der Landwirtschaft und ihrer Produktionskraft die wichtigste Voraussetzung für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und der deutschen Volkskraft nach dem unglücklichen Kriegsausgang sei. Es steht auch fest, daß die Wiederbelebung und Erhaltung des Inlandsmarktes in erster Reihe von dem Gedeihen der Landwirtschaft abhängt. Wir fragen an: Bis wann wird sich die Reichsregierung darüber schlüssig sein, welche sofort wirkenden und welche für die Dauer wirkenden Maßnahmen sie zu treffen gedenkt, um den Untergang der deutschen Landwirtschaft zu verhüten und das deutsche Volk vor dauernder Nahrungsunfreiheit zu bewahren."

SLUB
Wir führen Wissen.

Zum Reichsschulgesetz.

§ 16a zurückgezogen.

Berlin. (Funkspruch.) Im Bildungsausschuß des Reichstages haben die Antragsparteien den § 16a zurückgezogen.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 19. Januar 1928.

Angebliche Interviews mit Hindenburg und Groener.

Berlin. (Funkspruch.) Ein rheinisches Blatt veröffentlicht aus einer amerikanischen illustrierten Zeitschrift angebliche Interviews mit Herrn von Hindenburg und Herrn Groener aus den Tagen der Revolution. Wie den Blättern mitgeteilt wird, erklären beide, daß solche Unterredungen niemals stattgefunden haben.

Neue Stiftung für Heidelberg.

Berlin. (Funkspruch.) Einer Meldung der V. Z. aus Heidelberg zufolge erfährt das Heidelberger Tageblatt aus Universitätskreisen, eine namhafte Persönlichkeit der rheinischen chemischen Großindustrie beabsichtige, eine Stiftung von über ½ Million Mark für die Heidelberger Hochschule zu machen. Die Grundlegung und notarielle Festlegung dieser Stiftung erfolgt in den nächsten Wochen. Ihr Zweck ist, Angehörigen der Universität Reisen ins Ausland zu ermöglichen und den geistigen Austausch mit anderen Ländern und Völkern zu fördern.

Festnahme eines Eisenbahnräubers.

Köln. (Funkspruch.) Der Eisenbahnfahndungsdienst in Köln nahm drei Fuhrleute einer Kölner Speditionsfirma fest, die fortgesetzt beim Abholen eingetroffener Güter vom Schuppenplatz, anderes auf diesem oder benachbarten Plätzen lagernde Frachtstücke in Körben und Kisten unbemerkt als Leergut herausschafften. Auch eine Reihe von Hehlern ist ermittelt worden. Festgenommen wurden ferner drei Personen, die Kisten mit Steinen oder wertlosen Gegenständen von auswärts nach Köln-Gereon versandt hatten und dann beim Abholen die Kisten vertauschten.

Die erste Sitzung des begutachtenden Ausschusses.

Kattowitz. (Funkspruch.) Die Sitzung des begutachtenden Ausschusses begann vormittags 10 Uhr und ist bis jetzt noch nicht beendet. Beschwerden der deutschen Gewerkschaften, die seinerzeit an das internationale Arbeitsamt eingereicht worden sind, kommen nicht zur Verhandlung, da die Erklärung abgegeben wurde, daß sie nicht den vorschriftsmäßigen Weg gegangen seien. Es wurde bekannt, daß offizielle Beschwerden dem begutachtenden Ausschuß nicht vorliegen. Weiterhin empfing Thomas eine Reihe von Delegierten, z. B. die Altersinvaliden, die Beschwerde darüber führten, daß die Renten, die in Deutsch-Oberschlesien 40 Mark betragen, in Polnisch-Oberschlesien sich nur auf 24 Zloty belaufen. Zu dieser Angelegenheit erklärte Thomas, nichts tun zu können, und verwies die Bittsteller an den polnischen Minister Sokal. Zahlreiche Beschwerden und Eingaben einzelner Gewerkschaftsführer erklärte Thomas schriftlich beantworten zu wollen. Der begutachtende Ausschuß gibt im Laufe des Tages ein offizielles Kommuniqué heraus.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen.

Warschau. (Funkspruch.) Wie „Przeglond Wieczorny" mitteilt, dürfte die hier eingetroffene litauische Antwort auf die polnische Note als Grundlage für weitere Verhandlungen angesehen werden können. Nach einer Information des Blattes „ABC" werden die polnisch-litauischen Verhandlungen im kommenden Monat in Helsingfors oder in Stockholm geführt werden.

Eintreffen des Fürstprimas von Ungarn in Budapest.

Budapest. (Funkspruch.) Die Reise des Fürstprimas von der ungarischen Grenze nach Budapest gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug. In Budapest wurde der Fürstprimas auf dem Bahnhof vom Kultusminister Graf Klebelsberg und dem Bürgermeister von Budapest empfangen. Graf Klebelsberg überreichte ein Begrüßungsschreiben des Reichsverwesers und hielt eine Ansprache.

Verhaftung von Ungarn in der Tschechoslowakei und Rumänien.

Budapest. (Funkspruch.) Aus der Tschechoslowakei und aus Rumänien eintreffende Nachrichten wissen davon zu berichten, daß sich dort die Verhaftungen von Personen mehren, die man der Spionage zu Gunsten Ungarns beschuldigt. Diese Serien von Verhaftungen hängen nach Auffassung hiesiger maßgebender Kreise offenbar mit der im Anschluß an den Zwischenfall in Szent Gotthard im Auslande wieder auflebenden ungarnfeindlichen Pressepropaganda zusammen.

Ein serbischer Prinz geboren.

X **Belgrad.** Königin Marie ist heute früh in der 2. Stunde von einem Sohn entbunden worden. Mutter und Kind befinden sich wohl.

Trauerfeier in Völklingen.

* **Völklingen.** (Tel.) Für die bei der Hochofenexplosion tödlich verunglückten 9 Hüttenarbeiter fand gestern nachm. eine Trauerfeier im großen Schlafhause der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke statt. Die Geistlichkeit beider Konfessionen vollzog die Einsegnung der Toten, worauf die gemeinsame Bestattung vorgenommen wurde. Als erste Hilfe stellten für die Opfer Kommerzienrat Röchling 50 000 Franken und die Gemeinde Völklingen 30 000 Franken zur Verfügung.

Lohnkonflikt in der Berliner Mühlenindustrie.

* **Berlin.** (Telunion.) Der Schlichtungsausschuß fällte in der Angelegenheit der Berliner Mühlenindustrie einen Schiedsspruch, der für die Arbeiter vom 1. Januar bis 30. Juni eine Zulage von 2 Mark pro Woche und vom 1. Juli bis 31. December eine Aufbesserung von weiteren 2 Mark vorsieht. Während die Mühlenarbeiter den Schiedsspruch angenommen haben, lehnen die Arbeitgeber in der Mühlenindustrie ihn ab. Die Organisation der Mühlenarbeiter hat die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Ein schweres Unglück verhütet.

Kiel. (Funkspruch.) In der Maschinenbau- und Automobilwerkstätte der Firma Emil Schulz & Co., Deliusstraße in Kiel, brach gestern 19 Uhr 25 Feuer aus, das durch das tatkräftige Eingreifen der Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht wurde. 3 Automobile sind trotzdem mit verbrannt. Wie die Ermittlungen der hiesigen Kriminalpolizei ergeben haben, liegt **Brandstiftung** vor. Unter einem der Automobile waren brennende Weihnachtskerzen aufgestellt worden. Alle Kontor- und Arbeitsräume waren mit einer mehrere Zentimeter hohen Oel- und Benzinschicht bedeckt. Mit Benzin getränkte Putzbaumwolle sollte das Feuer durch alle Räume leiten. 2 Fässer mit insgesamt 2 Ztr. Karbid waren angebohrt worden, um den Flammen Zutritt zu gewähren. **Eine Explosion dieser riesigen Menge hätte genügt, um ein unmittelbar danebenliegendes Wohnhaus vollkommen in Trümmer zu legen.** Die 4 Inhaber der Firma wurden festgenommen, doch scheint von ihnen nur einer in Betracht zu kommen. Die dort beschäftigten Arbeiter sind arbeitslos geworden.

Poincaré stimmt die Heereskommission der Kammer um.

* **Paris.** (Tel.) **Ministerpräsident Poincaré** erschien gestern nachmittag in Begleitung des **Kriegsministers Painlève** in der Heereskommission der Kammer, um diese zu einem Kompromiß in der Frage der **gesetzlichen Festsetzung des Termins für die Einführung der einjährigen Militärdienstzeit** zu bewegen. Die Kommission, die sich bisher zum Kriegsminister in scharfem Gegensatz befand, weil dieser eine Festsetzung des Termins ablehnte, stimmte schließlich dem von Poincaré angeregten Wortlaut des fraglichen Gesetzesartikels mit 17 zu 4 Stimmen zu. **Die einjährige Militärdienstzeit wird also gesetzlich für den 30. November 1930 festgesetzt,** aber es soll zu deren praktischer Durchführung nur unter der Voraussetzung geschritten werden, daß die hierfür notwendig erkannten Bedingungen erfüllt sind. Damit halten beide Parteien, Heereskommission und Regierung ihren Standpunkt aufrecht und der weitere Verlauf der Diskussion über das Armeerekrutierungsgesetz dürfte auch im Plenum der Kammer auf keine weiteren Schwierigkeiten mehr stoßen.

Ein deutscher Hof in dänische Hände übergegangen.

Flensburg. (Funkspruch.) Nach einer Mitteilung der Flensburger Nachrichten erregt in Nordschleswig der **Verkauf eines in der Gegend von Haderslund gelegenen Besitzes** durch den Präsidenten der deutschen Bauernvereine Freiherrn von Kerckerinck an einen Dänen **großes Aufsehen.** Der schleswig-holsteinische Bauernverein erklärte auf eine Anfrage, ihm sei bisher nichts bekannt geworden, daß Freiherr von Kerckerinck in Nordschleswig über Grundbesitz verfüge, und betonte, daß er dessen Handlung, sofern die Meldung wahr sei, aufs schärfste mißbillige. Der Verein hat den Freiherrn von Kerckerinck im Interesse des Deutschtums um Aufklärung ersucht. Wie das genannte Blatt weiter erfährt, könne an der Richtigkeit der Meldung nicht gezweifelt werden; es stehe sogar fest, daß keine zwingende Notwendigkeit vorgelegen habe, den Besitz in dänische Hände zu geben; da ein zahlungskräftiger deutscher Käufer vorhanden gewesen sei und die Angebote angeblich nur um wenige tausend Kronen voneinander abwichen.

Jedes Fahrrad muß mit einer sicherwirkenden Hemmvorrichtung versehen sein.

Der als Titel dieser kleinen Abhandlung gewählte Satz steht in der Polizeiverordnung aller Städte. Er ist so alt wie das Fahrrad, denn neben einer Signalvorrichtung, als welche man nach langen Versuchen die Glocke anerkannte, war die Polizei auf eine Hemmvorrichtung für das Teufelsding von Fahrrad bedacht. Für das Hochrad wählte man die sogenannte „Löffelbremse", ein löffelartig ausgestaltetes Stück starken Bleches, das durch einen an der Lenkstange befindlichen Hebel auf den Reifen des Vorderrades gedrückt wurde. In der Theorie war das Ding sehr praktisch, aber in der Praxis kostete es viel blaue Flecke, Schrammen und Beulen. Die Löffelbremse hatte die unliebenswürdige Eigenschaft, das Fahrrad zu blockieren, und der durch diese Blockade gehemmte Vorwärtsdrang wirkte sich bei den Stahlroßreitern in dem sogenannten Kopfsturz aus.

Als das Hochrad dem Niederrad und der Vollgummireifen dem Pneumatik Platz machen mußte, übertrug man die Löffelbremse auf das neue Fahrradmodell. War auch für den Gummireifen die Benutzung einer mit einem Gummiklotz versehenen, von der Lenkstange durch Hebeldruck zu betätigenden Bremse nicht zuträglich, so erfüllte man durch sie die in der Polizeiverordnung stehende Bestimmung. Der gewandte Radfahrer bremste durch Gegentreten und betrachtete die Benutzung einer Bremse als nicht standesgemäß. Die Polizeibestimmung umging er durch bremsenähnliche Vorrichtungen, die als „Polizeibremse" bekannt, nur den Zweck hatten, das Vorhandensein einer Hemmvorrichtung im Sinne der Polizei vorzutäuschen. Es entstanden die hinter dem Gabelkopf angebrachten Fußbremsen, zu deren Betätigung ein Fuß vom Pedal genommen werden mußte. Es gab „Polizeibremsen" auch am Hinterrade, und der Kampf gegen die als nicht kommentmäßig empfundene Handbremse ging solange, bis die umwälzende Erfindung der Freilauf-Bremsnabe in die Erscheinung trat. Die Freilaufnabe brachte eine durch Zurücktreten in Tätigkeit zu setzende Hemmvorrichtung, und zu dieser Rücktrittbremse bekannten sich auch die der Handbremse abholden Teile der Radfahrerschaft. Leider war dieses Bekenntnis einseitig. Die Polizei wollte die Rücktrittbremse als sicherwirkende Hemmvorrichtung nicht anerkennen und erst nach langen Kämpfen wurde die Polizeiverordnung mit dem Satze versehen: Jedes Fahrrad muß mit einer sicherwirkenden Hemmvorrichtung versehen sein, als solche gilt auch die Rücktrittbremse.

Mit der Aufnahme dieses Zusatzes war die Bremsenfrage für die mit Freilaufnaben versehenen Fahrräder gelöst, den wenigen ohne Freilaufnaben laufenden Fahrrädern blieb die Handbremse erhalten. Neben der auf den Gummi wirkenden Gestängebremse ist die durch Kabelzug in Tätigkeit tretende „Kabelbremse" in Benutzung. Bei der Kabelbremse wird eine mit Bremsklötzen versehene Klammer zusammengezogen, die, fest an den Felgenrand gepreßt, das Fahrrad in seinem Lauf hemmt. Derartige Bremsen werden sowohl am Vorderrad als auch am Hinterrad benutzt.

Man hat auch Bandbremsen am Fahrrade versucht. Sie wirkten auf ein entweder an der Vorderradnabe oder an der Hinterradnabe angebrachtes etwa 14 Zentimeter im Durchmesser messendes zwei Zentimeter breites Rad, um das ein zusammenziehbares Stahlband gelegt war.

Die gebräuchlichste Bremse ist heute die durch Rücktritt betätigte Hemmvorrichtung im Innern der Freilaufnaben. Mit dieser unsichtbaren Hemmvorrichtung hat die deutsche Industrie den Weltmarkt sich erobert und nach vielen Kämpfen und vielen Strafmandaten eine der brennendsten Fragen im Radfahrerverkehr gelöst.

Allerlei Humor.

Abgefallen. Schreiber: „Mit dem Gehalt kann ich aber keine großen Sprünge machen!" — Chef: „Na, habe ich Sie denn als Clown engagiert?"

Er weiß es besser. Sie: „Hier in der Zeitung lese ich eben, daß das frühe Ergrauen der Männer von den Hüten kommt." — Er: „Ja, von den Hüten — ihrer Frauen!"

Gedankenlos. „Mein Mann kann noch immer nicht aufstehen. Er hat sich gestern auf einen rostigen Nagel gesetzt." — „Wie, und da sitzt er noch immer?"

Der gute Gatte. „Wirst Du auch um mich trauern, wenn ich sterbe?" fragte sie zärtlich. „Aber natürlich", brummte er. „Und wirst Du auch mein Grab immer besuchen", drängte sie. „Aber gewiß", erwiderte er begütigend. „Ich komme ja am Friedhof vorbei, wenn ich nach dem Golfplatz gehe".

Messungen der meteor. Station 421.

(Oberrealschule Riesa).

15. 1. 1928: 0,5 mm Niederschläge.
16. 1. 1928: 0,5 mm Niederschläge.
17. 1. 1928: unmeßbar.
18. 1. 1928: 14,3 mm Niederschläge.

Vergessene Größen.

Bühnensterne, die im Elend starben. — Diskkinge des Publikums, die durch Selbstmord endeten.

Von Rudi Hansen.

Nicht nur die Nachwelt, auch die Mitwelt schon flicht, von einem gewissen Zeitpunkt ab, dem Künstler keine Kränze mehr. Es ist eben immer wieder das alte Lied —: die Undankbarkeit der Menschen! Heute bejubeln sie den Helden, und morgen ist er vergessen; heute bietet man ihm Gagen, die für einen gewöhnlichen Sterblichen jahrelang reichen würden, und morgen geht er als Bettler durch ein Künstlercafé, verkauft Streichhölzer oder Schnürsenkel. Immer war es so, und immer wird es so bleiben; diejenigen, die nicht verstehen, sich für das Alter eine Reserve zu schaffen, oder die nicht durch eine gute Heirat fürs Leben gesichert sind, ereilt wohl fast alle das gleiche Los in dem Augenblicke, da sie nicht mehr arbeiten können, weil etwa ihre Stimme nachließ, ihre persönliche Erscheinung den Charme der Jugend verlor.

Hunderte von Fällen könnte man aufzählen, die alle von dem gleichen Leid vergessener Bühnengrößen sprechen. Ein paar besonders drastische Bilder, die von Ruhm und schließlichem Verfall und Elend zeugen, seien hier gemalt.

Vor ein paar Jahren bestattete man auf dem Père Lachaise Sarah Bernhardt, die gefeierte Tänzerin ihrer Zeit. Die meisten von uns kennen sie nur noch aus den Erzählungen der Eltern. Ein halbes Leben lang beglückte sie durch ihre Grazie, war gefeiert, verwöhnt, umworben. Dann kam das Alter, die Verbitterung und das Elend. Sie hielt ihre Existenz nur noch durch Schulden aufrecht; die kleinen wurden bezahlt, große dafür immer wieder neu aufgenommen: es war ein Chaos wie in einem Hexenkessel. Inmitten des ganzen Wirrwarrs saß eine alte vergrämte Frau, ein Krüppel mit einem künstlichen Bein, und lebte von den Darlehen, die man ihr aus Mitleid gab. Die ganzen letzten Jahre hindurch war ja es schon so gewesen: man spendete ihr Beifall aus Mitleid, gab ihr Almosen, weil man den Gram in ihren Augen nicht sehen wollte und froh war, sie — mit Geld wieder aus dem eigenen Gesichtskreis entfernen zu können. Tod ward Erlösung.

In Paris war es auch, wo die schöne Baronin v. Rahden als Stern leuchtete und verging. Als deutsches Mädel führte sie der Zirkus nach Paris; sie war Schulreiterin in einem Wanderzirkus, wurde bekannt, gefeiert ob ihrer großen Schönheit und verheiratete sich darauf mit einem armen Baron, der nichts hatte als seinen Namen.

Zunächst ging es ihnen gut, beide waren jung. Da führte sie der Wandertrieb nach Italien, und als der schönen Frau ein verliebter Jüngling beim Steigbügelhalten etwas zu tief in die Augen schaute, zerriß aller Glanz in einem Augenblick: Herr von Rahden erschoß den jungen Mann. Der Prozeß wirbelte viel Staub auf, Geklatsch umraunte die untreue schöne Frau und — Baronin von Rahden war in der Gesellschaft unmöglich geworden, durch die Schuld ihres eifersüchtigen, jähzornigen Gatten. Zehn Jahre später saß ein vergrämtes Frauchen verlassen und einsam im Heim ihrer alten einfachen Eltern und wartete auf den Tod. Sie war zermürbt von der Not und von den Sorgen. Ein paar Almosen von guten Freunden halfen ihr wenigstens zu einem leidlich anständigen Begräbnis. —

Der Name Amalie Friedrich Materna, der ersten Brunhilde der Bayreuther Festspiele, ist uns heute noch geläufig. Wagner selbst war begeistert von ihrer großen Künstlerschaft; auch ihrer großen menschlichen Vorzüge ward man gerecht. Und doch ward auch sie vergessen. Man wurde erst wieder aufmerksam, als 1918 aus Wien die Nachricht von ihrem Tode in die Welt drang —: sie war gestorben als eine alte, vergrämte Frau, tat den letzten Atemzug in irgend einem Hinterstübchen einer ärmlichen Gegend, unbeachtet, verschollen . . .

Der Partner der Lucca, Ladislav Mierzwinski, der bekannte Tenor, machte noch einmal von sich reden, als er 1900 starb — als Hotelportier in Paris. Hier fertigte er die Fremden ab in den Sprachen ihres Landes, in denen er Jahrzehnte zuvor, umjubelt, seine Arien gesungen hatte. —

Wer kennt noch die ehemalige Wiener Schauspielerin Helene Odilon? Wer weiß noch von ihrem Charme, ihrem einst weltberückenden Lächeln? Jahre hindurch wurde sie gefeiert, umschwärmt, um zuletzt, in Wien, von einem Kaffeehaus ins andere zu ziehen; Bilder aus ihren früheren Jahren verkaufend, lebend von den paar Pfennigen, die man ihr verschämt in die Hand drückte, lebte dieses arme verhutzelte Frauchen, das keine Aehnlichkeit mehr aufwies mit jener strahlenden Persönlichkeit, welche die Postkarten zeigten. Nur die Augen und der Mund waren die gleichen geblieben; an Stelle des Lächelns allerdings war der Schmerz getreten; sonst hatten sie sich nicht verändert . . .

Ist es ein Wunder, wenn unter solchen Auspizien gelegentlich Menschen, denen die Bretter der Bühne und der Jubel der Menge wirklich die ganze Welt bedeuteten, den Mut fanden, zu gehen in dem Augenblicke, da sie den Abstieg sahen? Nur von zwei Menschenkindern sei hier die Rede: von Harry Walden und Zinaida Jursewskaja. Walden war Millionärssohn; Paul Lindau brachte ihn zur Bühne; bald gehörte er zu den liebenswürdigsten, anerkanntesten und beliebtesten Schauspielern. Von einem Theater zum andern ging sein Siegeszug, bis er zum Nachfolger von Kainz sogar zum Wiener Burgtheater kam. Harry Walden aber war krank; er gehörte zu den unverbesserlichen Quartalssäufern, die sich wochenlang geradezu asketisch vor jedem Alkohol hüten, bis der Tag da ist, wo alles stehen und liegen bleibt und sie nur dem Alkohol gehören. Dann saß er tagelang in irgend einer Spelunke der Vorstadt, bis man ihn fand, verkommen und verwildert. Tage dauerte es, bis er sich wieder fand. Jeder gab den Fall für verloren, nur seine Frau wollte ihm immer und immer wieder helfen; als sie keinen Weg mehr sah, griff sie zum Morphium. So gingen beide unter. Während das Publikum die Karten zur Abendvorstellung schon in den Taschen hatte, durchschnitt in seinem Hotel Harry Walden sich und seiner Gattin die Pulsadern . . .

An einem klaren Wintertage fuhr ein Gebirgszug durch die Schweiz. Ein Passagier wußte: es ist meine letzte Fahrt! —: Zinaida Jursewskaja. Nach Wochen fand man ihre Leiche zerschmettert zwischen Eisstücken und Felsen. Die Furcht vor ihrem künstlerischen Abstieg hatte ihr den Tod erleichtert.

Sterne, die kamen und stiegen . . .

Masken ...

Eine Vorfaschingsbetrachtung.

Von Dr. Guido Hellmer.

Allenthalben wirft bereits der Fasching wieder einmal seine fröhlichen, ausgelassenen Schatten voraus. Kostümfeste, Künstlerbälle, Atelierulks sind an der Tagesordnung. Der Drang, einmal im Jahre wenigstens für Stunden oder Tage — vielleicht sagen wir besser Nächte? — sein Alltagsich der Pflicht, der starren strengen Arbeit, des von unserer schweren Zeit unumgänglicher denn je zuvor geforderten Ernstes abzuwerfen, wohnt ja jedem Menschen inne und treibt ihn in den Tagen der „Maskenfreiheit" zu um so ausgelasseneren Kapriolen, je starrer er ansonsten sich an das Gesetz der Würde und der unbewegten Gelassenheit gebunden fühlt. Hier erzeugt Druck Gegendruck —: zischend und sprühend explodieren zu feuerwerkbunten Eskapaden die allzu intensiv unterheizten Kessel der sogenannten „Gereiftheit" ... der ernste Erwachsene will wieder einmal ungebundenes, tollendes Kind sein. Hemmungen, die hindern könnten, werden überdeckt von dem Flitter des Kostüms und dem Schleier der Maske; dann ist es, als habe man mit dem fremden Gewand gleichermaßen auch eine andere Individualität angezogen; die Wonne, einmal ein anderer sein oder doch scheinen können, die Lust, Theater zu spielen, bricht rauschend durch und treibt oft die seltsamsten Blüten. Soll man sich, als grimmer Richter und anmaßender Savonarola, nur empören gegen diese Art „Weltlichkeit" und „Weltlust", gegen diesen Trieb zur Kindlichkeit und Tollheit? Mit nichten! Jedem Menschen sein Recht auf Entlastung und Entspannung! Jedem sein Recht auf Uebersteigerung der normalen Würde zur frohen Farce — und damit zur Ueberlegenheit über sich selbst! Nieder mit allen Muckern! Maskenfreiheit! Gebt Raum! —

Außerdem: — und wollte man noch so grimmig eifern gegen diese „Karnevalsausschüsse" — sie wären dennoch nimmermehr auszurotten, weil sie allzu tief in der menschlichen Natur begründet sind. Wir begegnen ihnen, so lange wir überhaupt die menschliche Geschichte zurückdenken können.

Der erste und ursprüngliche Grund, der den Menschen der Vorzeit bereits veranlaßte, sich zu verkleiden, vor allem das Gesicht mit einer Maske zu überhüllen, wie wir das schon auf eiszeitlichen Felszeichnungen sehen, liegt in der Furcht unserer primitiven Menschheitsahnen. Sie waren ja noch unfähig, tiefer in das Wirken der Natur, in ihre kausalen Zusammenhänge einzudringen; auf Schritt und Tritt glaubten sie sich von Dämonen und bösen Geistern umlauert, denen sie aber immerhin keine besonders hohe Intelligenz zuschrieben. Sie vermeinten nämlich, daß man ihnen bereits mit Sicherheit entgehen könne, wenn man sich halbwegs geschickt verkleide und dadurch unkenntlich mache. Ganz ähnlich ist das auch heute noch bei den Wilden der Fall. Nur ist im Laufe der Jahrtausende allmählich das Wissen um die Maske und vor allem um ihre Wirksamkeit geradezu zu einer Spezialwissenschaft unter den „Medizinmännern" geworden. Da muß man natürlich jeden einzelnen Geist und Dämon, was seine Gefährlichkeit sowohl wie was sein besonderes Ressort der Tücke und der Menschenfeindschaft anbelangt, genau kennen; danach erst vermag man die einzelne Maske zu bestimmen, die jeweils in dem einen oder dem anderen Fall allein wirksam ist. So wird das Maskenwesen zum Kult und die Herstellung der Larven zum Geheimnis und zu einer nur von einer besonderen Kaste beherrschten Kunst.

In Verbindung mit diesen primitiven Gedankengängen stehen auch die Totenmasken, die wir bei fast allen alten Völkern finden. Man nahm an, daß der Tote auf seinem Weg ins Jenseits natürlich auch bösen Dämonen begegnen werde, die gerade auf ihn lauerten, um ihn zu hindern, in das jeweilige „Paradies" einzugehen. So griff man auch hier zur List, indem man der Leiche eine Maske vorband, um sie für den heimtückischen Geist unkenntlich zu machen. Diese Vorstellung findet sich bei den Römern sowohl wie bei den Negern, bei den hochentwickelten Ureinwohnern Mexikos, die ihren Verstorbenen außerordentlich kostbare, mit Gold und Edelsteinen verzierte Masken mitgaben, sowohl wie bei den Aegyptern — die Mumienmasken dürften jedem Gebildeten bekannt sein — und bei den Indianern.

Erst allmählich trat hinsichtlich der Maskierung noch ein anderes Moment hinzu: der Daseinskampf zwang den Menschen zur List, wie wir denn Verstellung nicht nur bei den primitiven Völkern, sondern schon bei relativ tiefstehenden Tieren finden. Aus diesem Grunde kam der Mensch der Vorzeit schon früh dazu, beispielsweise auf der Jagd sich der List der Verkleidung zu bedienen, sich, um ein besseres Anschleichen zu ermöglichen, als Tier zu kostümieren, ähnlich wie noch heute in manchen Gegenden des schwarzen Erdteils die Neger sich in den Balg eines Straußen hüllen. Noch einen Schritt weiter tat man, als man begann, sich solcher Vermummung auch für Kriegszwecke zu bedienen. Man legte sich schaurige Masken vor, um bei den Feinden Furcht und abergläubisches Entsetzen zu erregen. Unter diesem Gesichtspunkt fällt ebensowohl die unkenntlichmachende Bemalung mancher Stämme in Afrika und Australien, wie der „Kriegsanstrich" der Indianer, fallen die Köpfe wüst aussehender Tiere, wie sie unsere germanischen Vorfahren bekanntermaßen gern auf ihren Kriegszügen trugen, ebenso wie die grausigen Ritterhelme der Japaner, die ein zu scheußlicher, dämonischer Fratze verzerrtes Visier besaßen und erst im vergangenen Jahrhundert, nach dem Eintritt Japans in die Weltpolitik, verschwanden.

Ganz eigenartige Anschauungen herrschen bezüglich der Masken noch heute bei den Papuas. Sie verfertigen unter anderem Masken aus den Schädeln ihrer verstorbenen Häuptlinge oder sonstiger hervorragender Stammesangehöriger. Diese Masken werden dann von den Würdigsten zu besonders feierlichen Gelegenheiten, vor allem zu den religiösen Tänzen, angelegt. Man ist alsdann der Meinung, daß der Träger nicht mehr er selber, sondern in aller Form der Tote sei; zumindest handelt er im Namen und mit Vollmacht des Abgeschiedenen. Was er spricht, redet nicht er selbst, sondern der verklärte Geist; was er tut, tut nicht er, sondern der, dem der Schädel einst gehörte. Infolgedessen hat er einen Freischein für die unmöglichsten Handlungen; und wenn er raubt, stiehlt, mordet — man kann und darf ihm hinterher nichts anhaben ... denn ein anderer hat es getan.

Das dürfte eine Art von Maskenfreiheit sein, die einzig auf der Erde dasteht. Wir braven Europäer sind auch in diesen Dingen weitaus zivilisierter; das einzige, was man uns verzeiht, sind Kindlichkeiten und Neckereien, die auch sonst unter kein Straf- oder Sittengesetz fallen würden ....

Wie hat sich der Kraftfahrer bei dem Einbiegen in eine Seitenstraße zu verhalten?

Vor kurzem hatte das Reichsgericht in folgender Sache zu entscheiden: Der Führer eines Kraftwagens versucht, noch vor einem ihm in voller Fahrt entgegenkommenden Motorradfahrer in eine Seitenstraße einzubiegen. Er führt zu diesem Zwecke nicht die Linkskurve in weitem Bogen aus, sondern schneidet sie in kurzem Bogen. Der Motorradfahrer kommt in schneller Fahrt heran und mäßigt auch seine Geschwindigkeit nicht, weil er nicht damit rechnet, daß der Kraftwagenführer versuchen wird, noch vor ihm in die Seitenstraße einzubiegen. Zwar hupt und winkt der Kraftwagenführer, aber dies hat auf das Verhalten des Motorradfahrers keinen Einfluß. Es kommt zum Zusammenstoß und damit zu einem schweren Unfall.

Das Reichsgericht machte im Einklange mit der Vorinstanz den Kraftwagenführer für den Unfall verantwortlich. Es führte aus, daß dieser in diesem Falle selbst die Gefahr herbeigeführt habe, indem er in schneller Fahrt und in kurzem Bogen nach links hinübergefahren sei. Es liege hierin eine Fahrlässigkeit, da bei dem schnellen Fahren der beiden Fahrzeuge die geringste Zufälligkeit zu einem Unglück führen mußte. Bei der Anwendung der gehörigen Aufmerksamkeit hätte der Kraftwagenführer dies erkennen müssen. In der Entscheidung heißt es wörtlich:

„Der Kraftwagenführer darf es nicht darauf ankommen lassen, daß solche kleinen Zufälligkeiten ausbleiben. Er muß vielmehr mit ihnen rechnen und die Gefahr meiden, soweit ihm dies möglich ist. Das war aber hier der Fall, da er in weitem Bogen ausholend und die Geschwindigkeit mäßigend, den Motorradfahrer vorbeilassen konnte, bevor er in die Seitenstraße einbog. Hupen und Winken gaben ihm kein Recht, eine Gefahr zu schaffen, im Vertrauen darauf, andere würden sie vermeiden oder beseitigen. Selbst wenn der Motorradfahrer übermäßig schnell gefahren sein sollte, so würde ihn das nicht entlasten. Der Kraftwagenführer ist zu erhöhter Sorgfalt verpflichtet, wenn er sieht, daß andere in seiner Nähe verkehrt handeln und die Verkehrssicherheit gefährden".

Diese Entscheidung ist für den Kraftwagenführer von großer Bedeutung. Es geht daraus hervor, daß er an Kreuzungsstellen der Straße ganz besondere Vorsicht walten lassen muß, um einer Gefährdung nicht nur des eigenen Wagens, sondern auch des sonstigen Verkehrs aus dem Wege zu gehen. Wenn z. B. der Ueberblick über die Fahrbahn behindert ist, so muß er langsam fahren, und zwar so langsam, daß er sein Fahrzeug auf kürzeste Entfernung zum Halten bringen kann, d. h. auf kürzere Entfernung, als sein Ueberblick über die Fahrbahn reicht. Unter der Fahrbahn ist hierbei nicht nur der gerade befahrene Straßenteil zu verstehen, sondern auch die Gebiete rechts und links seiner Fahrstrecke, von denen die Möglichkeit vorliegt, daß irgendwelche Hindernisse in seinen Fahrweg kommen können.

Ganz besondere Gefahren bietet das Einbiegen in eine andere Straße. Geschieht das Einbiegen nach rechts, so hat es in kurzer Wendung zu geschehen, nach links dagegen in weitem Bogen. Wenn dies auch eine der selbstverständlichen Bestimmungen ist, bei deren Befolgung das Fahrzeug immer auf der in seiner Fahrtrichtung liegenden rechten Seite verbleibt, so daß das Fahrzeug eigentlich gar nicht in die Fahrbahn eines anderen hineingeraten kann, so zeigt doch die Erfahrung, daß gerade gegen diese Bestimmung am häufigsten gesündigt wird. Jedem Beobachter des Kraftwagenverkehrs wird tagtäglich das Schneiden der Linkskurve auffallen, vor dem gar nicht genug gewarnt werden kann. Es soll nicht geleugnet werden, daß es Fälle geben kann, in denen ganz ausnahmsweise gerade zur Vermeidung eines Unfalles in falschem Bogen in eine andere Straße hineingefahren werden muß; in solchen Fällen muß aber der Fahrzeugführer die Selbstzucht haben, ganz besondere Vorsicht walten zu lassen, wie es bei jedem Abweichen von den polizeilichen Fahrvorschriften geboten ist. Darum Vorsicht beim Einbiegen!

Bekannt
wird Dein Name
Durch Reklame
Inseriere im Riesaer Tageblatt

Capitol Riesa

Heute zum letzten Mal
Am Rüdesheimer Schloß steht eine Linde ...

Ab morgen Freitag bis Montag das 1. Ereignis der neuen Spielzeit:
Der Katzensteg.
Ein von der National-Film A.-G. unter der hervorragenden Regie von Gerhard Lamprecht geschaffenes Filmwerk nach dem gleichnamigen Roman von Hermann Sudermann.
Ein starker, ein packender Film und ein voller, ehrlicher Erfolg, der stärkste, den ein deutscher Film je errungen hat ...
Das Publikum war begeistert, wie selten bei einem Film der letzten Zeit.
Vorführungen werktags 7 u. 9 Uhr. Sonntag 4, 6, 8 und 10 Uhr. Einlaß 3 Uhr.

Besuchen
Sie bitte nach Möglichkeit die ersten Vorstellungen, da auch in Riesa wie allerorts mit starkem Andrang zu rechnen sein dürfte.

U.T. Goethestr. 102

Ab heute Donnerstag bis Sonntag **Tom Mix,** der Liebling aller Völker, und **Tony** in seinem neuesten Film
Die Panzerpost.
Ein Film voll abenteuerlicher Romantik. 15 Jahre auf der Verfolgung. Tom Mix, d. h. Spannung, Tempo, atemraubende Sensation.
Dazu ein erstklassiges Beiprogramm.
Vorführungen 7 u. 9 Uhr. Sonntag ½2—5 Uhr, Kindervorstellung 5, 7 und 9 Uhr für Erwachsene.

Zentraltheater Gröba

Ab heute bis Sonntag
der Film des goldenen Humors! Ein neuer deutscher Filmtriumph, der neueste und beste Lustspielschlager der Saison:
Gräfin Plättmamsell
mit Olli Oswalda.
Eine lustige Geschichte aus Plättstuben und Grafengemächern.
Dazu ein ausgewählt. Beiprogramm.
Vorführungen werktags 7 u. 9 Uhr. Sonntag ½2—5 Uhr Kindervorstellg. 5, 7 und 9 Uhr für Erwachsene.

Gut möbl. Wohn- u. Schlafz. an besser. Herrn 1. 2. oder später zu vermieten. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Frl., welches 12 Jahre besseren frauenlosen Haushalt leitete, sucht, da durch Todesfall frei geworden, jetzt oder später ähnlichen **Wirkungskreis.** Offerten unter L 944 an das Tageblatt Riesa.

Junge Frau f. einige Vormittagsstund. gesucht. Zu erfr. im Tagebl.

Eine große Anzahl Haus-, Stall- und Feld- **Mägde** Ostermädchen, jüngere Knechte erhalt. gute Stellung sofort od. spät. durch **Hermann Klingenberg** Steuerverm., Lommatzsch, Meißner Str. 29, Tel. 188.
Abzugeben 2 verheiratete Knechte, wo die Frauen mit auf Arbeit kommen. d. Ob.

Sohn achtbarer Eltern findet gute Lehrstelle als **Tapezierer u. Dekorateur** bei **Rudolf Leonhardt,** Tapezierermeister Poppitzer Straße 19c.

Möbl. Zimmer von Ehepaar z. 1. Februar gesucht. Angebote unter J 942 an das Tageblatt Riesa.

Schokoladengroßhandlg. mit erstkl. eingef. Marken **sucht Vertreter** eventl. auch privat. Bäckermeister. Angebote erb. u. M 945a a. d. Tagebl. Riesa.

Lina-Lichtspiele Hauptstraße 1
Heute Donnerstag, den 19. Januar 1928 und folgende Tage
ein außergewöhnlicher Erfolg, ein Film, der ganz Berlin verrückt gemacht hat:
Der Jüngling aus der Konfektion
ein Liebesabenteuer zwischen Taft u. Seide.
In den Hauptrollen:
Curt Bois, Maria Paudler, Robert Garrison, J. Riemann, Marg. Lanner, Albert Paulig, Hermann Picha.
Musik: Kapelle G. Hoffmann.
Vorführungen täglich 7 und 9 Uhr. Sonntag 5, 7 und 9 Uhr. Sonntag ½2 große Kindervorstellung.
Voranzeige: Frau Luse, Geschichten einer Wienerin.

Die heutige Nr. umfaßt 12 Seiten.

Kleine **Tischler-Kreissäge** m. Fräßm. u. Bohrmaschine zu verkauf. Hohe Str. 7.

Eine kleine Anzeige ist besser als keine Anzeige.

Eine Fuhre **Schweinedünger** ist zu verkaufen od. gegen Stroh zu tauschen Hauptstraße 11 Bäckerei Berg.

Milchviehverkauf.
Ein frischer Transport junger, starker, milchreichster Kühe, hochtragd., sowie Kühe mit Kälbern sind eingetroffen u. stehen preiswert zum Verkauf.
Emil Eberhardt Bahnhof Wülknitz Telefon Gröditz 70.

Hüttenkoks empfiehlt **Ernst Krumnau** Elbstraße 1 Fernsprecher 612.

Amtliches.

Freitag, den 20. Januar 1928, vormittags 11 Uhr, soll in Nünchritz (Gasthof) 1 Herrenfahrrad versteigert werden.

Riesa, den 19. Januar 1928.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Suche per sofort od. später in bester Geschäftslage **modernen Laden** mit 1—2 Schaufenstern zu mieten oder zu kaufen. Angebote erbeten unter E. W. 24 an Invalidendank, Dresden-A.

Sofaknopfe Brinsbogen
mit Monogramm-Prägung moderne, vornehme Ausführung
liefert schnellstens
Buchdruckerei Langer & Winterlich
Riesa, Goethestraße 59

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft im Dezember 1927.

Berlin. Nach dem Monatsbericht der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nahm der Güterverkehr, wie alljährlich, auch im Dezember 1927 ab, jedoch nicht in demselben Umfange wie im Jahre 1926. Der Rückgang im Versand von Baustoffen aller Art konnte nicht ausgeglichen werden durch die Transporte, die der Reichsbahn durch die Einstellung oder Behinderung der Fluß- und Kanalschiffahrt in allen deutschen Stromgebieten infolge der Witterungseinflüsse und durch den Schifferstreik auf dem Dortmund-Ems-Kanal zufielen. Im Dezember waren nur 3 811 318 Wagen für den Versand von Gütern zu stellen gegen 4 156 142 Wagen im November. Der Frachtstückgutverkehr flaute im Monat Dezember ab. Der Kohlenversand aus den größeren Kohlengebieten war infolge guten Absatzes für Hausbrand und Industrie den ganzen Monat über zufriedenstellend. Der Versand künstlicher Düngemittel war lebhaft, besonders, weil der Auslandsabsatz wieder stärker stieg.

Der Personenverkehr zeigte das übliche Bild des letzten Jahresmonats. Insgesamt wurden im Dezember 2 670 überplanmäßige Personenzüge gefahren (November 1927: 869 Züge, Dezember 1926: 2 158 Züge).

Die Betriebsergebnisse im Monat November 1927 betrugen: Einnahmen 421,97 Mill. RM.; die Ausgaben beliefen sich auf 432,11 Mill. RM., darunter für Betrieb und Unterhaltung auf 305,260 Mill. RM., für Erneuerung der Reichseisenbahnanlagen auf 59,72 Mill. RM., für den Dienst der Reparationsschuldverschreibungen auf 54,99 Mill. RM. Die Mehrausgabe wurde aus der im Geschäftsjahr hierfür angesammelten „allgemeinen Rückstellung" gedeckt.

Die Kreditbelastung der deutschen Städte.

vdz. Berlin. In einem Vortrage, den der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, am Dienstag auf einem Vortragsabend des Bezirksverbands Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse über „Kommunalpolitik und Presse" hielt, kam der Vortragende auch auf die Höhe der kurzfristigen Verschuldung der deutschen Gemeinden zu sprechen, worüber erst in neuester Zeit authentisches Material beschafft werden konnte. Den Begriff kurzfristiger Verschuldung faßte Dr. Mulert nicht im börsentechnischen Sinne auf, sondern begriff darunter alle Anleihen, die bis zum Schluß des nächsten Rechnungsjahres d. h. zum 1. April 1929 oder kurz danach fällig werden. Dazu zählte er nicht die sogenannten Kassenkredite, die nur für laufende Verwaltungsausgaben vorübergehend aufgenommen werden, bei denen also niemals eine Konsolidierung durch Anleihen in Frage kommen könnte. Ueber die Höhe kurzfristiger Verschuldung der deutschen Gemeinde seien phantastische Zahlen im Umlauf, bis zu fünfzehnhundert und sogar zweitausend Millionen. Die nächste Ausgabe der Zeitschrift „Der Städtetag" werde zum ersten Mal authentisches Material darüber mitteilen. Das Reichsfinanzministerium habe bei allen Städten über achtzigtausend Einwohner eine amtliche Statistik über die Höhe der kurzfristigen Verschuldung aufgemacht. Danach betrage die kurzfristige Verschuldung für sämtliche von der Erhebung ergriffenen 59 Städte, deren Einwohnerzahl 16 Millionen betrage, zusammen 525 Millionen Reichsmark. Hiervon gingen noch 25 Millionen ab, deren Abdeckung innerhalb dieses Jahres ohne Aufnahme einer langfristigen Anleihe durch Grundstücksverkäufe usw. erfolge, sodaß rund fünfhundert Millionen übrig blieben. Mit Ausnahme von siebzehn Millionen sei dieser Betrag durchweg im Inlande aufgenommen bei Bankanstalten, Versicherungsanstalten und eingeschlossen darin seien auch die kurzfristigen Kredite, welche die Gemeinden bei den Sparkassen aufgenommen haben. Außer dieser Reichs-Statistik hätte der Städtetag eine gleiche Anfrage an sämtliche Städte von 25—80 000 Einwohner gerichtet, deren kurzfristige Verschuldung hiernach 135 Millionen betrage. Die Gesamtsumme der kurzfristigen Verschuldung der deutschen Gemeinden liege hiernach um 700 Millionen, bleibe also um mehr als die Hälfte hinter den in Umlauf gesetzten phantastischen Riesenzahlen zurück.

An unsere Postbezieher!

In diesen Tagen

ziehen die Postanstalten die Bezugsgelder für Lieferung des „Riesaer Tageblattes" im nächsten Monat ein.

Wir bitten auf pünktliche Bezahlung besonders zu achten, da nach dem 23. d. M. vom Postamt eine Sondergebühr für Verspätung erhoben wird und außerdem mit einer Unterbrechung der „Tageblatt"-Lieferung beim Monatswechsel zu rechnen ist.

Aus dem Angestellten-Recht!

Wer trägt die Kosten der Vorstellung bei Bewerbungen um neue Stellungen?

Von H. Juhnke-Berlin.

tfd. Es herrscht noch vielfach Unklarheit über diese Frage. Das ist nicht verwunderlich, weil es spezielle Vorschriften darüber, ob und in welchen Fällen die Kosten der Vorstellung zu ersetzen sind, nicht gibt. Die allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches lassen sich aber auch auf die Vorstellungskosten analog anwenden. Der u. a. hierfür in Frage kommende § 670 des BGB. lautet: „Macht die Beauftragte zum Zwecke der Ausführung des Auftrages Aufwendungen, die er den Umständen nach für erforderlich halten darf, so ist der Auftraggeber zum Ersatze verpflichtet". Es ist deshalb herrschende Meinung, daß die Kosten vom Arbeitgeber zu ersetzen sind, wenn die Vorstellung auf dessen ausdrücklichen Wunsch erfolgt ist. Die Ersatzpflicht gilt auch dann, wenn der Arbeitgeber zur Anstellung bereit ist, der Arbeitnehmer aber aus triftigem Grunde nicht annimmt. Dagegen besteht keine Ersatzpflicht, wenn der Arbeitnehmer die Anstellung ohne triftigen Grund ablehnt, z. B. weil er vielleicht anderweitig eine ihm mehr zusagende Stellung gefunden hat. Ferner hat der Arbeitnehmer keinen Ersatzanspruch, wenn es infolge irgendeines Verschuldens des Arbeitnehmers zu keinem Vertragsabschluß kommt. Ein Verschulden des Arbeitnehmers ist es, wenn der Arbeitgeber durch irreführende oder falsche Angaben veranlaßt worden ist, zur Vorstellung aufzufordern. Die Geltendmachung eines Ersatzanspruches würde jedoch gegen Treu und Glauben verstoßen, wenn ein Arbeitnehmer die Reise in der Absicht antreten würde, die Stellung nicht anzunehmen. Es ist aber kaum wahrscheinlich, daß jemand eine solche Reise zum Vergnügen unternimmt.

In der Praxis ist es vielfach so, daß der Arbeitnehmer nicht aufgefordert wird, sich vorzustellen, sondern daß der Arbeitgeber ihm die Vorstellung anheimstellt. In einem derartigen Fall gibt es keine Möglichkeit, durch eine Klage Ersatz der Vorstellungskosten zu erhalten. Man muß sich also rechtzeitig Klarheit verschaffen, wenn man die Vorstellungskosten erstattet haben will. Dieses kann geschehen, indem man sich bei der Bewerbung gegen Erstattung aller Vorstellungskosten zur persönlichen Vorstellung bereit erklärt. Wird die Vorstellung vom Arbeitgeber anheimgestellt, so muß zurückgefragt werden, ob der Arbeitgeber zur Tragung der Kosten bereit ist. Es empfiehlt sich, bei dieser Gelegenheit die Höhe des zu erstattenden Betrages festzulegen.

Wenn der Arbeitnehmer Ersatz der Reisekosten verlangt, so hat er unter Umständen nur Anspruch auf Fahrgeld. Will er aber auch die Verpflegungs- und Uebernachtungskosten erstattet erhalten, so muß er Ersatz aller Vorstellungskosten fordern. Hinsichtlich der Höhe der Ersatzpflicht ist ferner zu beachten, daß die Aufwendungen nur insoweit zu vergüten sind, als der Beauftragte sie „den Umständen nach für erforderlich halten darf" und sie ihm tatsächlich erwachsen sind. Der Grad der Angemessenheit richtet sich nach der Stellung, die zu besetzen ist, und des weiteren auch nach den persönlichen Verhältnissen des Arbeitnehmers. Der angeforderte Ersatz muß im einzelnen durch Belege erwiesen werden, sofern der Arbeitnehmer solche nach der Verkehrssitte erhält. „Ersparnisse" zu machen, wäre ein strafbarer Betrug. Üblich ist es allerdings, die Vorstellungskosten nach den gleichen Grundsätzen zu bemessen, wie sie bei den Dienstreisen Anwendung finden. Diese Sätze gelten für gewöhnlich als angemessen. Bei Meinungsverschiedenheit darf der Arbeitgeber nicht weniger erstatten und der Arbeitnehmer nicht mehr fordern als es der § 670 BGB. vorschreibt.

Klagen wegen Erstattung der Vorstellungskosten sind nach § 2 Abs. 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes bei dem zuständigen Arbeitsgericht anzubringen. Es ist zweckmäßig, sich vor der Klageerhebung mit einer Berufsorganisation, z. B. dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, zu verständigen.

Zwei Testamente.

Roman von F. Stolze.

Nachdruck verboten.

1. Kapitel.

In dem Gartensaal des Schlosses Moselhorst lag auf einem Ruhebette der Geheime Kommerzienrat Ewald von Born. Die fahle Farbe seines von weißen Locken umgebenen Gesichtes, das schmerzhafte Zucken der Züge, alles deutete auf ein schweres Leiden. Ein in einer Nische stehendes, durch eine spanische Wand verdecktes Tischchen mit chirurgischen Instrumenten, um das zwei Aerzte beschäftigt waren, ließ erkennen, daß es sich um einen schweren Eingriff in den menschlichen Organismus handelte. Aber noch schien eine Hauptperson zu fehlen, ohne die man das gefährliche Werk nicht beginnen mochte. Die erwartungsvollen, durch die Fenster hinausgerichteten Blicke der sich leise in dem weiten Raum bewegenden Diener ließen keinen Zweifel daran.

„Kommt der Oberst noch immer nicht?" flüsterte der Kranke.

Einer der Aerzte trat zu ihm und sagte in beschwichtigendem Ton:

„Beunruhigen Sie sich nicht, Herr Geheimrat. Es ist kaum eine Stunde vergangen, seit der Bote fortritt, und gerade um diese Zeit ist die Amtsstunde des Herrn Amtsvorstehers. Er kann beim besten Willen kaum schon hier sein!"

Mit einem Seufzer schloß der Kranke die Augen.

Da tönte von fern her leises Pferdegetrappel. Es kam näher und näher und hörte plötzlich auf. Das Gartentor klirrte, schnelle Schritte erklangen auf dem Kies, und durch die von einem der Diener weit geöffnete, zum Garten führende Tür trat die hohe Gestalt des Oberst von Leppel herein.

„Gottlob! daß Sie kommen!" rief der Kranke „und streckte ihm die zitternde Hand entgegen.

„Das war doch selbstverständlich!" erwiderte der Oberst. „Ist's also wirklich so weit?"

Und er sah sich mit prüfendem Blicke um.

„Jawohl, Herr Oberst," erwiderte der Arzt, der schon vorher gesprochen hatte. „Der Eingriff muß durchaus noch heut stattfinden. Aber der Herr Geheimrat wünschte nicht nur Ihre Gegenwart dabei, sondern möchte auch vorher noch in Ihrer Eigenschaft als Amtsvorsteher einiges mit Ihnen abschließen."

„Potz Element," rief der Oberst und wandte sich zu dem Kranken, „haben Sie sich wirklich endlich dazu entschlossen? Das ist mir bei allem Unglück eine ganz unverhoffte Freude!"

„Ich verstehe Sie wohl," entgegnete der Kranke, „und ich will auch wirklich ein zweites Testament machen. Aber ganz so einfach, wie Sie sich's denken, wird die Sache doch wohl nicht werden. Denn ich habe noch immer meine Zweifel."

„Ich möchte bitten," schob der Arzt ein, „die Sache möglichst zu beschleunigen. Es ist jetzt elf Uhr, und Sie bedürfen, bevor wir zu dem Eingriff schreiten, durchaus noch einiger Stunden ungestörter Ruhe, die Sie erst finden werden, wenn Sie Ihr Herz erleichtert und Ihre endgültigen Bestimmungen getroffen haben."

„Sie haben recht," rief der Oberst, „beginnen wir, Sie, meine Herren," fuhr er zu den Aerzten gewendet fort, „darf ich wohl ebenso wie die übrigen Anwesenden bitten, während der Aufnahme des Dokumentes das Zimmer zu verlassen, falls nicht der Testator selbst die Gegenwart irgend jemandes wünschen sollte. Natürlich werde ich, wenn sein Befinden irgendwelche Hilfe nötig machen sollte, die Aufnahme unterbrechen und Ihren Beistand in Anspruch nehmen."

Der Kranke nickte beistimmend mit dem Kopfe. Das Zimmer entleerte sich, der Oberst nahm an dem breiten Tisch neben dem Ruhebette Platz, schob das Papier zurecht, tauchte die Feder ein und wandte sich dann gegen den Kranken:

„Vor allen Dingen lassen Sie mich wissen, ob es sich nur um einen Zusatz zu Ihrem Testament vom 2. April 1882 handelt, in welchem Sie Ihre einzige Tochter Herta und im Falle ihres vorzeitigen kinderlosen Ablebens deren Mann, Ihren Neffen und Schwiegersohn Hauptmann a. D. von Born zum Universalerben ernannten, oder ob Sie die Ungültigkeitserklärung des ganzen Testamentes und die Errichtung eines völlig neuen im Sinne haben?"

„Das letztere," rief mit schwacher, aber eifriger Stimme der Leidende. „Sehen Sie, Oberst, die Verhältnisse haben sich seit jener Zeit völlig geändert. Als ich meinen Neffen Kurt von Born und Arnold Werner erklärte, daß mein Vermögen selbstverständlich einmal an meine Tochter Herta und deren zukünftigen Mann übergehen werde, daß mir aber jeder von ihnen beiden als Schwiegersohn willkommen sein würde und daß es daher nur auf sie ankomme, sich Hertas Neigung zu gewinnen, versicherte mir Kurt, daß er schon von früh auf für Herta geschwärmt habe und glaube, daß auch sie ihn gern habe; Arnold dagegen eröffnete mir zu meiner höchsten Ueberraschung, daß er sich während seines mehrjährigen Aufenthalts in England mit einem zwar reizenden und höchst liebenswürdigen, aber völlig mittellosen Mädchen verlobt habe und daher an eine Verbindung mit Herta unmöglich denken könne. Er fügte hinzu, daß er hoffe, ich würde gegen seine Verbindung mit der Engländerin nichts einzuwenden haben, sondern würde ihm mit seiner zukünftigen Frau mein väterliches Wohlwollen wie bisher bewahren."

Erschöpft ließ der Kranke sein Haupt aufs Kissen zurücksinken. Gespannt war der Oberst seinen Worten gefolgt.

„Und da haben Sie wohl . . ." begann er mit gedämpfter Stimme.

„Jawohl," raffte sich der andere wieder auf, „da habe ich ihn mit Vorwürfen überschüttet. Ich habe ihm vorgehalten, daß ich ihn, als seine Eltern in Armut starben, wie einen Sohn aufgenommen, daß er mir seine ganze Ausbildung verdanke, daß er mein besonderer Liebling gewesen sei, und zuletzt verlangte ich von ihm — —"

„Doch nicht, daß er sich von seiner Braut trennen solle?"

„Ja, ich tat's!" ächzte der Kranke. „Es war eine furchtbare Szene!

Er erklärte mir, daß er nicht ruhen werde, bis er mir jeden Pfennig, den ich auf ihn verwendet hätte, zurückgezahlt habe, und verließ mich. Von Jahr zu Jahr ist mir dann durch ein englisches Bankhaus unter der Bezeichnung Erziehungsgelder eine Summe zugegangen. Ich habe die Annahme verweigert. Sie ist mir aber immer wieder zugesandt worden, mit der Bemerkung, daß ich sie für milde Zwecke verwenden solle. Vergebens habe ich versucht, Arnolds Aufenthalt ausfindig zu machen. Nur so viel habe ich mit Sicherheit in Erfahrung gebracht, daß er in den englischen Kolonien lebt, daß er verheiratet sein und einen Sohn besitzen soll."

„Und da bereuten Sie Ihre Handlungsweise?"

„Zuerst nicht. Erst als ich allmählich erkannte, daß meine Tochter mit ihrem Mann nicht glücklich lebte, als sie mehr und mehr dahinwelkte und endlich starb, gingen mir die Augen auf. Ich sah ein, daß mein Schwiegersohn Herta niemals wirklich geliebt hatte und daß es ihm nur um die reiche Erbschaft zu tun gewesen war. Denn er tröstete sich schnell über den Tod seiner Frau und bringt, wie Sie ja wissen, jetzt den größten Teil seiner Zeit in Paris im Verkehr mit der dortigen Lebewelt zu. Ich fürchte, daß von Hertas bedeutender Mitgift nicht mehr viel übrig ist."

„Und was gedenken Sie demgegenüber in Ihrem neuen Testamente zu bestimmen?"

„Ich kann Kurt, da er einmal mein Schwiegersohn ist, natürlich nicht völlig enterben. Aber ich will auch nicht mit ansehen, wie er mein sauer erworbenes Vermögen im Spiel und mit Damen der Halbwelt vergeudet. Ich beabsichtige daher, ihn für seine Lebenszeit auf eine feste, aber sehr auskömmliche Rente zu setzen."

„Vortrefflich! Aber was soll im Falle Ihres doch immer möglichen Abscheidens mit Ihren Gütern und Ihrem großen Kapitalvermögen geschehen? Wollen Sie Ihren Neffen Arnold wirklich endgültig enterben?"

Der Kranke schloß die Augen und bewegte sich unruhig hin und her. Er schien schwer mit sich zu kämpfen, raffte sich dann aber energisch auf, blickte den Oberst scharf an und sagte:

„Ich hätte längst Schritte getan, um das Unrecht, das ich ihm anscheinend zugefügt hatte, wieder gutzumachen.

Denn es imponierte mir sehr, daß er sich nicht, wie Kurt, durch Geldrücksichten bei der Wahl seiner Frau hatte bestimmen lassen, und noch viel mehr, daß er darauf beharrte, mir seine Erziehungskosten zurückzuerstatten, obwohl er ganz auf sich selbst gestellt war. Aber ich war mißtrauisch geworden. Hatte Kurt mich doch auch mit seiner angeblichen Liebe für Herta hinters Licht geführt. Ich beschloß, sicher zu gehen, und wendete mich, da Arnold und seine Braut in England lebten, an ein englisches Auskunftsbureau. Aber was ich da zu hören bekam — —"

„Nun? Ich bin aufs höchste gespannt!" rief der Oberst, als der Kranke zögerte.

„War nichts weniger als zufriedenstellend. Die angebliche Braut war allerdings als bildschön bekannt, aber leider nur zu bekannt, und Arnold — o daß ich es von dem Sohne meiner Schwester sagen muß — nichts Besseres, als ihr . . . Beschützer!"

Bei diesen Worten schlug der Sprechende die Hände vors Gesicht und stöhnte schmerzlich. Der Oberst aber sprang empor, seine Augen flammten und mit vor Zorn bebender Stimme fragte er:

„Wer hat es gewagt, so etwas zu sagen?"

Erstaunt zog der Kranke die Hände vom Gesicht.

„Wer anders als das Auskunftsbureau Thomson und Morris, South Kensington, London. Aber weshalb erhitzen Sie sich so?"

„Weil dies alles nichts als Lüge, gemeine, hinterlistige Lüge ist!"

„Lüge? Ich wollte, es wäre so. Aber wie können Sie das behaupten?"

„Weil ich Arnold Werner seit dem Tage, wo Sie ihn verstießen, niemals aus dem Gesicht verloren habe, weil ich mit ihm bis auf den heutigen Tag in Briefwechsel stehe und ihn als den ehrenwertesten, anständigsten Mann kenne, der sich durch eigene Kraft zu einer geachteten Stellung emporgeschwungen hat, die ihn und die Seinen reichlich nährt."

„Das soll mich aufrichtig freuen — — wenn es wahr ist," entgegnete zögernd der Kranke.

„Wie, Sie zweifeln an meinem Wort?" fragte der Oberst in gereiztem Ton

Vermischtes.

Versuchter Mord und Selbstmord. Gestern vormittag versuchte der 56jährige Tischlermeister Jakob in Mosen seinen 22jährigen Sohn durch fünf Revolverschüsse in den Rücken zu töten. Der Sohn wurde schwer verletzt in das Geraer Krankenhaus übergeführt. Der Vater tötete sich darauf selbst durch einen Schuß in den Mund. Beide lebten seit langer Zeit in Unfrieden.

Zwei Schwerverletzte bei einem Hauseinsturz. Auf unaufgeklärte Weise ist gestern mittag in Sonneburg ein Haus, in das Geschäftsräume eingebaut werden sollten, zusammengestürzt. Zum Glück waren die Wohnungen wegen des Umbaues geräumt, bis auf die Wohnung des Architekten Hohlbein. Wie durch ein Wunder wurde Hohlbein jedoch gerettet, während der Maurermeistersohn Maier und ein Bauhandwerkslehrling schwere Verletzungen davontrugen.

Der Rostocker Schleppdampfer Steinmetz auf der Warnow gesunken. Der Schleppdampfer Steinmetz leistete am Dienstag nachmittag dem von der Neptunwerft kommenden rumänischen Staatsdampfer Oituz Hilfsdienste. Bei Groß-Klein kam der vorauslaufende Schleppdampfer ins Eis, wodurch seine Fahrt gemindert wurde. Dem in Fahrt befindlichen nachfolgenden großen Dampfer Oituz war es nicht mehr möglich aufzustoppen. Er überrannte den Schlepper Steinmetz und drückte ihn in Grund. Hierbei ertrank der Maschinist, während der Schiffer sich retten konnte.

Typhuserkrankungen im Kreise Alfeld. In Duingen sind 16 Personen an Typhus erkrankt, die ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Erkrankten bezogen ihr Wasser aus einem gemeinsamen Brunnen. Behördlicherseits sind die notwendigen Isolierungsmaßnahmen durchgeführt worden. Die Krankheitsfälle verlaufen im allgemeinen leicht, nur ein Fall gibt zu Bedenken Anlaß.

Erdstöße in Palästina. Gestern vormittag wurde in Jerusalem ein leichter Erdstoß verspürt. Berichte aus dem Bezirk Jericho besagen, daß solche Erdstöße im Jordantal und um das Tote Meer herum erfolgen, doch ist bis jetzt kein Schaden gemeldet.

Drohende Naturkatastrophe. In der Sundastraße zwischen Java und Sumatra liegt der Krakatau. Das ist jener Vulkan, der der älteren Generation noch durch seine fürchterliche Eruption im Jahre 1883 bekannt sein wird. Der damalige Ausbruch hat den größten Teil der Insel völlig vernichtet; der Krater verschwand unter dem Meeresspiegel. Das Ereignis war von einer so gewaltigen Flut begleitet, daß dem entfesselten Element mehr als 35 000 Menschen zum Opfer gefallen sind. In letzter Zeit hat nun der seither erloschen scheinende Vulkan wieder seine Tätigkeit aufgenommen, und unter Leitung des holländischen Geologen Stehn ist eine Expedition ausgesandt worden, deren Aufgabe es ist, die Vorgänge zu beobachten. Der Forscher hat festgestellt, daß sich der Vulkan in einer Tätigkeit befindet, die von Tag zu Tag an Umfang zunimmt. Aus der Tiefe werden unendliche Mengen von Lava und Asche emporgeschleudert. Und man hatte Gelegenheit, Wasser- und Dampfsäulen festzustellen, die eine Höhe von 650 Metern erreichten. Es ist begreiflich, wenn die Bevölkerung der Umgebung sich durch das ständige Steigen der vulkanischen Erscheinungen sehr beunruhigt fühlt und um ihre Existenz fürchtet, aber bei allem Fortschritt der Wissenschaft gibt es wenigstens im Augenblick wohl kaum ein Mittel, derartigen Katastrophen, selbst wenn man sie nahen sieht, Einhalt zu gebieten oder auch nur ihre Wirkung abzuschwächen, so daß einzig die Hoffnung bleibt, daß der Ausbruch den vorhergehenden Ereignissen an Stärke nicht gleichen möge.

Rätselhafte Brandkatastrophe. Aus Budapest wird gemeldet: Polizei und Feuerwehr werden durch eine rätselhafte Brandkatastrophe beschäftigt, der die 68jährige Witwe eines steinreichen Grundbesitzers, des ehemaligen K. u. K. Kämmerers Wolfgang von Szentivany in ihrer Wohnung im Josefstädter Bezirk zum Opfer gefallen ist. Die verkohlte Leiche wurde gestern früh in dem völlig niedergebrannten Schlafzimmer entdeckt. Die Ursache des Brandes war bisher nicht aufzuklären. Da die Wohnung vollständig ausgebrannt ist, ist zur Zeit nicht festzustellen, ob auch alle Wertgegenstände verbrannt sind oder ob Brandstiftung zum Zwecke der Beraubung vorliegt. — Zu obiger Meldung wird noch mitgeteilt, daß der zur Hilfe eilende Arzt Dr. Harmos mit schwerer Gasvergiftung ins Spital gebracht werden mußte. Nach der polizeilichen Untersuchung ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß Frau Szentivany, die über ein bedeutendes Vermögen verfügte, einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, um so mehr, als die Leiche unter dem Bett aufgefunden wurde.

80 Pachtgüter auf Rügen stillgelegt. Der „Pommerschen Tagespost" wird von ihrem Sonderberichterstatter auf Rügen gemeldet: Die zwangsläufigen Betriebseinstellungen auf Rügen nehmen einen katastrophalen Umfang an. Bisher liegen 80 Betriebe, davon 45 größere, still. Die Höfe und Aecker sind völlig verödet. Die Arbeiter sind entlassen. Lediglich das Vieh wird durch das fest angestellte Personal gewartet. Die allgemeine Auffassung der Betriebsinhaber geht dahin, daß nur die äußerste Not ihnen diese harten Maßnahmen diktiert habe, nachdem alle Hoffnungen auf Hilfe unerfüllt geblieben sind.

Ein chinesisches Kanonenboot gekentert. Aus einem von den drahtlosen Stationen der pazifischen Küste aufgefangenen Telegramm der Funkstation Wemoung bei Schanghai geht hervor, daß gestern morgen das chinesische Kanonenboot „Haichen" an der chinesischen Küste gekentert ist und kieloben treibt. Die Mannschaft des Schiffes, die 295 Köpfe umfaßt, soll gerettet worden sein. Die genaue Position des Schiffes und sonstige Einzelheiten fehlen noch. Das Schiff hatte eine Wasserverdrängung von 2950 Tonnen.

Gelegenheit macht Diebe. Eine junge Dame tritt aus dem Hause, ihre Tasche am Arm. Eben setzt sie den Fuß vor die Tür, als ihr ein junger Mensch die Tasche entreißt und mit Riesenschritten die Flucht ergreift. Die junge Dame folgt ihm natürlich, so schnell sie es vermag. Unterwegs nimmt ein Herr mit ihr die Verfolgung auf. Der Räuber rettet sich auf eine Straßenbahn, nicht ohne vorher die Tasche fortgeworfen zu haben, um sich zu entlasten. „Heben Sie auf!" ruft die Dame ihrem Helfer zu, und sie selber jagt weiter, um den Bösewicht doch noch festzustellen. Denn sie hat sich über seine Frechheit zu sehr geärgert. Es gelingt ihr auch, die Verhaftung zu erwirken. Dann wendet sie sich beruhigt dem Herrn zu, der ihre Tasche in Verwahrung nahm. Sie sucht; aber er ist fort, er ist wie vom Erdboden verschluckt, natürlich mit der Tasche. Heben Sie auf! hatte sie ihm zugerufen, und das scheint er mißverstanden zu haben. Man soll eben nicht nur einem, sondern auch zwei Menschen nicht zu sehr trauen!

Urteil im Raubmordprozeß Mioska. Wegen Mordes und schweren Raubes hatte sich vor dem Oppelner Schwurgericht der Hüttenarbeiter Vinzenz Lachetta zu verantworten. Der Angeklagte hatte mit mehreren Komplizen, die nach Ostoberschlesien flüchten konnten, im Dezember 1920 die Wirtschafterin des Teichwächters Mioska in einem Dorfe im Kreise Guttentag überfallen, um sie zu berauben. Als die Räuber das Gehöft betraten, stellte sich ihnen, durch das Bellen des Hofhundes aufmerksam gemacht, der Besitzer entgegen. Er wurde von den Räubern durch zwei Schüsse in die Brust niedergestreckt und starb am folgenden Tage. Nachdem die Banditen auch noch den Schwiegervater des Getöteten, der zu Hilfe eilen wollte, angeschossen hatten, verschwanden sie. — Der Staatsanwalt hatte auf Todesstrafe plädiert; das Gericht nahm aber nur versuchten schweren Raub an und verurteilte Lachetta zu 12 Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Eine ungetreue Buchhalterin. Nach Unterschlagung von 18 000 Mark ist aus Potsdam die Buchhalterin Eva Chevalier geflüchtet, die dort seit Jahren beim Potsdamer Beamtenverein tätig war. Von den veruntreuten Geldern hat sie 8000 Mark einer Freundin in Potsdam geschenkt. Wie die Ermittelungen ergaben, reichen die Unterschlagungen bis in das Jahr 1926 zurück. Der Polizei hatte die Buchhalterin vor ihrer Flucht eine genaue Aufstellung der unterschlagenen Gelder zugeleitet.

Berufung des Amtsrats Kühne. Der vom Erweiterten Schöffengericht Potsdam wegen Diebstahls silberner Löffel verurteilte Amtsrat Kühne hat gegen das Urteil in vollem Umfange Berufung eingelegt. Gleichzeitig legte auch der Staatsanwalt Berufung ein. Der neue Prozeß wird vor der Großen Potsdamer Strafkammer verhandelt werden.

Der Fahnenraub am Hindenburgtag. Zwei kommunistische Arbeiter, die am 2. Oktober einem alten Herrn, der als Delegierter des Kreises Brieg mit seiner Fahne zum Sammelplatz ging, gewaltsam unter schweren Mißhandlungen diese Fahne entrissen hatten, um sie nachher zu vernichten, wurden vom Großen Schöffengericht Berlin-Tempelhof wegen gemeinschaftlicher Nötigung in Tateinheit mit Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte wegen der Hoheit der Tat ein Jahr sechs Monate Gefängnis, drei Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung beantragt.

Ein 1800 Jahre altes Grab in Baden aufgefunden. Bei Rheinfelden stieß man in einer Kiesgrube auf ein Alemannengrab, dessen Alter auf 1800 Jahre geschätzt wird. Das Grab zeigt in erkennbarer Form die Gebeine einer Frau, eines Mannes und eines Kindes. Außerdem wurden verschiedene Gegenstände aus Silber, ein Gürtelschloß und andere Schmucksachen und viele Tonscherben gefunden.

„Nicht an Ihrem Wort, lieber Freund," erwiderte beschwichtigend der Leidende, „wohl aber an dem Ihres Bewährsmannes, der doch wohl niemand anders als der Beschuldigte selbst ist."

„Ich halte es für ganz unmöglich, daß irgendein Mensch zwanzig Jahre lang seinen wahren Charakter so hätte verbergen können. Irgendwo wäre sicher der Pferdefuß einmal zum Vorschein gekommen. Aber nie ertappte ich ihn auf dem geringsten Widerspruch. Von dem Augenblick an, da er mir seine Vermählung mit Miß Helen Taylor anzeigte —"

„Tat er das wirklich?"

„Gewiß! Von diesem Augenblick an hat er mich über seinen ganzen Lebenslauf unterrichtet."

„Er wird darauf gerechnet haben, daß Sie mir alles mitteilen!"

„Weit gefehlt. Er legte mir im Gegenteil Verschwiegenheit auf, von der er mich nur für den Fall entband, daß Sie selbst Auskunft über ihn verlangten."

„Das klingt allerdings ganz wie Wahrheit. Und was hat er sonst über seinen Lebenslauf berichtet?"

„Er hatte sich durch seine Tüchtigkeit zum Oberingenieur einer der ersten englischen Brückenbau-Firmen, der British Steel Manufacturing Works emporgeschwungen und lebte in angenehmen Verhältnissen. Seine Frau hatte ihm einen Sohn und eine Tochter geschenkt, die beide wohl gediehen. Da, vor etwa acht Jahren, bot ihm das Werk die selbständige Uebernahme seiner großen Filiale in Bombay an, und er siedelte mit seiner Familie nach Indien über, wo er seitdem ununterbrochen gelebt hat. Nächstens allerdings wird er, wie mir sein letzter Brief anzeigte, mit Frau und Kindern eine Erholungsreise nach Deutschland und England antreten."

Schon während der letzten Worte des Obersten hatte sich der Kranke, ohne Rücksicht auf seine Schmerzen, krampfhaft auf seinem Lager aufgerichtet und rief mit erstickter Stimme:

„Wie um Himmels willen soll ich das mit der mir gewordenen Auskunft vereinbaren?"

„Ruhe, mein Freund, Ruhe, oder Sie werden sich ernsthaft Schaden tun," erwiderte der Oberst, indem er den Kranken mit sanfter Gewalt wieder aufs Lager zwang. „Zu vereinbaren ist hier freilich nichts, sondern nur festzustellen, woher dieser unbegreifliche Widerspruch stammt. Ich sehe nur zwei Möglichkeiten."

„Reden Sie, ich beschwöre Sie!"

„Entweder es handelt sich um einen Irrtum von Thomson u. Morris, eine immerhin mögliche, wenn auch schwer zu entschuldigende Namenverwechslung, oder um einen Schurkenstreich."

Der Leidende schüttelte den Kopf.

„Welches Interesse könnten Thomson u. Morris daran haben?"

„Weiß ich's?" entgegnete der Oberst. „Aber wenn ich nach einem alten kriminalistischen Grundsatze frage: cui bono — —"

„Um Himmels willen, Sie denken doch nicht an Kurt?"

„Ich will nichts gesagt haben. Aber möglich ist vieles."

Eine dumpfe Stille folgte. Da klopfte es an die Tür, der Arzt steckte den Kopf herein und sagte:

„Herr Oberst, ich muß dringend bitten, die Aufnahme des Dokumentes zu beschleunigen. Wenn der Kranke vor der Operation nicht mindestens zwei Stunden Ruhe hat, stehe ich für nichts."

Dann schloß sich die Tür wieder.

„Der Doktor hat recht," rief der Oberst. „Also sagen Sie mir schnell, was ich schreiben soll."

Nach kurzem Bedenken sagte der andere:

„Schreiben Sie zunächst, daß ich, der Geheime Kommerzienrat Ewald Born, mein Testament vom 2. April 1882 für ungültig erkläre. Und dann, Oberst, wenn Sie wirklich fest davon überzeugt sind, daß Arnold die angesehene Stellung in Bombay einnimmt, von der Sie mir erzählt haben —"

„Ich bin nicht nur davon überzeugt, sondern ich weiß es auch, denn ich habe mit dem deutschen Konsulat in Bombay seinetwegen korrespondiert."

„Das ist gut. Dann schreiben Sie also, daß ich denjenigen von meinen Neffen Kurt und Arnold, der als erster eheliche Kinder hat, oder seine Erben zu meinem Universalerben bestimme, während der andere eine jährliche Rente von fünfzigtausend Mark erhalten soll. Genügt keiner von beiden der Bedingung, so soll dieselbe Rente an beide ausgezahlt werden, mein übriges Vermögen aber dem Reich zur Vermehrung der deutschen Flotte anheimfallen. Sind Sie zufrieden?"

„Durchaus!" rief der Oberst. „Sie wollen eben ganz sicher gehen und trauen dem Frieden noch nicht völlig. Nun aber ruhen Sie sich, während ich das Testament in Duplikaten ausfertige; denn das ist der Sicherheit halber doch wohl erforderlich. Dann lese ich es Ihnen vor Sie, unterschreiben beide Ausfertigungen und die Herren Aerzte können Ihre Unterschrift bestätigen."

Eine halbe Stunde später war der Akt vollzogen, und mit einem Seufzer der Erleichterung ließ sich der alte Herr in sein Lager zurücksinken.

2. Kapitel.

Die Operation war glücklich vorübergegangen, und der Patient hatte sie leichter überstanden, als die Aerzte es eigentlich erwartet hatten. Offenbar war die seelische Entlastung vom günstigsten Einfluß auf seinen Zustand gewesen, und man konnte erwarten, daß er sich, wenn nicht ganz unvermutete Zwischenfälle einträten, überraschend schnell erholen würde. Der Oberst hatte ihn wiederholt besucht und hatte zuletzt das Gespräch auf die Schritte gelenkt, die zu tun seien, um festzustellen, inwieweit Arnold den neuen testamentarischen Bestimmungen entspräche. Der Oberst hatte mit dem Einverständnis des Geheimrats in seinem Namen an die Londoner Auskunftei geschrieben und eine nähere Begründung ihrer über Arnold Werner gemachten Angaben verlangt. Die Antwort konnte jeden Augenblick eintreffen. Inzwischen drängte der Oberst den Freund, seine Zustimmung dazu zu geben, daß er Arnold mit den veränderten Verhältnissen bekannt machen und ihm vielleicht sogar das eine Exemplar des neuen Testaments zusenden dürfe, damit er daraus ersähe, wie wichtig es für ihn sei, alle für den Nachweis der Legitimität seiner Kinder erforderlichen Maßregeln zu treffen.

Der Geheimrat sträubte sich noch immer gegen Schritte dieser Art. Er meinte, die Gerechtigkeit erfordere, ehe man etwas Genaueres über die rätselhaften Widersprüche in betreff Arnolds wisse, entweder seine beiden Neffen darüber im dunkeln zu lassen, oder beide davon zu unterrichten. Man erwog eben eifrig das Für und Wider, als der Diener den erwarteten Brief aus London brachte und ihn in die Hände des Geheimrats legte.

Tief erregt hielt dieser ihn schwankend in der Hand, ohne sich zur Eröffnung des entscheidenden Schriftstückes entschließen zu können. Endlich reichte er ihn dem Oberst, der sofort die Hülle löste und schnell den Inhalt überflog.

„Ha," rief er, „das ist allerdings überraschend. Hören Sie!

Geehrter Herr!

Auf Grund Ihres Schreibens und der Angaben über die Auskunft, die Ihnen angeblich von uns über eines Herrn Arnold Werner Verhältnisse zugegangen sein soll, haben wir sofort unsere Bücher aufs sorgfältigste geprüft und können Ihnen versichern, daß uns von Ihnen niemals eine Anfrage über oben genannten Herrn zugegangen ist, und daß wir daher auch niemals eine solche Auskunft über ihn an Sie gesendet haben. Wir haben jetzt sofort Erkundigungen über ihn eingezogen und können Ihnen infolgedessen einstweilen die nachstehenden Mitteilungen über diesen Herrn machen. Er war in den Jahren 1879 bis 1882 als Volontär bei den British Steel Manufacturing Works tätig gewesen, wo er sich durch gründliches Wissen und Können hervortat. 1882 trat er als Angestellter in den Dienst der Gesellschaft und brachte es schon 1885 zum Oberingenieur. In dieser Stellung bewährte er sich durch geniale schöpferische Arbeiten so, daß ihm die Gesellschaft 1894 den frei gewordenen Posten eines Direktors ihres großen Tochterwerks in Bombay übertrug, wo er noch jetzt in gleicher Stellung tätig ist und sich besonders durch geniale Brückenkonstruktionen einen Namen erworben hat. — Was seine Familienverhältnisse anlangt, so ist er seit 1882 mit einer Dame aus Schottland verheiratet, von der er zwei Kinder hat. Alle drei haben ihn nach Bombay begleitet.

Wie Sie hieraus ersehen, entspricht die Ihnen früher unter Mißbrauch unseres Namens zugegangene Auskunft in keiner Weise den Tatsachen. Es liegt uns alles daran, die Person ausfindig zu machen, die unsere Firma in ein so schiefes Licht gestellt hat. Sie würden uns daher verpflichten, wenn Sie uns umgehend wissen ließen, ob jene gefälschte Auskunft auf demselben Firmenpapier geschrieben war, wie dieser Brief. Wir benutzen seit mehr als 50 Jahren denselben Druck. Noch lieber wäre es uns, wenn Sie uns das Original jener Auskunft selbst zusenden wollten, da wir durch Schriftvergleichung vielleicht den Urheber des Verbrechens ausfindig machen können.

Ihre
hochachtungsvoll ergebenen
Thomson u. Morris."

Starr blickten die beiden Freunde sich an. Endlich rief der Oberst: „Zweifeln Sie nun noch?"

„Nein, nein! O mein Gott, das ist tausendmal schlimmer, als ich gedacht hatte!"

„Was haben Sie nur? Ich begreife Sie nicht! Beruhigen Sie sich doch!"

„Bin ich denn mit Blindheit geschlagen gewesen? Wo ich hätte vertrauen sollen, habe ich gemißtraut, und wo ich hätte mißtrauen sollen, vertraut. So hören Sie denn: Kurt war es, der mich auf die Firma Thomson u. Morris aufmerksam machte, als ich den Wunsch aussprach, Näheres über Arnolds Verhältnisse und seinen Aufenthalt in Erfahrung zu bringen, um ihm seine Rückzahlungen wiedererstatten zu können, und ihm diktierte ich den Brief an die Firma. Hatte er doch immer ein gutes Wort für seinen Vetter bei mir eingelegt, und schien erfreut, als ich Schritte tun wollte, um die Verbindung mit ihm wieder anzuknüpfen."

„Das sieht ja allerdings sonderbar aus. Sie haben aber doch auch die erste Auskunft direkt von der Firma auf ihrem Geschäftspapier erhalten, so daß eine Fälschung kaum möglich ist."

„Allerdings war das Papier wohl dasselbe. Bitte, sehen Sie doch in meinen geheimen Familiendokumenten in dem Schrank dort drüben unter Thomson u. Morris einmal nach, damit wir Gewißheit erhalten."

Er gab dem Oberst den zierlichen kleinen Schlüssel zu dem stählernen Wandschrank, und sie konnten bald die beiden Dokumente miteinander vergleichen. Nicht nur der Ausdruck, auch die Papiersorte stimmte genau überein.

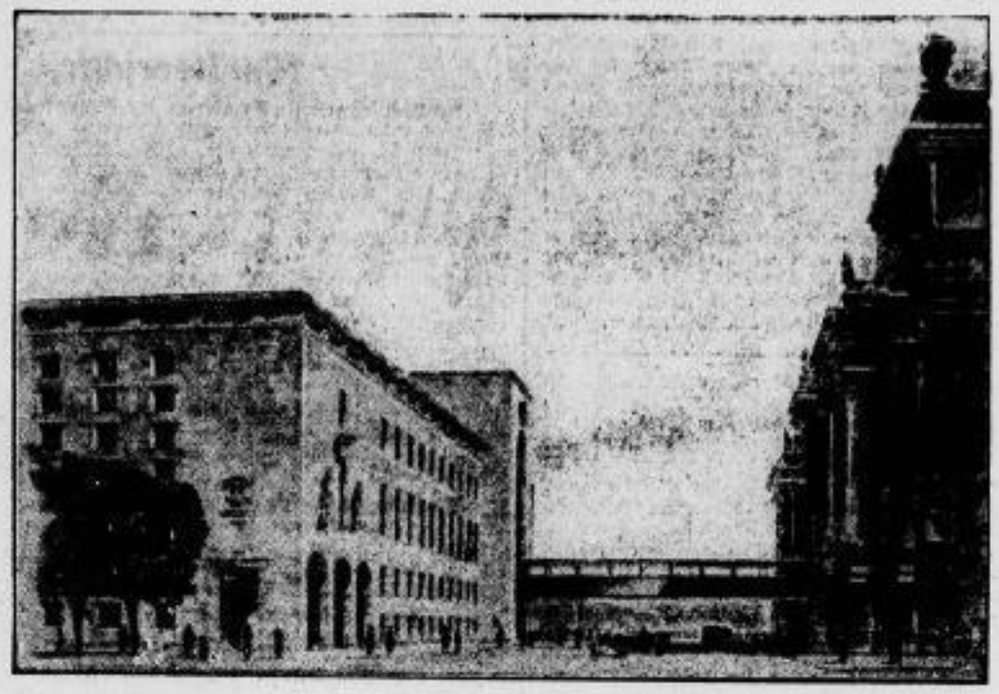
Fortsetzung folgt.

SLUB
Wir führen Wissen.

Zur Etatbesprechung im Reichstag.
Links: Reichsfinanzminister Köhler.
Rechts: Der sozialdemokr. Abg. Severing

Indianer-Ehrung Carl Mays.

Eine in Deutschland weilende Indianer-Abordnung aus Dagota (Amerika) legte am Grabe des berühmten deutschen Indianer-Schriftstellers Carl May in Dresden zu Ehren des Verstorbenen einen Kranz nieder. Der Führer der Indianer-Abordnung, Big Snake, genannt „Die große Schlange" hält die Gedenkrede.

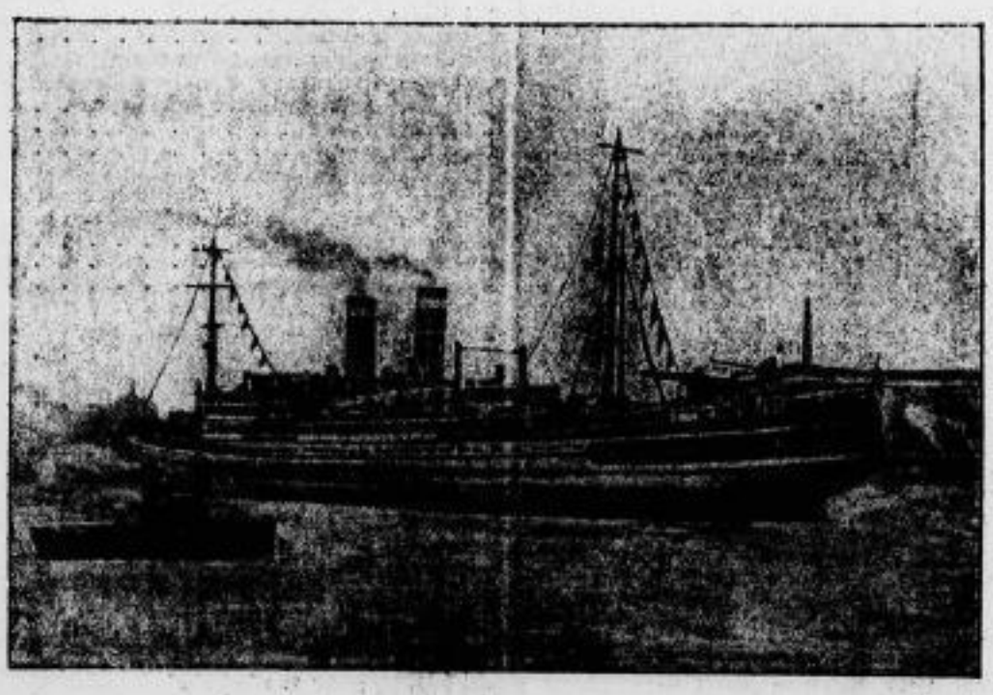


Der Erweiterungsbau des Reichstages.
Der mit einem 2. Preis ausgezeichnete Entwurf „Wallot" des Frankfurter Architekten Schaupp.

Da der alte Wallotbau für unsere zahlreichen Volksvertreter viel zu klein geworden ist, muß ein Anbau vorgenommen werden, für den bis jetzt 288 Entwürfe eingegangen sind. Von den Arbeiten wurden drei mit dem zweiten Preis ausgezeichnet, ein erster Preis gelangte nicht zur Verteilung. Außerdem sind drei Entwürfe vom Reichstag angekauft worden.

Der Presse entgegen.
Die „Rheinhalle" mit dem „Presse-Turm".

Die in langer Front am Rhein gelegene „Rheinhalle" der internationalen Kölner Presse-Ausstellung wird im Untergeschoß die Gruppe „Tagesztg." und im Obergesch. die „Zeitschriftenabteilg." aufnehmen. Den Abschluß der Halle nach Norden bildet der 80 Meter hohe Presse-Turm, der das Wahrzeichen des 500 000 Quadratmeter großen Ausstellungsgeländes ist. Das oberste Stockwerk des Turmes wird ein Kaffee enthalten.



Der einzige Vergnügungsreisen-Dampfer Deutschlands.

Der einzige ausschließlich für Vergnügungsreisen bestimmte Dampfer Deutschlands „Ozeana" (Hamburg-Amerika-Linie) tritt demnächst seine erste Mittelmeerreise an. Er wird ein fünfsitziges Kabinenflugzeug mit sich führen, das die Passagiere unterwegs zu Rundflügen benutzen können.

Geheimrat Dr. Ing. Urbans 80. Geburtstag.

Der hervorragende Berliner Gelehrte Geheimrat Dr. Ing. Urban, feierte dieser Tage seinen 80. Geburtstag. Der Jubilar hat sich bei der Verlegung des Botanischen Gartens und des Botanischen Museums nach Berlin-Dahlem große Verdienste erworben. Seine wissenschaftlichen Arbeiten haben besonders die Disziplinen der Botanik, Morphologie, Biologie und Systematik gefördert. Seit vielen Jahren beschäftigt sich der Gelehrte mit der Erforschung der Flora Westindiens. Sein großes hierauf bezügl. Werk „Symbolae Antillanae" wird demnächst mit dem 9. Bande abgeschlossen werden.

Turnen — Sport — Spiel — Wandern.

RSV.-Fußball.

Kommende Spiele des Meisters.

22. 1. 1928 2 Uhr in Riesa gegen FC. Geringswalde
29. 1. 1928 2 Uhr in Riesa gegen VfB. Leisnig
5. 2. 1928 2 Uhr in Döbeln gegen DSC.
12. 2. 1928 2 Uhr in Rochlitz gegen VfB. Rochlitz
19. 2. 1928 2 Uhr in Riesa gegen SV. Nünchritz.

Also am 5. 2. in Döbeln und am 12. 2. in Rochlitz muß die RSV.-Elf nochmals all ihr Können einsetzen. Beides sind gefährliche Klippen, an denen der RSV. nicht zerschellen darf. —g.

Am Sonntag:

Fußball-Club Geringswalde–Riesaer Sport-Verein in Riesa.

Nach dem großartigen Erfolge der 1. Elf des Riesaer Sportvereins gegen den FC. Roßwein hat der Meister am kommenden Sonntag die 1. Elf des Geringswalder Fußballclubs im Verbandspiel zu Gaste.

Die Geringswalder haben bisher in den Verbandsspielen stets ihren Mann gestellt und ausgerechnet gegen starke Mannschaften recht gut abgeschnitten. In der 1. Runde gelang es ihnen sogar, den Döbelner Sport-Club zu schlagen und dabei noch mit 7:3 Toren. In schon bekannter Weise wird auch Geringswalde keine Ausnahme machen und mit stärkster Elf dem Nordsachsenmeister gegenübertreten, um ein gutes Resultat zu erzielen.

Der RSV. sollte auf Grund seiner letzten Resultate glatt gewinnen. Wir empfehlen ihm jedoch, das Spiel keinesfalls von der leichten Seite zu nehmen — der Schandfleck „Waldheim" sollte ein ewiges Warnungszeichen sein. Der Sturm des Meisters sollte Gelegenheit finden, sich noch besser gegeneinander einzuspielen und versuchen, die ihm noch anhaftenden Mängel abzustellen. — Gelingt ihm das, dann erwarten wir eine hohe Torziffer. — Das Spiel leitet Herr Gericke-Rochlitz und findet nachm. 2 Uhr im RSV.-Park statt.

RSV. Reserve—VfB. Strehla 1.

Im fälligen Verbandsspiel stehen sich vorm. 10 Uhr im RSV.-Park beide Mannschaften gegenüber. Im Vorspiel hatte der Meister der 2. Klasse RSV. große Mühe, um mit 3:2 die Oberhand zu behalten. Auch am Sonntag sollte die Reserve Obacht geben, damit sie keine Ueberraschung erlebt.

RSV. 3.—Oschatz 2.

heißt die andere Paarung, ebenfalls Verbandsspiel, welches nachm. 2 Uhr in Oschatz steigt. Wenn die 3. Elf spielstark antritt, wie es sich gehört, dürften beide Punkte sicher sein.

Endlich findet noch ein Gesellschaftsspiel zwischen

RSV. 4.—Großenhain 2.

in Riesa, Schwarzen Platz vorm. 10,30 Uhr statt. Die 4. Elf wird sich mächtig strecken müssen, wenn sie gegen die Großenhainer erfolgreich sein will. —a.

•

Das Kreiswintertreffen der Sachsenturner in Oberwiesenthal.

Sachsens Turner erhoffen Schnee, viel Schnee, denn sie wollen am 5. Februar ihr 1. Kreiswintertreffen im höchsten Erzgebirgsstädtchen Oberwiesenthal zur Austragung bringen.

Nachdem der Turnkreis Sachsen der Deutschen Turnerschaft, der in Oberwiesenthal sein geräumiges, herrliches Kreisheim besitzt, Ende Dezember und Anfang Januar zwei Lehrgänge im Schneelauf unter Leitung seines Arlbergschneelauflehrers Eugen Walter aus Galtür in Tirol durchgeführt hat, rüsten die Turnerschneeläufer auf ihr Kreiswintertreffen.

Am Sonnabend, den 4. Februar, ist ein geschlossener Anmarsch der Teilnehmer in Form eines Sternlaufes geplant. Abends findet dann noch eine Kampfrichtersitzung im Kreisheim statt.

Der Sonntag gilt den Wettläufen. Ausgeschrieben sind Langläufe über 12 und 4 Kilometer, ein Mannschaftslauf über 4 Kilometer, ein Sprunglauf und Schneelaufspiele. Für Turnerinnen ist ein Kunstlauf, eine Schußfahrt nach Zeit und ein Mannschaftslauf vorgesehen.

Auch der Eislauf wird zu seinem Rechte kommen. Die herrliche und einwandfreie Eisbahn unmittelbar vor dem Kreisheim ist für Kunstläufe zu Paaren und allein und zu Schnellläufen recht geeignet.

Am Sonntagabend findet nach den Einzelveranstaltungen eine schlichte Siegerfeier im Kreisheim statt.

Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen, sowie die Kampfrichter werden im Kreisheim Unterkunft erhalten.

•

Der Reichspräsident Ehrenvorsitzender der Freunde der Deutschen Hochschule für Leibesübungen.

Reichspräsident von Hindenburg hat den Ehrenvorsitz der Gesellschaft der Freunde der Deutschen Hochschule für Leibesübungen übernommen und damit erneut seine Wertschätzung dieser Anstalt gegenüber bewiesen. Die Gesellschaft der Freunde ist vom Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen begründet worden, um den Ausbau der Hochschule und ihre Unterhaltung durch Geldmittel zu unterstützen und die Ziele, die sich die Hochschule gesetzt hat, geistig zu fördern. An ihrer Stelle steht Staatssekretär a. D. Walther. Die konstituierende Sitzung des Vorstandsrates findet am 30. Januar 1928 in den Räumen der Deutschen Gesellschaft von 1914, Berlin NW, Schadowstr. 7, statt. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Gesellschaft der Freunde in Berlin W 35, Kurfürstenstr. 48.

Gerichtssaal.

Der Unfall eines staatlichen Kraftwagens der Autolinie Großenhain—Radeburg vor dem Landgericht.

Am Nachmittag des 1. August vorigen Jahres hatte sich auf der Staatsstraße Großenhain—Radeburg, und zwar zwischen den Ortschaften Freitelsdorf und Rödern ein Unfall zugetragen, der noch verhältnismäßig glücklich verlaufen ist, sehr leicht aber schlimmste Folgen haben konnte. Als der Kraftomnibus von Großenhain kommend, jene Straßenstrecke in Richtung Radeburg durchfahren wollte, kam ihm der Landwirt Emil Wilhelm Riemer mit zwei zusammengehängten, unbeladenen und von zwei Kühen gezogenen Leiterwagen entgegen. Da dieses Gespann zu weit die Straßenmitte in Anspruch genommen, war der Kraftwagen gezwungen, scharf auszubiegen. Letzterer geriet hierbei zu nahe an die Straßenböschung. Das schwere und zufällig nur schwach besetzte Fahrzeug rutschte hinab und legte sich auf dem dort befindlichen Felde um. Hierbei wurden der 1885 zu Lugau geborene, in Großenhain wohnhafte Führer jenes Kraftwagens, Friedrich Richard Dörr und vier Fahrgäste durchweg leichterer Art verletzt. Nur der Gastwirt Lope aus Naundorf, der einen komplizierten Oberarmbruch erlitten hatte, mußte nach dem Krankenhaus in Großenhain überführt werden. Gegen den Gutsbesitzer Riemer aus Niederrödern und den Kraftwagenführer Dörr wurde ein Verfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung anhängig gemacht. Am 15. November verhandelte das Gemeinsame Schöffengericht Dresden dieserhalb im Gasthofe zum Anker in Niederrödern. Dieser Lokaltermin endete mit der Verurteilung beider Angeklagten. Es wurden der Kraftwagenführer Dörr zu 75 Mark, Gutsbesitzer Riemer zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. — Am Mittwoch hatte sich die 2. große Strafkammer des Landgerichts Dresden als zuständige Berufungsinstanz mit diesem Unfall zu befassen. Um die Schuldfrage erneut und restlos zu klären, wurde abermals im Gasthofe zu Niederrödern ein Lokaltermin abgehalten und die Unfallstelle in Augenschein genommen. Nach erneuter Beweiserhebung wurde bezüglich des Kraftwagenführers Dörr die erstinstanzliche Geldstrafe aufrecht erhalten. Der 40 Jahre alte Angeklagte Riemer kam dagegen etwas milder weg. Dessen Geldstrafe wurde um die Hälfte, auf 150 Mk. herabgesetzt. — Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Dr. Kurth, die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Meiß. Wie im ersten Termin, so wurde auch diesmal die Fahrt der Prozeßbeteiligten in einem Kraftomnibus vorgenommen. Wesentliche neue Momente erbrachte die Berufungsverhandlung nicht. (K—g.)

Wiederaufnahme des Femeprozesses Wilms.

Berlin. (Funkspruch.) **Im Femeprozeß Wilms ist das Urteil des Reichsgerichts, durch das die Revision der zum Tode verurteilten Oberleutnants Schulz und Fuhrmann und Feldwebel Klapproth und Limhofer verworfen ist, jetzt zugestellt. Es umfaßt einige 20 Seiten. Gleichzeitig ist von der Verteidigung ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens bei der zuständigen Strafkammer in Berlin eingegangen.**

Filmschau.

U.-T.-Lichtspiele: „Die Panzerpost." Zur Zeit als Texas von den ersten Kolonisten besiedelt wurde, machte sich in diesem Streifen Landes der Union ein wüstes Strauchräubertum breit. Die einzeln einwandernden Ansiedler wurden überfallen, erschlagen und ihre Wagen geplündert. Dieses Schicksal ereilte auch den Ansiedler Torrens, der mit seinem Weibe, seiner fünfjährigen Tochter und einem zwölfjährigen Waisenknaben gen Westen zog. Nur dem Umstand, daß der Junge auf der Jagd war, konnte der Knabe sein Leben verdanken. Als er zum Lagerplatz zurückkehrte, fand er seine Pflegeeltern erschlagen auf, während das kleine Mädchen von den Räubern entführt worden war. 15 Jahre später ist aus dem kleinen Waisenknaben ein kühner, mutiger Wildwestreiter geworden, Tom Morlen, den man wegen seiner kühnen Verfolgung der Prärieräuber den Bergfalken nennt, denn wie ein Falke stürzt er sich von den Höhen der Berge herab in die Täler, um einzeln reitende Banditen zu vernichten. Immer noch ist er auf der Suche nach seiner kleinen Spielgefährtin Mary, aber immer noch hat er keine Spur von ihr gefunden. Die Prärierbanditen haben sich zu einer gefährlichen Bande zusammengeschlossen, der Bande vom Red River, die, in einem unzugänglichen Felsental versteckt, ihre festverschanzten Schlupfwinkel hat. Der Anführer ist Sam Hardwick, derselbe, dessen Spießgesellen vor 15 Jahren Toms Pflegeeltern erschlugen. Bei der Verfolgung eines Räubers stößt Tom eines Tages auf Sam Hardwick und verletzt ihn schwer durch einen Schuß. Allein Hardwick kann entfliehen und erreicht mit Mühe und Not seinen Schlupfwinkel. Dort übergibt er das Kommando über die Bande seinem Unterführer Tanner. Bei der Bande ist auch Mary, die Hardwick, wie sein eigenes Kind aufgezogen hat und die Hardwick auch für ihren Vater hält. Tanner hat sich in dieses Mädchen verliebt und will sie zur Heirat zwingen. Allein Mary weist den ihr unsympathischen Banditen immer zurück, und lediglich der Autorität ihres Vaters ist es zu verdanken, daß sie Tanner nicht stärker belästigt. Durch die Verwundung Hardwicks ist Tanner der wirkliche Führer der Bande geworden und nutzt seine Macht aus, um die Banditen völlig zu seinen Werkzeugen zu machen. Sein Plan ist, den Alten zu töten und Mary für sich zu gewinnen .... Mit Hilfe der gepanzerten Post gelingt es jedoch Tom Morlen, den Schlupfwinkel zu erstürmen und die Banditen zu verhaften. Morley aber eilt in die Arme Marys.

Zentraltheater Gröba: „Gräfin Plättmamsell." Mieze Lemke ist das goldigste Mädel, das je eine Berliner Plättstube zierte. Sie ist verliebt. Verliebt bis über die Ohren in den flotten Modezeichner Max Keßler in Firma Springer u. Co., den vielbewunderten Don Juan der Vorstadt. Sie konnte ihn aber bisher nur aus der Ferne anschwärmen. Endlich, im Luxapark, kommt die Sache zum Klappen. Bei Sekt und Würstchen wird ein Rendezvous für den nächsten Sonntag in Wannsee verabredet. 32 Grad im Schatten bringen das Blut in Wallung. Maxe ist schon durch einen feschen Mannequin mit Beschlag belegt, als Mieze in Wannsee ankommt. Sie sinnt auf Rache und bringt den des Schwimmens Unkundigen in eine Situation, in der er sich vor rund 40 000 lachenden Zuschauern bis auf die Knochen blamiert. Mieze bereut, sie will ihren Max wieder versöhnen und bringt ihm selbst die Wäsche ins Haus. Er aber speit Gift und Galle: „Was bilden Sie sich eigentlich ein, Sie — Plättmamsell?! Das arme Mädel ist aus allen Wolken gefallen. Tränen in den schönen Augen, wankt sie nach Hause. Aber, was ist geschehen? Ueberall, wo sie sich blicken läßt, wird sie mit devoter Ehrfurcht empfangen. Mieze schwirrt es im Kopfe. Was ist geschehen? — Ach, Mutter Lemke hat ein Geheimnis enthüllt. „Die Mieze, was meine Tochter ist, die ist ein außereheliches Kind, ihr Vater ist Graf, eine richtiggehende Komtesse ist sie also ..." Mieze findet sich verblüffend schnell in ihre neue Rolle. Max nähert sich wieder Mieze, aber nun ist sie es, die ihn zurückweist: „Ich bin eine Komtesse, und was sind Sie?" Max schleicht sich beschämt davon. Da aber bricht Mieze in Tränen aus. Sie hat sich gerächt, aber gern hat sie ihren Max doch und sie bekommt ihn, — denn gar zu bald ist es aus mit der Komtesse.

In den **Luna-Lichtspielen** läuft heute der große deutsche Lustspielschlager **„Der Jüngling aus der Konfektion."** Curt Bois, die Lachkanone wird auch hier bald zum Liebling des Publikums werden. Maria Paudler unterstützt ihn mächtig durch ihre unübertreffliche Soubrettenkunst.

Kunst und Wissenschaft.

Spielplanänderung der Staatsoper. Die erste Aufführung Lortzings „Undine" in der neuen Einstudierung und Inszenierung ist auf Dienstag, den 24. Januar, verschoben worden. Am Sonnabend, den 21. Januar, wird dafür „Mignon" gegeben. Anfang 7 Uhr.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe.

Januar	Moldau Kamaik	Moldau Modran	Eger Laun	Elbe Nimburg	Elbe Brandeis	Elbe Melnik	Elbe Leitmeritz	Elbe Aussig	Elbe Dresden	Elbe Riesa
18.	+ 38	+ 32	+ 58	+108	+171	+102	+105	+132	— 13	+ 62
19.	+ 35	+ 28	+ 34	+ 89	+146	+ 97	+104	+138	— 8	+ 74

Städt. Verkehrsbüro Oberwiesenthal i. Erzg. Tel. 353

Wetter-Bericht

vom 18. Januar 1928, früh 7 Uhr.

	Temperatur Cels.	Barometer Stand:	Schneehöhe	Sport-Verhältnisse Ski	Rodel	Eisbahn
Stadtgebiet:	— 1°	668,5	30 cm	sehr gut		gut
Fichtelberggebiet:	— 4°	658,9	56 cm	sehr gut		gut

Anmerkung: 20—25 cm Neuschnee.

Handel und Volkswirtschaft.

An der Berliner Börse war das Effektengeschäft am Mittwoch sehr still. Infolge der weiteren Versteifung des Geldmarkts mußten die Kurse fast überall nachgeben. Am Rentenmarkt notierte Ablösungsanleihe I 53⅛, II 57⅛, Anleihe ohne Auslosungsrecht 16,40 und Schutzgebietsanleihe 7,87 Prozent. Schiffahrtsaktien waren gefragt und konnten durchweg 1 bis 2 Prozent gewinnen. Bankaktien waren nicht einheitlich. Darmstädter Bank und Berliner Handelsanteile besserten sich um je 1 Prozent. Die Veränderungen bei den Montanaktien waren sehr geringfügig. Ebenso blieben Kaliwerte fast unverändert. Von den Chemischen Werten gingen die Aktien der Farben-Industrie um 3⅛ Prozent zurück. Von den Elektrowerten verloren u. a. Lohmeyer 4⅛ Prozent; von den Maschinen- und Motorenwerten verloren Schubert u. Salzer 5 Prozent. Von sonstigen Werten waren Vereinigte Glanzstoff um 5 Prozent und Bemberg um 2 Prozent niedriger. Der Satz für tägliches Geld stellte sich auf 4½ bis 6 Prozent, für Monatsgeld auf 7½ bis 8½ Prozent. Der Privatdiskont wurde abermals für beide Sichten erhöht und stellte sich auf 6,25 Prozent.

Marktberichte.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 18. Januar. Getreide und Oelsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark. **Weizen,** märkischer 233—236, pomm. —. **Roggen,** märkischer 234—237, märkischer, neu —, pomm. —. **Gerste,** Sommergerste 220—269, neue Wintergerste —. **Hafer,** märkischer 200—211, schlesisch. —. **Mais,** loco Berlin 213—215, Waggon frei Hamburg —. **Weizenmehl,** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 30,00—34,00. **Roggenmehl** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 31,00—33,75. **Weizenkleie,** frei Berlin 15,00. **Roggenkleie,** fr. Berlin 15,00. **Raps** 345—350. **Leinsaat** —. **Viktoria-Erbsen** 51,00—57,00, **kl. Speise-Erbsen** 32,00 b. 35,00. **Futtererbsen** 21,00—22,00. **Peluschken** 20,00—21,00. **Ackerbohnen** 20,00—21,00. **Wicken** 21,00—24,00. **Lupinen,** blaue 14,00—14,75, gelbe 15,70—16,10. **Serradella,** neu 21,00—23,00. **Rapskuchen** Basis 38%, 19,90—20,10. **Leinkuchen** Basis 37%, 22,10 bis 22,40. **Trockenschnitzel** 12,20—12,40. **Soya-Extractions-Schrot** Basis 45%, 21,30—21,60. **Kartoffelflocken** 23,30—23,60.

Amtliche Notierungen der Produkten-Börse zu Chemnitz vom 18. Januar, nachm. 3 Uhr. Stimmung: ruhig. **Weizen** inländ., 74 kg 247—252, do. —. Roggen, sächs. 70 kg 248—258, do. —. Sandroggen, 71 kg 262—266 Sommergerste 265—280. Wintergerste 250—255. Hafer 220—230 Mais zu Futterzwecken 225—230, do. Cinquantin 236 bis 240. **Weizenmehl** 70%, 41,50. **Roggenmehl** 60%, 40,00 **Weizenkleie** 15,75. **Roggenkleie** 16,00. **Wiesenheu,** drahtgepreßt —, do. neu 8,50. **Kleeheu** —. Getreide-Stroh, lose —, do. drahtgepreßt 4,50.

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 19. Januar 1928 zu Dresden.

Preise für 50 kg in Mark.

Schlachtviehgattung und Wertklassen	Lebend- Gewicht	Schlacht- Gewicht
Rinder: A. Ochsen (Auftrieb 17 Stück):	Geschäft belanglos, daher ist eine amtliche Preisnotierung nicht erfolgt.	
1. Vollfl., ausgemästete, höchsten Schlachtw. 1. junge		
2. 2. ältere		
2. sonstige vollfleischige 1. junge		
2. ältere		
3. fleischige		
4. Gering genährte		
B. Bullen (Auftrieb 13 Stück):		
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes		
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete		
3. fleischige		
4. gering genährte		
C. Kühe (Auftrieb 16 Stück):		
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes		
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete		
3. fleischige		
4. gering genährte		
5. Holsteiner Weiderinder		
D. Färsen (Kalbinnen) (Auftrieb — Stück):		
1. vollfleisch., ausgemästete höchsten Schlachtwertes		
2. sonstige vollfleischige		
E. Fresser (Auftrieb — Stück):		
mäßig genährtes Jungvieh		
Kälber (Auftrieb 699 Stück):		
1. Doppellender bester Mast	—	—
2. beste Mast- und Saugkälber	77—82	128
3. mittlere Mast- und Saugkälber	70—75	121
4. geringe Kälber	55—65	109
5. geringste Kälber	—	—
Schafe (Auftrieb 40 Stück):		
1. beste Mastlämmer und jüngere Masthammel:	belanglos	
1. Weidemast		
2. Stallmast		
2. mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gutgenährte Schafe		
3. fleischiges Schafvieh		
4. geringgenährte Schafe und Lämmer		
Schweine (Auftrieb 468 Stück):		
1. Fettschweine über 300 Pfd.	56—58	71
2. vollfleischige Schweine von 240—300 Pfd.	54—56	71
3. vollfleischige Schweine von 200—240 Pfd.	51—53	69
4. vollfleischige Schweine von 160—200 Pfd.	49—50	68
5. vollfleischige Schweine von 120—160 Pfd.	46—48	67
6. fleischige Schweine unter 120 Pfd.	—	—
7. Sauen	—	—

Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise.

Ueberstand: 37 Rinder, davon 13 Ochsen, 10 Bullen, 14 Kühe, außerdem 9 Schweine. Geschäftsgang: bei Kälbern mittel, Schweinen langsam.

SLUB
Wir führen Wissen.